



Bericht

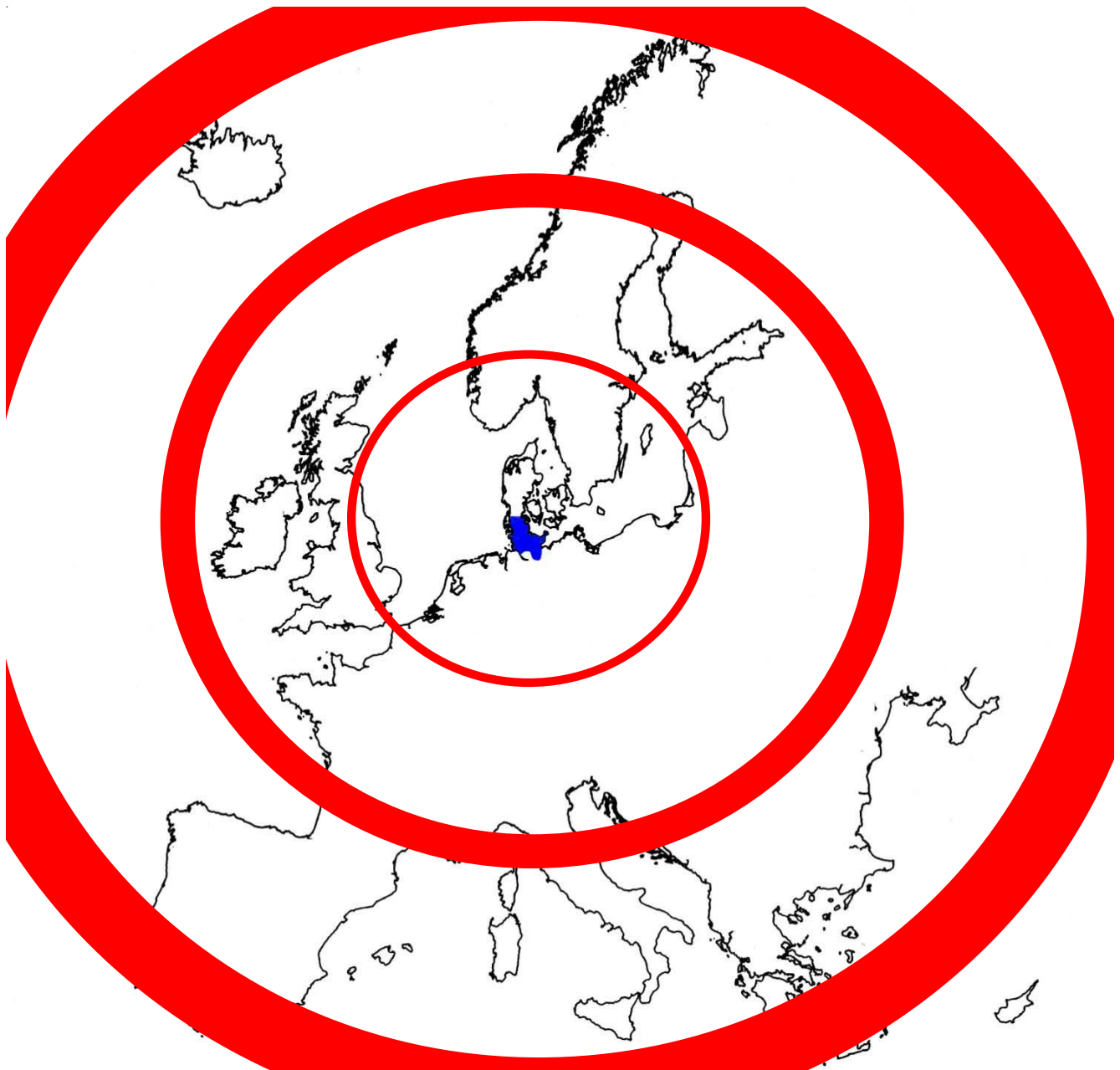
der Landesregierung

Wirtschaftsbericht 2003

Federführend ist das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Wirtschaftsbericht 2003

mit Special Unternehmensstandort Schleswig-Holstein



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
Unternehmensstandort Schleswig-Holstein	6
2. Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein	17
2.1 Die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2002	17
2.2 Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins	20
2.3 Die Entwicklung in den Wirtschaftszweigen	22
Verarbeitendes Gewerbe	22
Bauwirtschaft	24
Handwerk	24
Handel	24
Tourismus und Gastgewerbe	25
Unternehmensnahe Dienstleistungen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	25
3. Politik für Schleswig-Holsteins Wirtschaft	28
3.1 Regionale Wirtschaftspolitik	28
EU-Strukturpolitik	28
Regionalprogramm 2000	29
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ..	31
Konversionspolitik	32
Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg	33
3.2 Wirtschaftsförderung für Unternehmen	35
Mittelstandsoffensive	35
Instrumente der betrieblichen Förderung	36
Existenzgründungsoffensive	37
3.3 Technologiepolitik	39
Biotechnologie und Maritime Technologie - Zwei technologiepolitische	
Schwerpunktbereiche	39
Mikroelektronik	39
Telekommunikation und Multimedia	40
Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein	41
Technologietransfer	42
3.4 Außenwirtschaftsförderung	44
3.5 Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung	45

3.6 Branchen von besonderer Bedeutung	48
<i>Schiffbau</i>	<i>48</i>
<i>Tourismus</i>	<i>49</i>
<i>Ernährungswirtschaft</i>	<i>49</i>
<i>Umweltwirtschaft</i>	<i>50</i>
<i>Energiewirtschaft</i>	<i>51</i>
3.7 Beratungsangebote	52
4. Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein	53
4.1 Europäische und nationale Verkehrspolitik	53
4.2 Straßeninfrastruktur	54
4.3 Schienenwege	55
4.4 Güterverkehr	56
4.5 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	57
4.6 Schifffahrtspolitik	57
<i>Nord- Ostsee- Kanal (NOK)</i>	<i>58</i>
<i>Entwicklung der Häfen</i>	<i>58</i>
4.7 Luftverkehr	60
Anlagen	61

1. Einleitung

Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins musste sich im Jahr 2002 in einem ausgesprochen schwierigen weltwirtschaftlichen und nationalen Umfeld behaupten. Nach einem zunächst optimistischen Start kamen im Jahresverlauf 2002 vermehrt Zweifel an der Dynamik und Dauerhaftigkeit der Aufschwungbewegung auf. Deutschland überwand zwar die Rezession, eine nachhaltige Belebung blieb aber aus. Der Konjunktur fehlten Kraft und Breite, um in einen nachhaltigen Aufschwung einzumünden. Unter diesen Bedingungen hat sich die Wirtschaft 2002 vergleichsweise gut behauptet. Mit einem realen Wirtschaftswachstum von + 0,7 %, lag Schleswig-Holstein 2002 deutlich über dem Bundesdurchschnitt (0,2 %).

Schleswig-Holstein ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Dies zeigt nicht nur das Special dieses Wirtschaftsberichts, das die Standortbedingungen in Schleswig-Holstein analysiert und darstellt. Dies beweisen auch die Statistiken über die Existenzgründungen und Ansiedlungen im Lande. Dennoch besteht angesichts des wachsenden Standortwettbewerbs weiter Handlungsbedarf. Die Verkehrsinfrastruktur muß weiter ausgebaut werden, die Ausbildungsqualität erhöht und Forschung und Innovation gestärkt werden.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung Schleswig-Holstein dient der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der schleswig-holsteinischen Unternehmen. Dies heisst zugleich: Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein ist Mittelstandspolitik. Hauptziel ist die nachhaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft. Der Mittelstand ist der Motor für Wachstum und Beschäftigung, für Investitionen und Innovationen. Es sind die kleinen und mittleren Unternehmen, die die besondere Unterstützung und Entlastung durch den Staat brauchen.

Mittelstandspolitik muss auch auf Bundesebene ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Auf Anregung Schleswig-Holsteins hatten sich deshalb im Sommer 2002 zunächst die Wirtschaftsminister der Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen auf gemeinsame mittelstandspolitische Forderungen verständigt. Die daraus hervorgegangene „Mittelstandspolitische Agenda für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland“ wurde im Dezember 2002 von der Konferenz der Länder-Wirtschaftsminister beschlossen.

Der **Forderungskatalog** umfasst zahlreiche Einzelmaßnahmen. Die wichtigsten Punkte sind:

- **Bessere Kreditversorgung**

Das Förderinstrumentarium muss entsprechend den Anforderungen kleiner und mittlerer Unternehmer ausgebaut werden. Auch künftig muss eine hinreichende Kreditversorgung von KMU und Existenzgründungen gewährleistet sein.

- **Steuererleichterungen**

Eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik muss die Steuerbelastung von KMU senken und so finanzielle Freiräume für eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung schaffen.

- **Abbau der Lohnnebenkosten**

Durch mehr Wettbewerb muss die Effizienz der Sozialversicherungssysteme gesteigert werden. Zusammen mit der Entlastung von versicherungsfremden Leistungen ergeben sich geringere Lohnnebenkosten. Dies fördert Beschäftigung und Wachstum.

- **Flexiblere Arbeitsmärkte**

Eine Vielzahl starrer Regeln belastet gerade die KMU bei der Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften und muss deshalb auf den Prüfstand. Eine effizientere Anpassung an die Produktions- und Auftragslage wird möglich. Das Wirtschaftswachstum kann schneller in Arbeitsplatzwachstum umgesetzt werden.

- **Abbau bürokratischer Hemmnisse**

Bestehende bürokratische Hindernisse, die unnötig Zeit in Anspruch nehmen und Kosten verursachen, müssen abgebaut werden. Der öffentliche Dienst muss sich noch stärker als Service-Dienstleister für Unternehmen verstehen.

Die Landesregierung wird sich konsequent dafür einsetzen, dass diese Forderungen von der Bundesregierung umgesetzt werden. Erste Maßnahmen hat der Bund bereits eingeleitet. Das Jahr 2003 muß ein Jahr bedeutsamer und tiefgreifender Strukturreformen werden: Die Reformen für den Mittelstand, auf dem Arbeitsmarkt, bei den Sozialversicherungen sowie beim Abbau bürokratischer Hemmnisse werden mehr Flexibilität und größere Freiräume für unternehmerisches Handeln schaffen. Die Reformbereitschaft in Deutschland hat deutlich und spürbar zugenommen. Die neue Bundesregierung hat weitere Reformen bei den Lohnnebenkosten, bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und beim Bürokratieabbau angekündigt. Wenn diese Reformen rasch umgesetzt werden, werden sich auch die Aussichten auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erheblich verbessern.

Schleswig-Holstein ist gut positioniert und bietet attraktive Standortvoraussetzungen. Wir haben einen leistungsfähigen und innovativen Mittelstand. Die Bereitschaft der Menschen zu unternehmerischer Tätigkeit ist in unserem Lande hoch. Die Landesregierung wird weiterhin alles ihr Mögliche tun, um diese Stärken weiterzuentwickeln und Schleswig-Holstein als Wirtschaftsregion - im Verbund mit Hamburg - noch weiter nach vorn zu bringen.

Die Chancen für einen kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung sind da. Wir alle müssen sie nutzen.

Dr. Bernd Rohwer
Minister für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein

Unternehmensstandort Schleswig-Holstein

Ein starker Wirtschaftsraum im Norden

Schleswig-Holstein bildet zusammen mit der Hansestadt Hamburg einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt und zahlreiche und intensive Verflechtungen der Unternehmen prägen den Standort im Norden Deutschlands.¹

- Der gemeinsame Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein-Hamburg vereint 5,5 % der deutschen Bevölkerung. Mit 4,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nimmt er nach Hessen Platz 6 unter den bevölkerungsreichsten Bundesländern ein. Das Arbeitskräfteangebot umfasst mehr als 2,2 Millionen Erwerbspersonen.
- In diesem Wirtschaftsraum sind 5,9 % aller Arbeitsplätze in Deutschland angesiedelt.
- 6,7 % des deutschen Bruttoinlandsproduktes werden in Schleswig-Holstein und Hamburg erstellt.
- Der Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein-Hamburg ist eine der produktivsten Regionen in Deutschland. Die Arbeitsproduktivität liegt um 8% über dem westdeutschen Durchschnitt
- 24 Hochschulen, davon 8 Universitäten, mit mehr als 109.000 Studierenden machen den Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein-Hamburg zu einem bedeutenden Standort für Forschung und Lehre.
- Der Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein-Hamburg ist auf das Engste eingebunden in den internationalen Güteraustausch: Mehr als 46 % des deutschen Güterumschlages über See erfolgen in dieser Region.

Schleswig-Holstein und Hamburg profitieren von den jeweiligen Stärken des Nachbarn: Auf mehr als 18 % der Arbeitsplätze in Hamburg sind Schleswig-Holsteiner beschäftigt. Etwa 140.000 Personen pendeln täglich zu ihrem Arbeitsplatz nach Hamburg. Damit tragen sie mit ihren Fähigkeiten entscheidend zum Erfolg des Wirtschaftsstandort Hamburg bei.

Der Standort Schleswig-Holstein ermöglicht es Unternehmen, an den Vorteilen der Agglomeration Hamburg zu partizipieren, ohne den Nachteilen des Verdichtungsraumes ausgesetzt zu sein. Hieraus ergeben sich intensive wechselseitige Verflechtungen, Abhängigkeiten und Kooperationsfelder.

Standortvorteil: Zentrale Lage im Ostseeraum

Die zentrale Lage im westlichen Ostseeraum macht Schleswig-Holstein zu einem attraktiven Standort: Im Norden die hoch entwickelten skandinavischen Volkswirtschaften, im Süden die westeuropäischen Bevölkerungsschwerpunkte und im Osten die dynamisch wachsenden Länder des Baltikums im Übergang zu modernen Marktwirtschaften sowie die großen Märkte Polen und Rußland. Die Ostsee ist dabei nicht geografische Barriere, sondern ein günstiger, schneller und ressourcenschonender Verkehrsweg. Historische und kulturelle Zusammengehörigkeit schaffen die Basis für zahlreiche Kooperationen. Die Vielfalt dieses Wirtschaftsraumes ist die Grundlage für den Austausch von Gütern und Ideen, für die Entstehung neuen Wissens, für Innovationen und für Wachstum.

¹ Berufspendler- und Unternehmensverflechtungen in Schleswig-Holstein. Gutachten des Instituts für Regionalforschung der Universität Kiel. Gutachten im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Karin Peschel u.a., 1992.

Standortvorteil: Lage im Schnittpunkt internationaler Verkehrsverbindungen

Mit seiner geographischen Lage besitzt Schleswig-Holstein eine natürliche Brückenfunktion nach Skandinavien und in den baltischen Raum.

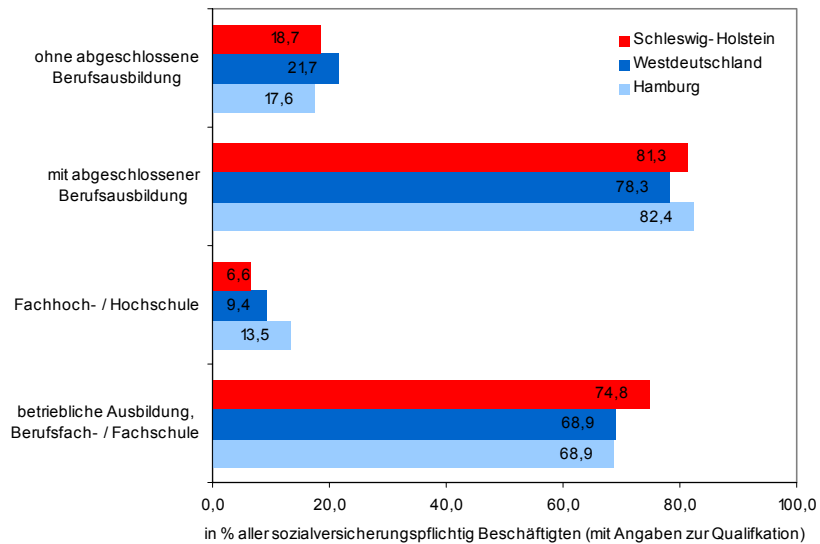


Im Land zwischen den Meeren schneiden sich europäische Straßen- und Schiffsverbindungen sowohl in Nord-Süd- als auch Ost-West-Richtung. Mit der Ostseeautobahn A 20, der A 1, der A 7, seinem Eisenbahnnetz, zahlreichen Schiffs- und Fährverbindungen - insbesondere den Häfen Lübeck, Kiel und Brunsbüttel - bietet das Land hervorragende Verbindungen zwischen dem Ostseeraum und dem Kern Europas. Der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel ist für Schleswig-Holstein der Anschluss an das internationale Flugverkehrsnetz. Leistungsfähige Regionalflyer in Kiel und Lübeck ergänzen das Angebot und werden weiter ausgebaut.

Standortvorteil: Qualifizierte Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein

Die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in Schleswig-Holstein ist gut: Deutlich mehr Beschäftigte als in Westdeutschland besitzen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Fast drei Viertel der Beschäftigten haben eine betriebliche Ausbildung oder eine Berufsfach- bzw. Fachschule absolviert.

Qualifikationsstruktur der Beschäftigten 2001²

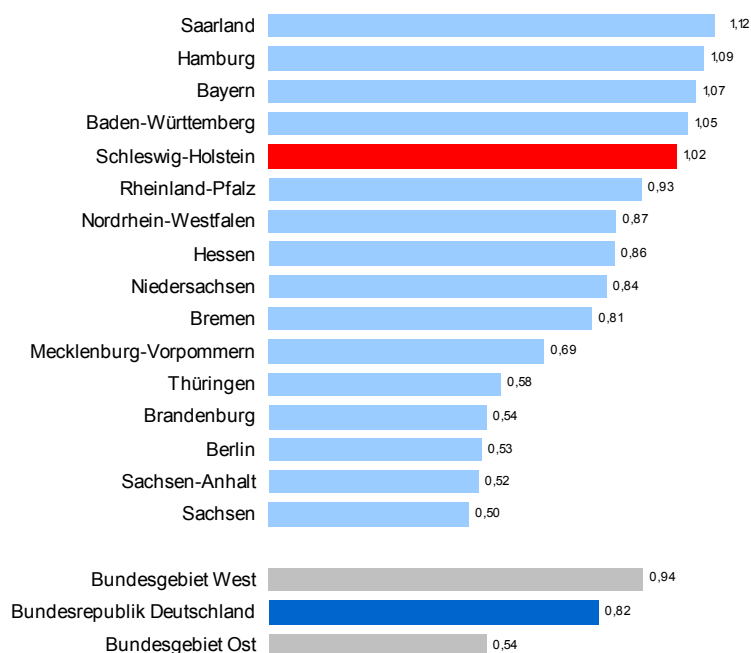


Quelle: Daten der Bundesanstalt für Arbeit, Grafik: MWAV S.-H.

Schleswig-Holstein bildet aus

Die Ausbildungsbereitschaft in Schleswig-Holstein ist deutlich höher als in Westdeutschland und den meisten anderen Bundesländern. Das Angebot an Ausbildungsplätzen insgesamt übersteigt die Anzahl der Bewerber.

Ausbildungsplätze im Verhältnis zur Anzahl der Bewerber in 2002

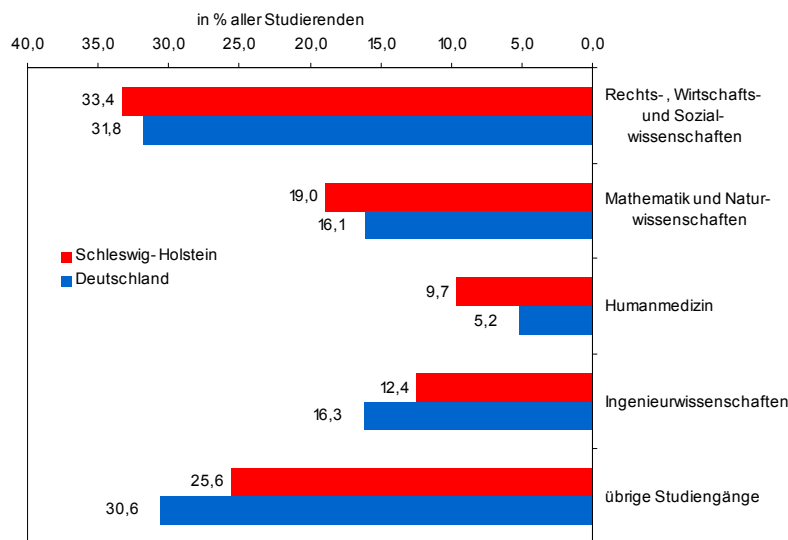


Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Grafik: MWAV S.-H.

² Bezogen auf die Beschäftigten mit Angaben über die Berufsausbildung.

Ausbildung von High Potentials: Gut und hoch qualifizierte Arbeitskräfte sind unerlässlich für die Wettbewerbsfähigkeit und den Erfolg der schleswig-holsteinischen Unternehmen. Mit seinen Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen trägt das Land Schleswig-Holstein dazu bei, entsprechende hohe Qualifikationen bereitzustellen. **In Schleswig-Holstein werden vergleichsweise mehr Juristen, Ökonomen, Mathematiker und Naturwissenschaftler sowie Humanmediziner ausgebildet als im Bundesgebiet.**

Studierende nach Fächern Wintersemester 2000/2001



Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes, Grafik: MWAV

Die Beschäftigten in Schleswig-Holstein beweisen in der Weiterbildung hohe Motivation und Engagement. Nach einer repräsentativen Untersuchung von INFRATEST SOZIALFORSCHUNG³ beteiligen sich in Schleswig-Holstein 28 % der 19- bis 64-jährigen an beruflicher Weiterbildung. Im Vordergrund stehen die kaufmännische Weiterbildung (etwa jede dritte Maßnahme), die gewerblich-technische Weiterbildung (etwa jede vierte Maßnahme) und Themen mit dem Schwerpunkt EDV (gut jede fünfte Maßnahme).

Die Menschen in Schleswig-Holstein beteiligen sich überdurchschnittlich an allgemeiner und informeller Weiterbildung³. Das „Selbstlernen“ außerhalb von formalisierter Weiterbildung – meist während der Freizeit – ist in Schleswig-Holstein deutlich stärker verbreitet als in anderen Bundesländern.

Weiterbildung steigert die Arbeitsproduktivität der Schleswig-Holsteiner: Für 72 % der erwerbstätigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat sich aufgrund der beruflichen Weiterbildung eine positive Veränderung im beruflichen Umfeld ergeben. Dieser Wert ist deutlich höher als der westdeutsche Wert von 55 %.³

³ INFRATEST SOZIALFORSCHUNG (2002), „Weiterbildung in Schleswig-Holstein“-Zentrale Ereignisse der repräsentativen Ländererhebung im Jahr 2001, München.

Standortvorteil: freie Flächen für Ansiedlungen in Schleswig-Holstein

In allen Regionen und Kreisen Schleswig-Holsteins gibt es für Unternehmensansiedlungen und für Erweiterungen ein attraktives Angebot an Gewerbeflächen. Besonders außerhalb der Verdichtungsräume zeichnen sich die Flächen zudem noch durch ausgesprochen günstige Preise aus.

Gewerbeflächen und Preise in Schleswig-Holstein 2002

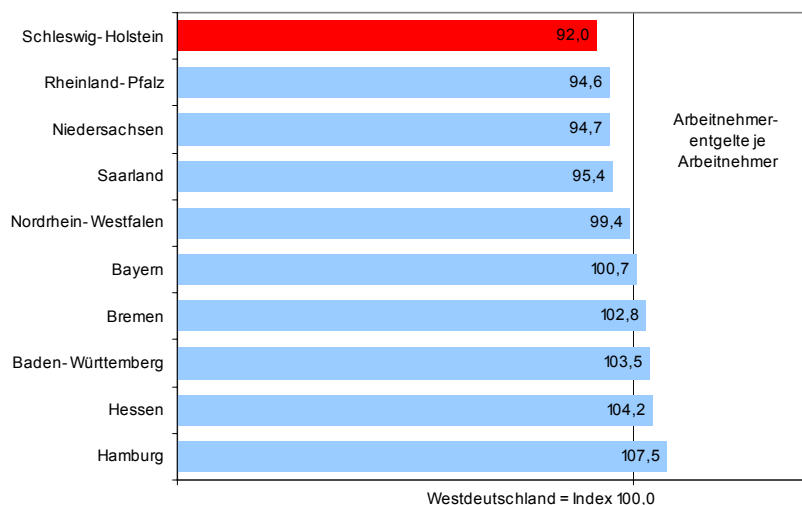
<u>Kreis</u>	<u>Freie Gewerbefläche</u>	<u>Preis €/m² von bis</u>	<u>Geplante Gewerbeflächen</u>
Dithmarschen	231,17 ha	13,88 - 60,00	
Stadt Flensburg	15,8 ha	21,47 - 30,68	
Herzogtum Lauenburg	66,31 ha	26,00 - 51,00	50,00 ha
Landeshauptstadt Kiel	28,00 ha	43,00 - 80,00	35,00 ha
Hansestadt Lübeck	62,3 ha	29,00 - 61,00	199,00 ha
Stadt Neumünster	51,3 ha	19,68 - 30,68	
Nordfriesland	54,8 ha	9,00 - 34,30	134,40 ha
Ostholstein	35,9 ha	18,00 - 86,00	98,5 ha
Plön	8,9 ha	20,45 - 56,25	35,3 ha
Pinneberg	105,65 ha	48,89 - 145,00	266,34 ha
Rendsburg-Eckernförde	96,73 ha	26,00 - 35,00	
Schleswig-Flensburg	103,30 ha	6,50 - 25,00	15,00 ha
Segeberg	39,6 ha	15,50 - 150,00	100,00 ha
Steinburg	106,68 ha	15,00 - 50,00	34,86 ha
Stormarn	111,00 ha	35,00 - 99,70	57,0 ha

Quelle: Umfrage des MWAV S.-H.

Standortvorteil: Geringe Arbeitskosten in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist unter den westdeutschen Ländern der Standort mit den geringsten Arbeitskosten.

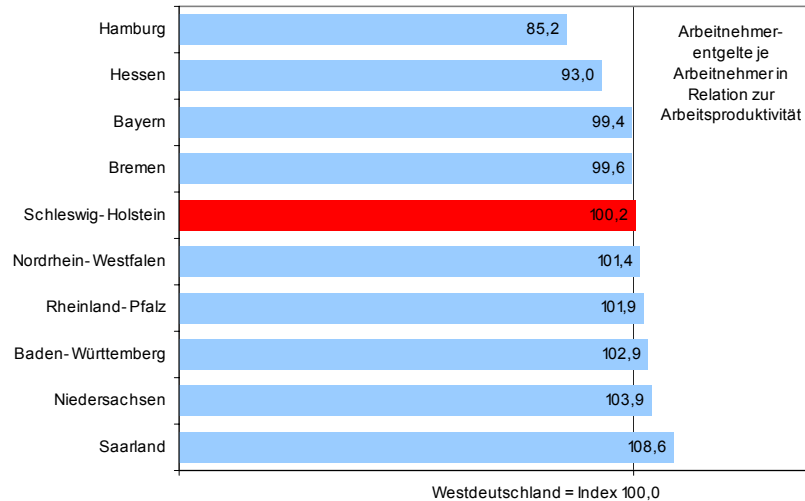
Arbeitskosten in den Ländern 2001



Quelle: Daten der VGR der Länder. Grafik: MWAV S.-H.

Die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber) liegen in Schleswig-Holstein mit durchschnittlich 30.400 € um 8 % unter dem westdeutschen Durchschnitt. Ursache sind vor allem die geringe Ballungsdichte und vergleichsweise niedrige Lohnnebenkosten. Ergebnis: Kostenvorteile für die Unternehmen am Standort Schleswig-Holstein. Auch unter Berücksichtigung der Arbeitsproduktivität erweist sich das nördlichste Bundesland als vorteilhaft: Unter den Flächenländern können nur Hessen und Bayern geringere Lohnstückkosten aufweisen.

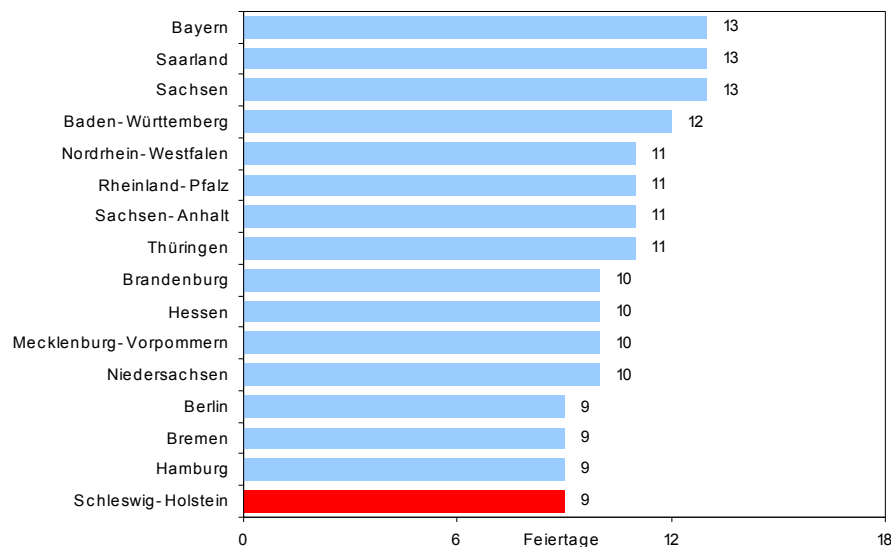
Lohnstückkosten in den Ländern 2001



Quelle: Daten der VGR der Länder. Grafik: MWAV S.-H.

Kein Bundesland hat mehr Werkzeuge als Schleswig-Holstein. Für produzierende Unternehmen, die lange Maschinenlaufzeiten ohne Unterbrechung anstreben, sind zahlreiche Werkzeuge ein Kostenvorteil: Deutlich weniger Feiertagsaufschläge kommen bei gleicher Jahresproduktion zu den normalen Lohnkosten hinzu.

Feiertage im Ländervergleich für das Kalenderjahr 2001

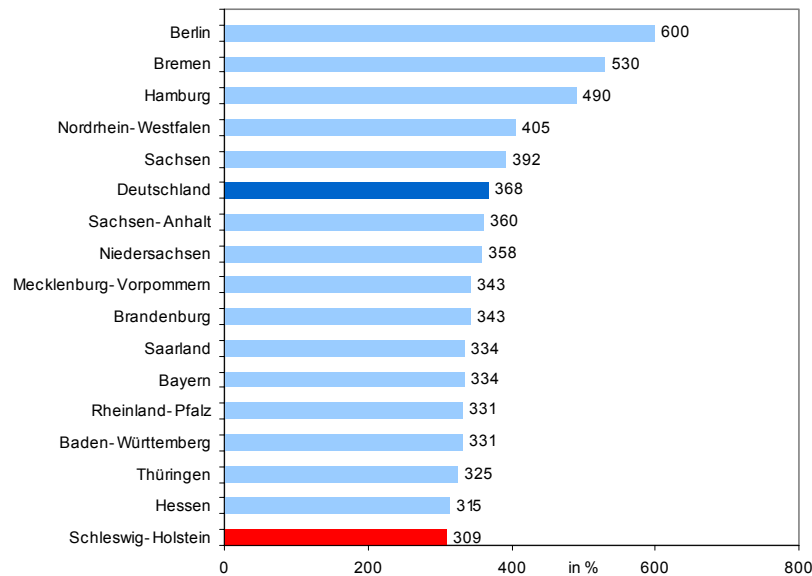


Quelle: Feiertagsgesetze der Länder, dsn, 2001, Grafik: MWAV S.-H.

Standortvorteil: Geringe Gewerbesteuerbelastung in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist ein ausgesprochen kostengünstiger Standort: Dies gilt auch bei den Steuern, die in der Finanzhoheit der Kommunen liegen. Die gewichteten Gewerbesteuerhebesätze sind im Vergleich der Länder nirgends so niedrig wie in Schleswig-Holstein.

Gewichtete Hebesätze der Gewerbesteuer 2001



Quelle: Statistisches Bundesamt, Grafik: MWAV S.-H.

Standortvorteil: Infrastruktur für Forschung und Entwicklung

Markterfolg zu haben bedeutet, mit neuen Produkten im Wettbewerb zu bestehen. Frühzeitiges Reagieren auf den technologischen Wandel, kundenorientiertes Handeln und aktives Agieren auf erfolgversprechenden Märkten sind die Herausforderungen und Anforderungen von heute und zugleich die Chancen von morgen. Investitionen in neue Technologien und innovative Produkte gewährleisten die langfristige Existenzsicherung und Verstärkung der Marktposition. Am Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein ist dies alles möglich.

In Schleswig-Holstein finden sich herausragende private und öffentliche Einrichtungen und Unternehmen, die Forschung und Entwicklung auf hohem und höchstem Niveau betreiben und fördern. Neben der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, der Medizinischen Universität zu Lübeck, der Universität Flensburg und den Fachhochschulen des Landes finden sich vor allem Einrichtungen mit den Schwerpunkten Marintechologie und Medizintechnik, z.B. das Institut für Meereskunde in Kiel, das Forschungszentrum für marine Geowissenschaften (GEOMAR) das Medizinische Laserzentrum Lübeck, das Forschungszentrum Borstel und das Max-Planck-Institut für Limnologie. Weitere Beispiele für Spitzenforschung aus Schleswig-Holstein sind das Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISIT), das Forschungszentrum Geesthacht (GKSS) und das Institut für Weltwirtschaft.

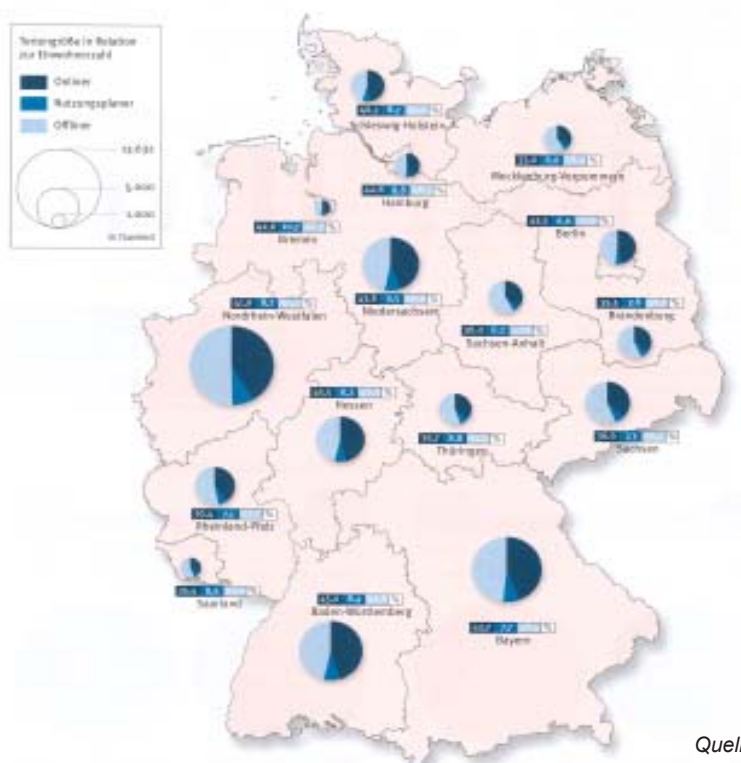
Der Ausbau der **Infrastruktur für Forschung, Entwicklung und Technologietransfer** hat ein hohes Niveau erreicht. Bei der **Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein GmbH (tz SH)** beraten Experten aus den unterschiedlichsten Wirtschafts- und Wissenschaftsbereichen in allen Fragen der Innovationsförderung, des Innovationsmanagements und des Innovationsmarketings.

Bei der Nutzung des Internet liegt Schleswig-Holstein auf Platz 1 unter den Bundesländern; ein Zeichen, mit welcher Rasanz sich die Informationsgesellschaft in Schleswig-Holstein entwickelt hat.

Schleswig-Holstein: Nr. 1 bei Internet-Nutzung

Internetnutzung nach Bundesländern 2002

(Anteile an der Bevölkerung über 14 Jahren)



Standortvorteil: Wirtschaftsförderung der kurzen Wege

Die Service-Orientierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaftspolitik ist der Vorteil der schleswig-holsteinischen Unternehmen: Direkte, schnelle, zuverlässige und diskrete Unterstützung. Umfangreiche Beratungsleistungen, flankierende Finanzierungsangebote und ein differenziertes Förderinstrumentarium stehen bereit.

Mit der • Investitionsbank www.ib-sh.de,
 • der Bürgerschaftsbank www.buergerschaftsbank-sh.de
 • und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) www.mbg-sh.de

besitzt Schleswig-Holstein eine Förderstruktur, die seinen Unternehmen zielgerichtet passende Finanzierungsmöglichkeiten bietet.

Sie werden ergänzt durch die Unterstützungsangebote der

- Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH) www.wsh.de,
- der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften,
- der Technologie Transfer Zentrale (TTZ-SH) www.ttz-sh.de,
- der regionalen Technologieberater
- und der Technologie Stiftung Schleswig-Holstein www.tsh.de.

Charakteristisch für die Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein ist der „kurze Weg“ zum Wirtschaftsminister und zum Investitionsbeauftragten im Wirtschaftsministerium, der als Ansprechpartner in Fragen der Finanzierung und Förderung dient.

Standortvorteil: Attraktive Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist auch ein Urlaubsland und voller Naturschönheiten. Eben ein attraktiver Ort zum Wohnen und Arbeiten. Viele Standortentscheidungen berücksichtigen dieses positive Image des Landes.

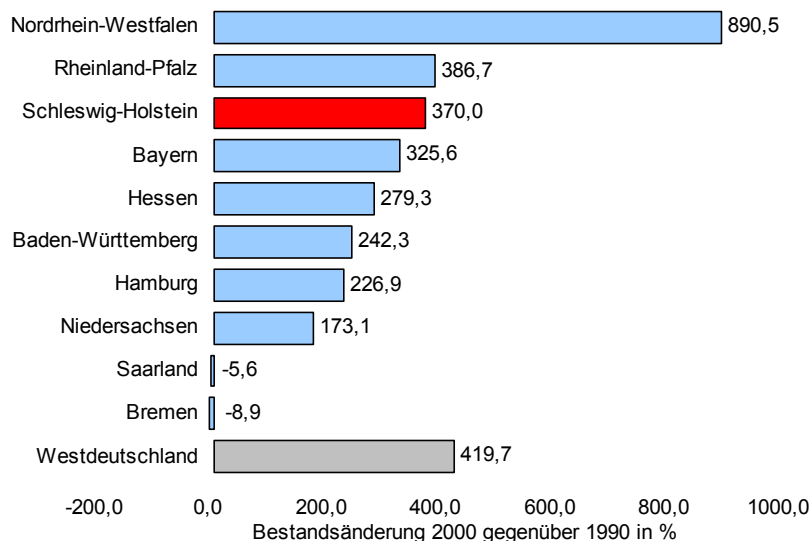
Schleswig-Holstein bietet höchste Lebensqualität: Nord- und Ostsee eröffnen vielfältige Freizeitmöglichkeiten. Schleswig-Holstein Musik Festival, Jazz Baltica, ARS Baltica und die Nordischen Filmtage bieten Kultur vom Feinsten. Museen, Schlösser und Herrenhäuser laden zum Besuch.

Schleswig-Holstein: Land der Gründungen und Ansiedlungen

Die attraktiven Standortvorteile machen Schleswig-Holstein zu einem bevorzugten Ort für Ansiedlungen und Existenzgründungen. Dies gilt sowohl für inländische als auch für ausländische Investoren.

Schleswig-Holstein: attraktiv für ausländische Investoren

Unmittelbare ausländische Direktinvestoren in Deutschland

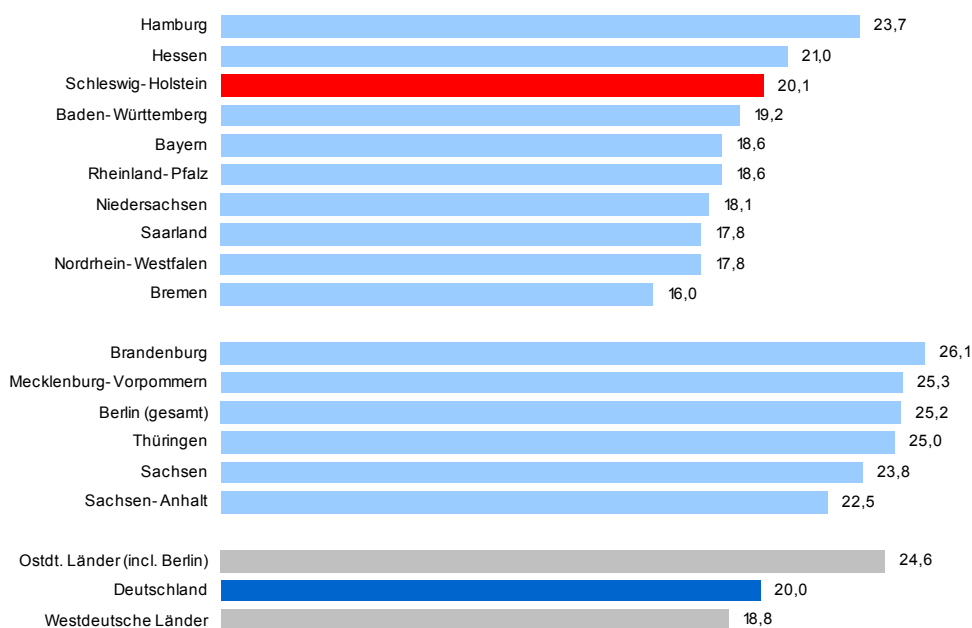


Quelle: Deutsche Bundesbank. Grafik: MWAV S.-H.

Seit Jahren belegt Schleswig-Holstein bei den Betriebsgründungen eine Spitzenposition unter den westdeutschen Länder. Im Jahr 2002 liegt Schleswig-Holstein nach Hessen und Hamburg mit einer Quote von 20 Betriebsgründungen je 10.000 Einwohnern auf dem dritten Rang.

Attraktives Gründerland Schleswig-Holstein

Betriebsgründungen Januar bis November 2002⁴ je 10.000 Einwohner

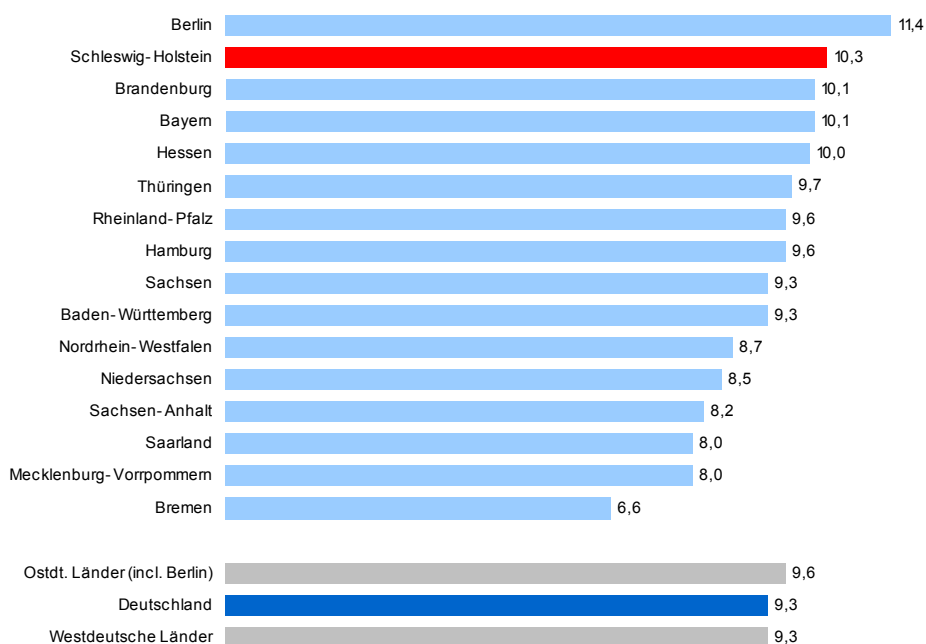


Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes, Grafik MWAV S.-H.

Schleswig-Holstein weist eine deutlich höhere Selbständigenquote als der Durchschnitt der Länder auf. Gerade wenn sich der Blick nur auf die Industrie und den Dienstleistungsbereich konzentriert, zeigt sich, dass Selbständigkeit in Schleswig-Holstein große Bedeutung besitzt: Mit einer bereinigten Selbständigenquote von 10,3 % liegt Schleswig-Holstein hinter Berlin (11,4 %) auf dem zweiten Platz.

Selbständigenquote 2002

in Prozent aller Erwerbstätigen
außerhalb von Land- und Forstwirtschaft

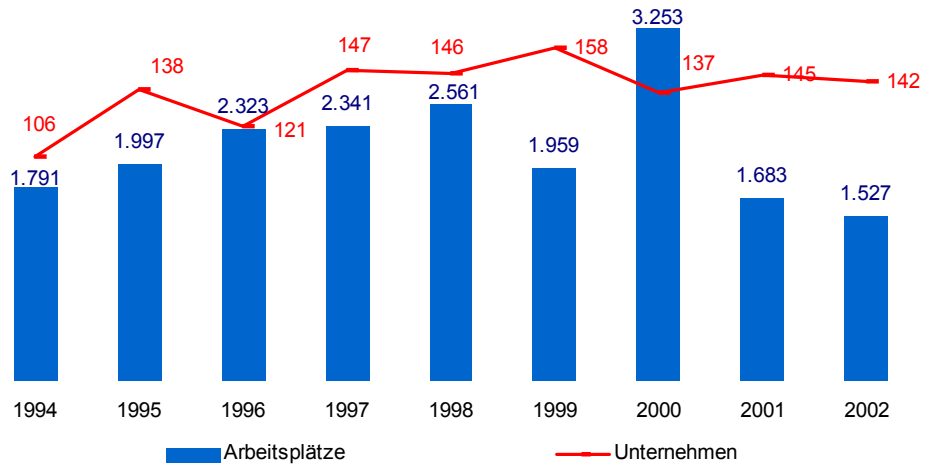


Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Grafik MWAV S.-H.

⁴ Gründung eines Betriebes (Haupt-, Zweigniederlassung, unselbständige Zweigstelle) durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person.

Neue Ansiedlungen stärken den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Seit 1994 hat die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein (WSH) 1.240 Unternehmensansiedlungen gefördert oder betreut. Hierdurch wurden insgesamt mehr als 19.400 Arbeitsplätze geschaffen.

Angesiedelte Unternehmen und neue Arbeitsplätze in den Jahren 1994 bis 2002



Quelle: Wirtschaftsförderung SH GmbH; Graphik: MWAV S.-H.

2. Wirtschaftsentwicklung in Schleswig-Holstein

2.1 Die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2002

Erholung der Weltwirtschaft

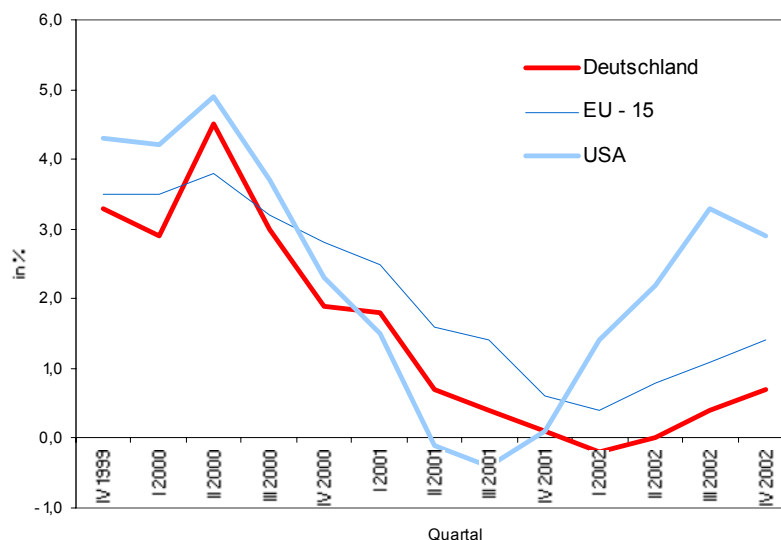
Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2002 war wesentlich von den Nachwirkungen des Vorjahres geprägt: Eine vergleichsweise milde Rezession hatte in der zweiten Jahreshälfte 2001 der Weltwirtschaft zugesetzt. Hinzu kam der Schock des 11. September, der weltweit Entsetzen und Verunsicherung ausgelöst hatte. Erst gegen Ende des Jahres 2001 wurde eine **Erholung der Weltwirtschaft** sichtbar; maßgeblich getragen von der positiven konjunkturellen Entwicklung in den Vereinigten Staaten.

Verunsicherung bremst Konjunktur

Zu Beginn des Jahres 2002 herrschte eine ausgesprochen optimistische Erwartungshaltung. Im Jahresverlauf mehrten sich jedoch Zweifel an der Dynamik und Dauerhaftigkeit der Aufschwungbewegung. Kursrückgänge an den Aktienmärkten - verstärkt durch die Bilanzskandale wichtiger börsennotierter Unternehmen -, Unsicherheiten über die langfristigen Wachstumsperspektiven sowie anziehende Ölpreise infolge der Diskussion über eine militärische Auseinandersetzung mit dem Irak belasteten die Konjunktur. **Das Wirtschaftswachstum blieb trotz der Erholung in den USA und der Stabilisierung in Europa hinter den Erwartungen zurück**

Wirtschaftliche Entwicklung in den USA, Deutschland und Europa

Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes in % (gegenüber Vorjahresquartal)
- saisonbereinigt -



Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes, Eurostat, BEA, Grafik: MWAV S.-H.

Langsame Erholung in Europa

Der Euro-Raum erholte sich nur sehr zögerlich von der Rezession des Vorjahres. Seit dem Frühjahr 2002 belastet eine deutliche Aufwertung des Euro - insbesondere gegenüber dem US-Dollar - die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften.

Deutschland überwindet Rezession - kraftvolle Belebung bleibt aus

Deutschland konnte im Laufe des Jahres 2002 den Tiefpunkt der Rezession des Vorjahres überwinden und auf einen vorsichtigen Erholungspfad einschwenken. Entscheidend für diesen Erholungsprozess war vor allem der **Außenbeitrag**. Das Bruttoinlandsprodukt expandierte allerdings nur verhalten. Der konjunkturellen Belebung fehlte es an Kraft und Breite, um in einen nachhaltigen Aufschwung einzumünden. Damit stieg die Arbeitslosigkeit bei zugleich rückläufiger Erwerbstätigkeit an.

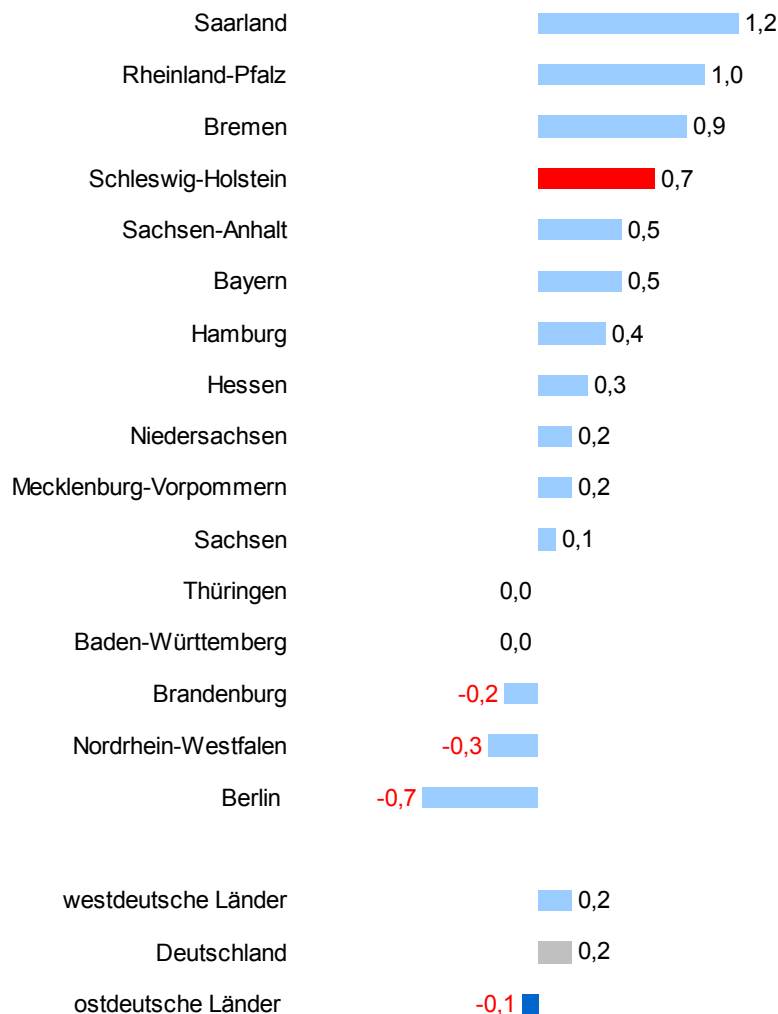
Angesichts der ausgeprägten Verunsicherung über die weitere konjunkturelle Entwicklung und der zum Teil massiv korrigierten Absatz- und Renditeerwartungen gingen die **Ausrüstungsinvestitionen** deutlich zurück. Auch die **Bauinvestitionen** verminderten sich weiter. Die **Privaten Konsumausgaben** schrumpften im Jahr 2002 real erstmalig seit der Wiedervereinigung. Belastend wirkte neben der Verunsicherung der Verbraucher vor allem die schwache Einkommensentwicklung infolge steigender Arbeitslosigkeit. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich lediglich um 1,0 %. Dies ist die geringste Zunahme der letzten zwanzig Jahre und bedeutet angesichts einer Teuerungsrate von 1,4 % einen realen Rückgang.

**Schleswig-Holstein:
Wachstumsstark in
schwieriger Zeit**

Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins konnte sich im Jahr 2002 in einem ausgesprochenen schwierigen weltwirtschaftlichen und nationalen Umfeld behaupten. Mit einer realen Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von 0,7 % gehört Schleswig-Holstein zu den Bundesländern mit dem stärksten Wirtschaftswachstum. Im Durchschnitt der westdeutschen Länder stagnierte das Bruttoinlandsprodukt 2002 mit +0,2 %.

Wachstumsraten 2002 in den Ländern

Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes 2002 gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein. Grafik: MWAV S.-H.

Die positive Entwicklung in Schleswig-Holstein ist unter anderem auf das Wiedererstarken des Wirtschaftszweiges Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik zurückzuführen, der im Rezessionsjahr 2001 drastischen Einbrüchen ausgesetzt waren. Diese Branche profitierten stark von der wieder anziehenden Exportnachfrage.

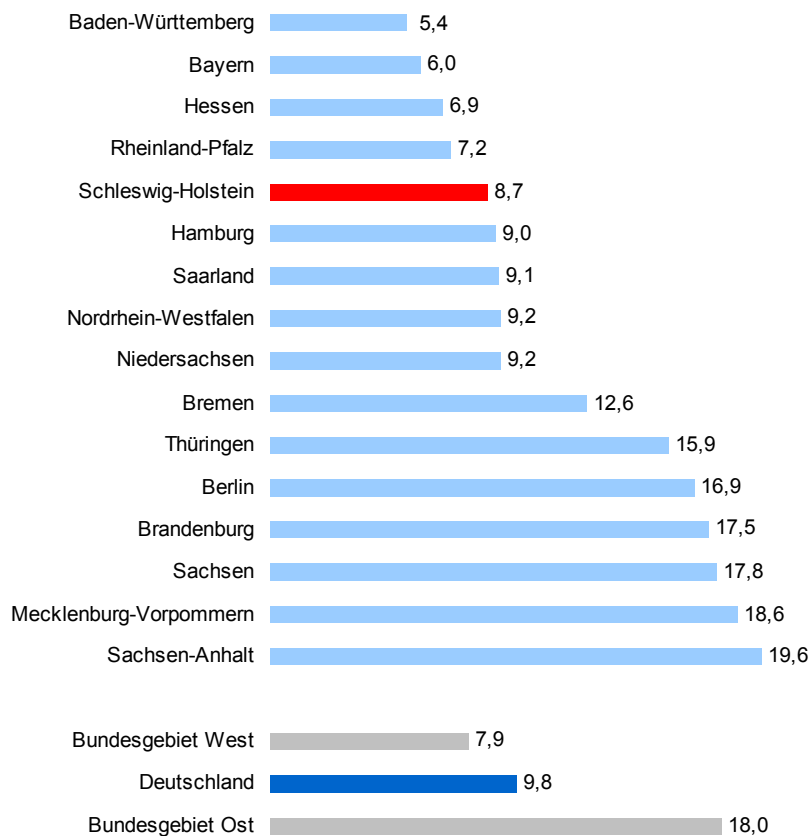
**Schwierige
Situation auf dem
Arbeitsmarkt**

Das vergleichsweise gute Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein konnte jedoch nicht verhindern, dass **Arbeitsplätze** abgebaut wurden. Im Jahr 2002 waren in Schleswig-Holstein 0,8 % weniger Menschen beschäftigt als im Vorjahr. Der Beschäftigtenrückgang fiel in Schleswig-Holstein damit geringfügig stärker als in Deutschland (-0,6%).

Im Jahresdurchschnitt 2002 waren in Schleswig-Holstein 121.581 Männer und Frauen arbeitslos. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,7 %. In Deutschland betrug die Quote 9,8 % (Westdeutschland: 7,9 %). Damit hat die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein um 4,7 % zugenommen. Dies sind weniger als im Bundesgebiet West mit einer Zunahme von 6,9 %.

Schleswig-Holstein: Geringste Arbeitslosigkeit in Norddeutschland

Arbeitslosenquoten im Durchschnitt des Jahres 2002 (berechnet auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen)



Quelle: Daten des Landesarbeitsamtes Nord, Grafik MWAV S.-H.

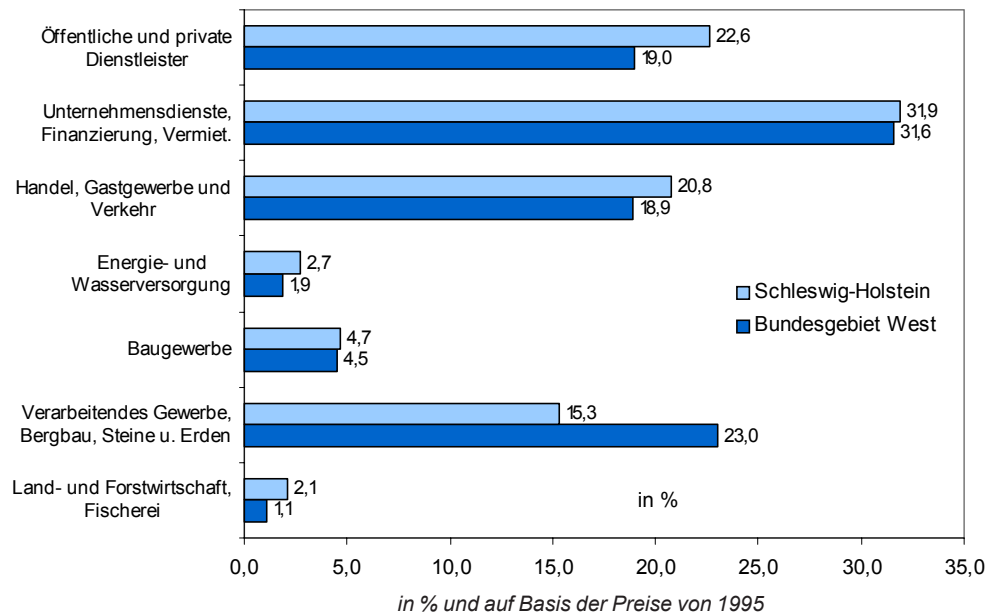
2.2 Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins

Attraktive Standortbedingungen und weitsichtige unternehmerische Standortentscheidungen haben die Wirtschaftsstruktur des Landes Schleswig-Holstein geprägt.

Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins wird vor allem vom Dienstleistungssektor geprägt: Hier werden mehr als 75 % der Wertschöpfung erzeugt; deutlich mehr als in den westdeutschen Ländern.

Die größten Wirtschaftsbereiche in Schleswig-Holstein sind die *Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister* und die *Öffentlichen und Privaten Dienstleister*. Es folgt der Bereich *Handel, Gastgewerbe und Verkehr*. Das Produzierende Gewerbe hat in Schleswig-Holstein mit 22,6 % einen geringeren Wertschöpfungsanteil als in Westdeutschland (29,3 %).

Sektorale Struktur der realen Bruttowertschöpfung 2001



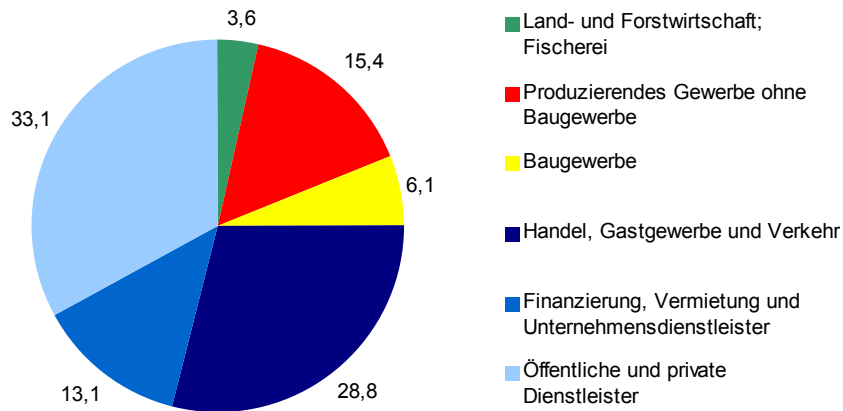
Entwicklungsprägende Branchen

Verarbeitendes Gewerbe prägt Beschäftigungsentwicklung

Trotz des hohen Dienstleistungsanteils lässt sich die jährliche Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein im Zeitraum von 1992 bis 2000 statistisch zu mehr als 82 % allein durch die Veränderungen im *Verarbeitenden Gewerbe* erklären. Die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein wird vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe geprägt. Die Dienstleistungsbereiche besitzen für die Arbeitsplatzentwicklung Schleswig-Holsteins keine derart große prägende Bedeutung.

Sektorale Arbeitsplatzstruktur in Schleswig-Holstein 2002

Erwerbstätige in %



Quelle: Daten des Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Graphik: MWAV S.-H.

Dienstleistungsangebot im Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein-Hamburg

Hamburg und Schleswig-Holstein bilden auch bei der Bereitstellung von Dienstleistungen einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Als überregionale Dienstleistungsmetropole übt Hamburg Versorgungsfunktionen für Schleswig-Holstein aus.

Das Dienstleistungsangebot (Wertschöpfung je Einwohner) ist im tertiären Sektor in Schleswig-Holstein deutlich kleiner als in Hamburg, aber auch geringer als in Westdeutschland. Dies gilt besonders für die vorwiegend marktnahen Dienstleistungsbereiche *Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister*.

Wertschöpfungsbesatz (reale Wertschöpfung je Einwohner) in tausend Euro 2001

	Schleswig-Holstein	Westdeutschland	Hamburg
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	4,3	4,7	10,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	6,7	7,9	15,1
Öffentliche und private Dienstleister	4,7	4,7	7,2
tertiärer Sektor insgesamt	15,7	17,3	32,7

Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein.

2.3 Die Entwicklung in den Wirtschaftszweigen

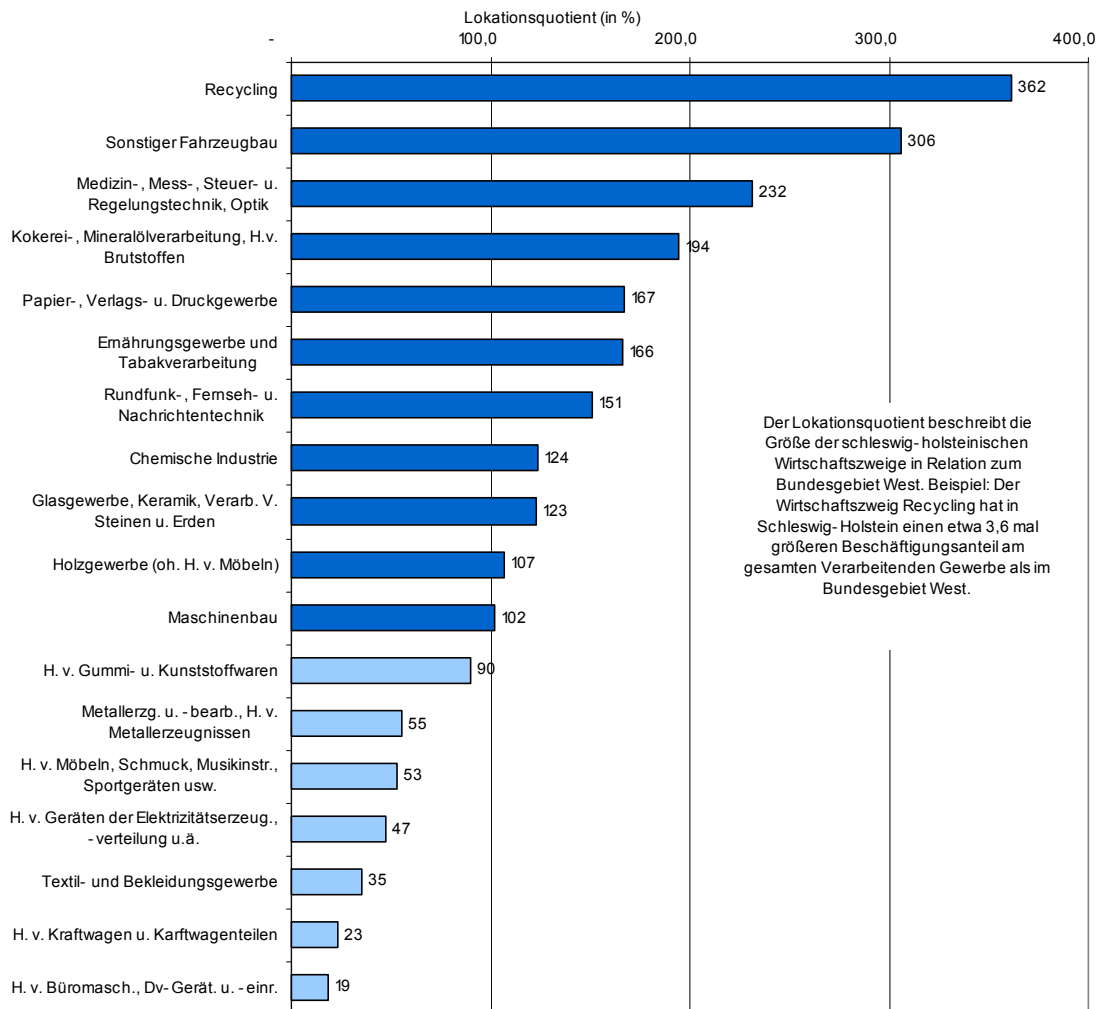
Die einzelnen Wirtschaftszweige des Landes waren im abgelaufenen Jahr von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in unterschiedlichem Maße betroffen. Dies ist vor allem bedingt durch sektorale Unterschiede in der Exportorientierung und in der Absatzorientierung auf den Binnenmarkt.

Verarbeitendes Gewerbe

Vielseitige Branchenstruktur

Schleswig-Holstein weist innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ein **landestypisches Spezialisierungsmuster** mit einem bemerkenswerten und vielversprechenden Branchenmix auf: Nicht nur der Schiffbau und das Ernährungsgewerbe, sondern auch die Recyclingbranche, die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, die Mineralölverarbeitung, die Nachrichtentechnik und das Verlags- und Druckgewerbe sind am Standort Schleswig-Holstein relativ stärker vertreten als in Westdeutschland. Der Maschinenbau ist in Schleswig-Holstein mindestens ebenso bedeutsam wie in Westdeutschland. Diesen Wirtschaftszweigen bietet das Land offensichtlich besonders attraktive Standortbedingungen.

Spezialisierung der schleswig-holsteinischen Industrie 2001



Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes; Grafik: MWAV S.-H.

Schleswig-Holstein
besser als
Westdeutschland

Im Jahr 2002 entwickelte sich der Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein besser als im westdeutschen Bundesgebiet. Die Unternehmen konnten ein leichtes Umsatzplus erzielen. In Westdeutschland waren dagegen deutliche Umsatzrückgänge hinzunehmen.

Exportorientierung stützt das Verarbeitende Gewerbe

Diese Entwicklung ist vor allem auf den starken Anstieg der Auslandsumsätze in Schleswig-Holsteins zurückzuführen, die den Rückgang der Inlandsumsätze kompensierten. Die Exportquote erreichte mit 35 % das bisher höchste Niveau in Schleswig-Holstein. Gleichwohl reichte die Entwicklung nicht aus, um den Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe zu stoppen.

Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2002

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet West	Deutschland
Umsatz	+0,4	-1,7	-1,4
darunter: Inland	-3,5	-3,3	-4,4
Ausland	+8,6	+1,0	+1,0
Beschäftigte	-3,4	-3,1	-2,8

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Entwicklung der größten Branchen

Die - gemessen an Umsatz und Beschäftigung - **größten Branchen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes** in Schleswig-Holstein sind

- die *Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik,*
- der *Maschinenbau,*
- das *Ernährungsgewerbe* und
- die *Chemische Industrie.*

Auf diese vier Branchen entfielen im Jahr 2002 fast 63 % des Umsatzes und 57 % der Beschäftigung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes.

In der beschäftigungs- und umsatzstärksten Branche - der **Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik** - nahm die Beschäftigung um 0,6 % auf mehr als 23.200 Personen zu. Der Umsatz stieg um 6,3 % auf 5,5 Milliarden Euro, der Auslandsumsatz sogar um 18,3 %. Die Exportquote erreichte 50,1%. Damit konnte sich diese Branche in Schleswig-Holstein nicht nur behaupten, sondern sogar ausgesprochen positiv entwickeln.

Im **Maschinenbau** stagnierten die Umsätze mit 3,8 Milliarden Euro (+1,6 %) leicht zu. Die Beschäftigung ging auf unter 22.100 Beschäftigte zurück (-3,6 %). Der Exportanteil nahm weiter auf 54,4 % zu.

Das **Ernährungsgewerbe** verzeichnete einen Umsatzrückgang um 1,3 % auf 4,4 Milliarden Euro. Auch die Beschäftigung verringerte sich (-2,1 %). Mit mehr als 18.600 Beschäftigten rangiert die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (unter anderem auch der Fischwirtschaft) auf Platz drei der beschäftigungsstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein (siehe auch Kapitel 3.6).

Der viertgrößte Wirtschaftszweig - die **Chemische Industrie** - blieb 2002 hinter den Ergebnissen des Vorjahres zurück. Die Beschäftigung nahm um 2,5 % auf etwa 12.900 Beschäftigte und der Umsatz um 4,5 % auf 3,8 Milliarden Euro ab. Auch hier erhöhte sich die Exportquote (auf 38,2 %). Innerhalb der Chemischen Industrie nimmt die **Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen** mit einem Beschäftigungsanteil von 54 % und einem Umsatzanteil von 53 % eine starke Stellung ein. Dieser Bereich fiel nach einer Reihe sehr guter Entwicklungsjahre beim Umsatz erstmals deutlich zurück (-6,9 %). Die Beschäftigung stagnierte (+0,4 %).

Strukturprobleme halten an

Bauwirtschaft

Die deutsche Bauwirtschaft ist seit mehreren Jahren anhaltenden Strukturproblemen mit Rückgängen bei Nachfrage, Produktion und Beschäftigung ausgesetzt, die sich auch im Jahr 2002 fortgesetzt haben. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe ist in Schleswig-Holstein um 10,5 % gesunken. Der baugewerbliche Umsatz hat um 8,7 % abgenommen. Besonders stark war der Rückgang im industriellen Bau (-8,2 %) und im öffentlichen und Verkehrsbau (-16,9 %). Im Wohnungsbau war der Rückgang vergleichsweise moderat (-3,5%).

Handwerk

Im Handwerk gingen Umsatz und Beschäftigung in den ersten Quartalen des Jahres 2002 zurück. Die ungünstige Wirtschaftsentwicklung traf alle Gewerbezweige. Im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe war der Beschäftigungsabbau besonders stark. Lediglich das Gewerbe für Gesundheit und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe konnte Umsatzzuwächse erzielen. Das MWAV unterstützt Einrichtungen des Handwerks durch institutionelle Förderung. So erhalten die Rationalisierungsgemeinschaft Handwerk S-H (RGH) und das Deutsche Handwerksinstitut (DHI) jährlich über 170.000 € als Zuschuss. Das ermöglicht dem DHI wissenschaftliche Forschungsprojekte, die bedarfsgerechte Anwendungen in Handwerksbetrieben aufzeigen. Die Betriebsvergleiche der RGH werden intensiv als praktische Hinweise zum Benchmarking von Betrieben und Existenzgründungen genutzt.

Handel

Konsumflaute deutlich spürbar

Der **Einzelhandel** spürte im Laufe des Jahres 2002 - in Schleswig-Holstein nicht anders als bundesweit - deutlich die zurückhaltende Kaufbereitschaft der Konsumenten. Die Einzelhandelsumsätze lagen 2002 (nominal) um 2,4 % niedriger als im Jahr zuvor. Da die Einzelhandelspreise tendenziell sanken, stellte sich ein realer Umsatzrückgang um 2,7 % ein.

Innerhalb des Einzelhandels war die Situation sehr unterschiedlich. Zu den Branchen, die im Berichtsjahr (nominal) Umsatzsteigerungen verzeichnen konnten, gehörten vor allem die

- *Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln (+5,8 %).*

Gesundheits-sortiment und Discounter widerstehen negativem Trend

Auch in Einzelhandelssparten, in denen häufig Discounter anzutreffen sind, zeichnete sich ein günstigeres Bild ab:

- *Einzelhandel hauptsächlich mit Nahrungsmitteln (+1,7 %) sowie*
- *Einzelhandel in Verkaufsräumen mit Waren verschiedener Art (+1,4 %).*

In den übrigen Einzelhandelssegmenten gingen die Umsätze dagegen zurück, so im

- *Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat (-6,4 %), im*
- *Sonstigen Facheinzelhandel (-9,1 %), im*
- *Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen (-7,2 %), im*
- *Einzelhandel mit Bekleidung (-14,1 %) und im*
- *Einzelhandel mit Haushalts-, Rundfunk-, TV-Geräten usw. (-21,3 %).*

Infolge dieser Entwicklung reduzierte sich die Vollzeitbeschäftigung um 3,9 %. Bei stagnierender Teilzeitbeschäftigung (+0,2 %) nahm die Zahl der Beschäftigten in den schleswig-holsteinischen Einzelhandelsunternehmen insgesamt um 1,9 % ab.

Auch der **Großhandel** musste im Berichtsjahr einen Umsatzrückgang von nominal -2,1 % (real -1,0 %) gegenüber dem Vorjahr hinnehmen.

Tourismus und Gastgewerbe

Die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, die Konsumzurückhaltung und die starke nationale und internationale Konkurrenz machten sich 2002 auch auf dem **Tourismusmarkt** bemerkbar.

Trend zu kürzerer Aufenthaltsdauer

Nach der positiven Entwicklung in den Vorjahren war im Jahr 2002 das Übernachtungsvolumen um 1,7 % rückläufig. Die Gästezahlen sanken allerdings nur um 0,6 %. Hierin zeigt sich der Trend einer rückläufigen Aufenthaltsdauer. Bis auf Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg haben alle Bundesländer negative Entwicklungen zu verzeichnen, erstmalig auch der Durchschnitt der neuen Länder. Besonders spürbare Rückgänge haben die vor allem auf das Auslandsreisegeschäft ausgerichteten Reiseveranstalter registrieren müssen.

Entwicklung des Tourismus im Jahr 2002

	Schleswig-Holstein	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Übernachtungen	-1,7 %	-2,7 %	-3,0 %	-1,3 %
Gäste	-0,6 %	-1,8 %	-1,4 %	-3,1 %
Aufenthaltsdauer (Tage im Durchschnitt)	4,8	3,0	3,0	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

In den schleswig-holsteinischen **Tourismusregionen** zeigte sich ein differenziertes Bild: An der Ostsee war die Entwicklung mit gleichbleibenden Übernachtungszahlen verhältnismäßig günstig. Die Holsteinische Schweiz (-2,2 %), die Nordseeregion (-3,0 %) sowie das übrige Binnenland (-3,6 %) wiesen demgegenüber überproportionale Rückgänge auf.

Weiterhin gute Marktposition

Die schleswig-holsteinische Tourismuswirtschaft hat weiterhin eine gute Marktposition. Mit einem Marktanteil von 3,9 % an den Urlaubsreisen der Deutschen im Jahr 2001 lag Schleswig-Holstein auf Platz 2 unter den innerdeutschen Reisezielen. Hinter Spitzenreiter Bayern mit 6,9 % und nach Schleswig-Holstein folgten Baden-Württemberg mit 3,7 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 3,6 %. Im internationalen Vergleich steht Schleswig-Holstein auf einem guten sechsten Platz (Rangfolge: Spanien, Italien, Österreich, Bayern, Türkei, Schleswig-Holstein, Frankreich, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern).

Im **Gastgewerbe** gingen Umsatz und Beschäftigung im Jahr 2002 leicht zurück. Während das Beherbergungsgewerbe noch nominale Umsatzzuwächse verzeichnen konnte, musste das Gaststättengewerbe, wozu auch Kantinen und Caterer gehören, zum Teil deutliche Umsatzeinbußen hinnehmen. Im Beherbergungsgewerbe gab es bei Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Hotels garnis weniger Vollzeitbeschäftigte, dafür aber eine Zunahme bei den Teilzeitbeschäftigten. Per Saldo sank die Beschäftigung um 0,1%.

Unternehmensnahe Dienstleistungen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung

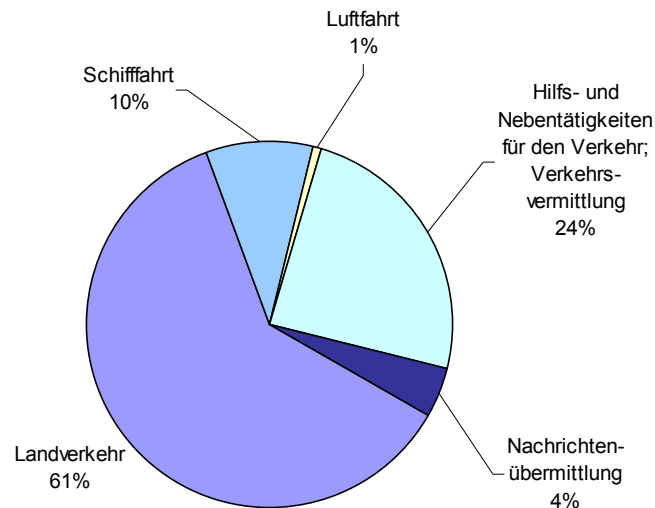
Zum tertiären Sektor zählen neben Handel und Gastgewerbe auch Verkehr, Dienstleistungen für Unternehmen und private Haushalte sowie der Staat. Die beiden Dienstleistungsbereiche *unternehmensnahe Dienstleistungen** (Abschnitt I) und *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* (Abschnitt K) sind Gegenstand der neu eingerichteten jährlichen **Dienstleistungsstatistik**. Die ersten Ergebnisse dieser neuen Statistik wurden im Dezember 2002 veröffentlicht. Sie beziehen sich noch auf das Jahr 2000.

In Schleswig-Holstein gab es im Jahr 2000 in den beiden genannten Abschnitten zusammen 14.200 Unternehmen. Davon entfielen etwa 2.500 Unternehmen auf *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* und etwa 11.700 auf die *unternehmensnahen Dienstleistungen*.

* Exakte Bezeichnung: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

Innerhalb des Bereiches **Verkehr und Nachrichtenübermittlung** sind die meisten Personen im Landverkehr tätig. Bedeutend sind auch die Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr sowie in der Verkehrsvermittlung. Hierzu gehören auch Frachttumschlag, Lagerei, Reisebüros und Reiseveranstalter.

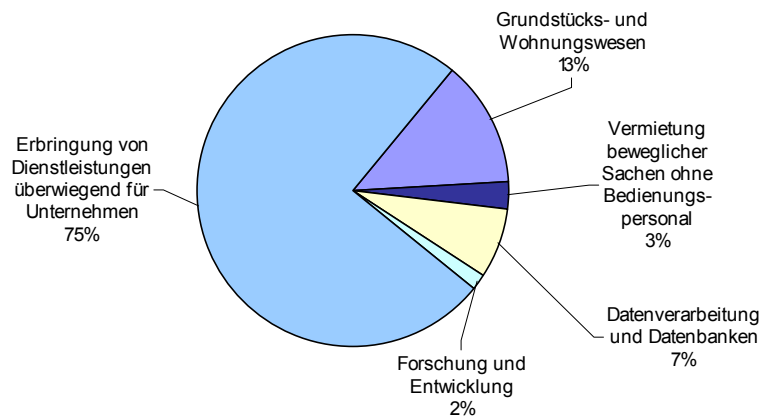
Beschäftigungsstruktur des Bereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung im Jahr 2000



Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes, Grafik MWAV S.-H.

Bei den **unternehmensnahen Dienstleistungen** handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe: Zu ihr gehören Unternehmen oder Einrichtungen des Grundstücks- und Wohnungswesens, der Vermietung beweglicher Sachen und der „Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“. Unter die letzte Kategorie fallen freiberuflich Tätige wie Rechtsanwaltskanzleien, Steuerberatungen und Architektinnen und Architekten, Vermögensverwaltungen, Reinigungsfirmen und Call-Center. Ihr gehören mehr als 59.400 Beschäftigte an. Der größte Wirtschaftszweig innerhalb dieser Kategorie sind die *Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften* mit nahezu 20.700 Personen. Der zweitgrößte Wirtschaftszweig innerhalb der Kategorie ist mit 16.900 tätigen Personen die *Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln*.

Beschäftigungsstruktur des Bereiches unternehmensnahe Dienstleistungen im Jahr 2000



Quelle: Daten des Statistischen Landesamtes, Grafik: MWAV S.-H.

Hintergrund: Auslandsaktivitäten unternehmensnaher Dienstleister

Nach häufig anzutreffender Auffassung ist der tertiäre Sektor vorwiegend auf lokale Märkte orientiert. Dieses Bild wird vor allem von der Versorgungsfunktion des Handels geprägt. Allenfalls bei länderübergreifenden Außenhandels- und Verkehrsdienstleistungen werden Auslandsumsätze erwartet. So entfielen im Jahr 2000 innerhalb des Wirtschaftsbereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung 15 % des Gesamtumsatzes in Schleswig-Holstein auf Auftraggeber mit Sitz im Ausland. Dieser Auslandsumsatz entfiel wiederum zu 60% auf die Schifffahrt. Entgegen der skizzierten landläufigen Auffassung folgen moderne unternehmensorientierte Dienstleistungsfunktionen (zum Teil zuvor aus Industrieunternehmen ausgelagert) jedoch zunehmend den exportorientierten Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und erschließen Auslandsmärkte für ihre Dienstleistungen. Dies gilt besonders für technische Dienstleister, wie Architektur- und Ingenieurbüros. Nach den aus der Dienstleistungsstatistik vorliegenden Zahlen, betrug allerdings der gesamte Auslandsumsatz der unternehmensnahen Dienstleister (Abschnitt K) mit Sitz in Schleswig-Holstein nur 90 Millionen EURO. Die schleswig-holsteinischen Architektur- und Ingenieurbüros sind mit einem Auslandsumsatz von nur 3,4 Millionen EURO im Auslandsgeschäft so gut wie nicht präsent.

Eine im Jahr 2001 vorgelegte Benchmarking-Studie des RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN INSTITUTS (RWI) zum Thema „Stärkung der internationalen Marktposition von technischen Dienstleistern“ hat den Rückstand deutscher Dienstleister gegenüber ihren Konkurrenten in Frankreich, Großbritannien und in den USA offengelegt. Dieses Ergebnis wird durch die Tatsache unterstützt, dass die von der Bundesregierung seit einigen Jahren bereitgestellten Mittel zur Kooperationsförderung technischer Dienstleister, insbesondere durch Kooperationsveranstaltungen mit Unternehmen in osteuropäischen Ländern, nur zögerlich in Anspruch genommen werden. Zur mittelfristig stärkeren Eingliederung der mittelständischen Wirtschaft in die internationalen Zukunftsmärkte und damit zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft scheint es erforderlich zu sein, den unternehmensnahen und insbesondere den technischen Dienstleistern erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

3. Politik für Schleswig-Holsteins Wirtschaft

**Direkt, schnell,
zuverlässig und
diskret**

Die Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein will ansässigen und neuen Unternehmen günstige Produktions- und Investitionsbedingungen und damit ein positives Wirtschaftsklima schaffen. Auf Bundes- und EU-Ebene setzt sie sich für günstige steuerliche, finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen ein. Mit ihren Beratungsleistungen und flankierenden Finanzierungsangeboten speziell für kleinere und mittlere Unternehmen zielt sie auf eine *Wirtschaftsförderung der kurzen Wege: Direkt, schnell, zuverlässig und diskret*.

Die Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein fördert Unternehmensgründungen, unterstützt heimische Unternehmen auf dem Weg in Auslandsmärkte und wirbt um die Ansiedlung auswärtiger Unternehmen aus besonders chancenreichen Herkunftsländern. Sie konzentriert ihren Mitteleinsatz auf eine leistungsstarke wirtschaftsnahe Infrastruktur.

In ihrer räumlichen Ausrichtung zielt die Wirtschaftspolitik der Landesregierung darauf ab, Schleswig-Holstein und Hamburg als eine wirtschaftlich stark verflochtene Region zu entwickeln und diesen Wirtschaftsraum als Brücke in den Ostseeraum zu profilieren. Dazu stärkt sie die Entwicklungsachse Hamburg-Lübeck-Kopenhagen und fördert die Bildung leistungsfähiger Subregionen entsprechend der jeweiligen Stärken (Metropolregion Hamburg, KERN-Region, Lübeck/Ostholstein, Flensburg/Schleswig und Westküste).

**Umfangreiches
Spektrum
moderner
Politik**

Die Technologieförderung der Landesregierung beschleunigt den Transfer neuen Wissens und neuer Technologien in die schleswig-holsteinischen Unternehmen und schafft ein günstiges Innovationsklima. Sie unterstützt vor allem Branchen- und Technologiecluster, die bereits die notwendige kritische Masse aufweisen und besondere Wachstumschancen besitzen.

Die berufliche Aus- und Weiterbildungspolitik unterstützt das Engagement der Unternehmen im Land bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und entwickelt effektivere Ausbildungs- und Weiterbildungsstrategien für die Arbeitnehmer.

Die Verkehrspolitik verbessert durch den Ausbau der regionalen und überregionalen Verkehrsverbindungen die Standortgunst des Landes. Dabei setzt sie auf mehr Wettbewerb und fördert Bemühungen für neue private und öffentlich-private Finanzierungs- und Betreibermodelle.

**Wirtschaftspolitik
ist Querschnitts-
aufgabe**

In der Wirtschaftspolitik gibt es Berührungspunkte zu vielen Politikfeldern. Dazu gehört alles, was das Land und seine Unternehmen für den Wettbewerb fit macht. Bildungspolitik, Kulturpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Umweltpolitik haben großen Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Lande.

3.1 Regionale Wirtschaftspolitik

EU-Strukturpolitik

Im Rahmen der Förderperiode der EU-Strukturfonds bis 2006 werden **drei Ziele** und **vier Gemeinschaftsinitiativen** unterstützt.

Unter das Ziel 2 fallen Regionen mit Strukturproblemen, deren wirtschaftliche und soziale Umstellung flankiert werden soll. Von der Ziel 2-Förderung profitiert auch Schleswig-Holstein. Folgende Regionen mit insgesamt 860.200 Einwohnern gehören zum Ziel 2 Fördergebiet:

- die Kreise Schleswig-Flensburg, Dithmarschen und Nordfriesland,
- Teile der Landeshauptstadt Kiel sowie der kreisfreien Städte Flensburg und Lübeck,

- weitere strukturschwache ländliche Räume in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Ostholstein und Plön,
- die Gemeinde Büttel und die Insel Helgoland.

Aus dem **Ziel 2-Programm Schleswig-Holstein 2000 - 2006** werden rund 258,3 Millionen Euro nach Schleswig-Holstein fließen, der größte Teil davon aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Ein kleinerer Teil entfällt auf den Europäischen Sozialfonds (ESF). Die EFRE-Mittel sind wichtigster Bestandteil der Gesamtfinanzierung des **Regionalprogramm 2000**.

Im **Einheitlichen Programmplanungsdokument (EPPD)** für die Ziel 2-Förderung in Schleswig-Holstein 2000 - 2006 sind Maßnahmen und Förderstrategie für die Regionalförderung in Schleswig-Holstein festgelegt.

Bis Ende 2003 wird die **Halbzeitbewertung** des Ziel 2-Programms vorliegen. Sie wird Aufschluss über die Umsetzung der Programmstrategie und den Erfolg der Regionalförderung in Schleswig-Holstein geben.

EU-Strukturpolitik bedarf der Fortsetzung

Im Jahr 2003 wird die EU-Kommission ihre Vorstellungen für die **EU-Strukturpolitik nach 2006** konkretisieren. Gleichzeitig werden ebenso wie in den anderen Mitgliedstaaten auch in der Bundesrepublik Deutschland intensive Diskussionen darüber geführt, wie die EU-Strukturpolitik nach der EU-Erweiterung finanzierbar und gleichzeitig effizient gestaltet werden kann. Für Schleswig-Holstein ist wichtig, dass angesichts des strukturpolitischen Handlungsbedarfes weiterhin eine Ziel 2- und Ziel 3-Förderung auf europäischer Ebene erfolgt oder anderenfalls der Bund den Ländern entgehende EU-Mittel angemessen und zweckbestimmt kompensiert.

Regionalprogramm 2000

Das Regionalprogramm 2000 ist eine der drei Säulen der Initiative **ziel: Zukunft im eigenen Land**. Die Initiative wurde Anfang 2000 gestartet und bestimmt seitdem mit den drei Programmen **Zukunft auf dem Land, Arbeit für Schleswig-Holstein** und dem **Regionalprogramm** die Förderung der Regionen in Schleswig-Holstein.

Das **Regionalprogramm 2000** bildet das gemeinsame Dach für

- die Ziel 2-Förderung der Europäischen Union aus dem EFRE,
- die Auslaufförderung der EU aus dem EFRE für Teile der ehemaligen Ziel 5b-Gebiete,
- die Infrastrukturförderung aus der *GA Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*
- und eine ergänzende Landesförderung.

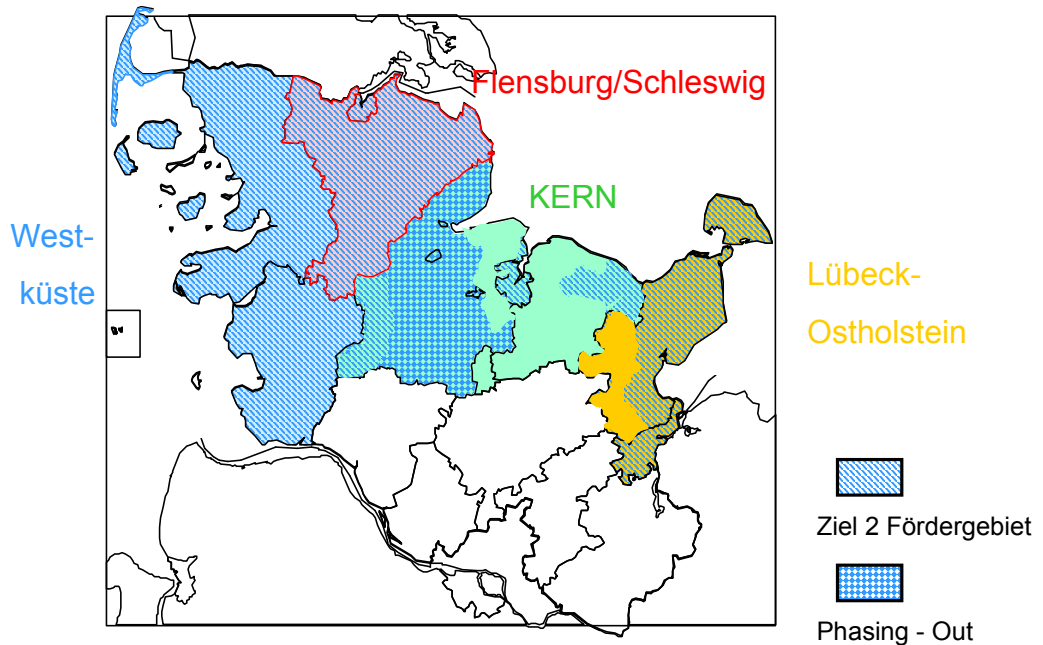
369 Millionen Euro Fördervolumen

Für die Gesamtlaufzeit des Regionalprogramm 2000 bis zum Jahr 2006 hat die Landesregierung ein Fördervolumen von insgesamt 369 Millionen Euro eingeplant. Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ist an diesem Mittelvolumen mit rund 222 Millionen Euro beteiligt. Das Fördergebiet umfasst die Regionen Westküste, Flensburg/Schleswig, Ostholstein/Lübeck sowie die KERN-Region.

Die **drei Grundprinzipien** des Regionalprogramms:

- **Wirtschaftsnahe Infrastruktur** als Förderschwerpunkt für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in den strukturschwachen Regionen.
- **Regionale Partizipation:** Über regionale Beiräte werden die Akteure der Region - unter Einschluss der Kammern, Verbände, Gewerkschaften - am Auswahlverfahren beteiligt.
- **Qualitätswettbewerb:** Förderprojekte müssen sich regional und landesweit mit anderen Projekten messen.

Fördergebiet des Regionalprogramm 2000



Schwerpunkt: Wirtschaftsnahe Infrastruktur

Aus dem Regionalprogramm werden Infrastrukturmaßnahmen gefördert. Die Projekte sollen Innovationen, Wachstum und Beschäftigung vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen stimulieren. Förderschwerpunkt ist der **Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur**. Dazu gehören:

- Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten;
- Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen;
- Errichtung von Gewerbe-, Technologie- und Gründerzentren;
- Ausbau und Modernisierung der Hafeninfrastruktur;
- touristische Infrastrukturmaßnahmen einschließlich kulturtouristischer Maßnahmen;
- Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Qualifizierung;
- Maßnahmen im Bereich des Technologietransfers;
- weitere weiche Infrastrukturmaßnahmen.

Zu den verstärkt geförderten *weichen* Infrastrukturmaßnahmen gehören regionale Unternehmensnetzwerke in den Bereichen Multi-Media oder Electronic-Commerce und Regionalmanagement.

Seit Programmbeginn wurden bis Jahresende 2002 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 200 Millionen Euro und einer Investitionssumme von rund 381 Millionen Euro für eine Förderung ausgewählt. Für 70 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 96,7 Millionen Euro wurden allein im Jahr 2002 Fördermittel des Regionalprogramms in Höhe von 49,7 Millionen Euro bewilligt.

Beispiele für in 2002 bewilligte Förderprojekte des Regionalprogramm 2000:

- Ausbau Hafen Lübeck-Schlutup und Westerweiterung Terminal Schlutupkai
- Grundinstandsetzung von Teilen der Landungsbrücke Helgoland
- Maßnahmen zur Verbesserung der Flugsicherheit der Flughäfen in Kiel, Lübeck und Westerland
- Erschließungen von Gewerbegebieten in den Städten Kiel, Flensburg und Schleswig sowie den Gemeinden Bredenbek, Hemmingstedt, Leck und Schashagen
- Umbau und Modernisierung des Meerwasser-Hallenbades in Büsum
- Gesundheitsregion Holsteinische Schweiz

- Umbau und Neugestaltung der Promenaden in den Gemeinden Heiligenhafen, Kellenhusen und Eckernförde
- Günter-Grass-Haus in Lübeck
- Infozentrum Wasservogelreservat Wallnau, Fehmarn
- Neubau Jugendherberge mit Zeltplätzen in Westerland
- Koordinierungs- und Informationsstelle für den Fahrradtourismus
- Optimierung der Vertriebs- und Informationssysteme der Destination Nordsee Schleswig-Holstein sowie Konzeption und Einführung einer OstseeCard und der NordseeCard
- Weiterbildungsverbund Ostholstein/Plön
- Regionales Bildungszentrum für Berufe im Gesundheitswesen, Heide
- Diverse Qualifizierungsinfrastrukturprojekte an Berufsbildungsstätten
- Gebietsentwicklungsplanung für den Wirtschaftsraum Rendsburg
- Regionales Entwicklungskonzept Westküste
- Regionalmanagement Maritimes Gewerbe in Ostholstein
- Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung von Konversionsflächen: Standortanalyse und Entwicklungskonzept für Flächen Kaserne auf der Freiheit und Jugendpsychiatrie Hesterberg in Schleswig und Machbarkeitsstudie Eckernförde-Carlshöhe

Urban

Neben der Förderung nach dem Ziel-2 der EU profitiert Schleswig-Holstein auch von kleineren EU-Programmen mit geringerer Bedeutung. Insbesondere gehören dazu Förderungen aus INTERREG und der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II. Aus der **Urban II** für das Kieler Ostufergebiet mit rund 33.000 Einwohnern erhält die Landeshauptstadt Kiel eine Beteiligung des EFRE von knapp 10 Millionen Euro.

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Förderung nach bundes-einheitlichem Schema

Die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) ist seit 1969 das zentrale Instrument der Regionalförderung von Bund und Ländern. Sie zielt auf den Ausgleich von Standortnachteilen strukturschwacher Regionen und den Abbau regionaler Entwicklungsunterschiede. Bund und Land beteiligen sich an der Finanzierung zu je 50 Prozent.

Säulen der Förderung

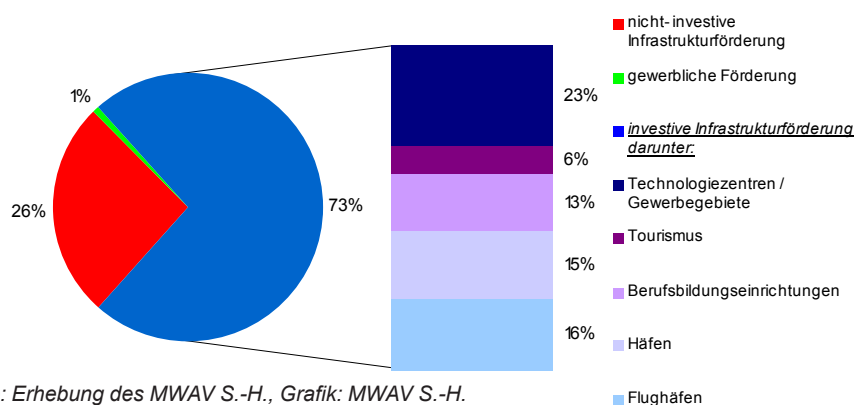
Die GA-Förderung umfasst

- Infrastrukturmaßnahmen
- investive gewerbliche Maßnahmen
- nicht-investive Maßnahmen von kleinen und mittleren Unternehmen
- Regionalmanagement-Projekte im Rahmen einer modellhaften Förderung

Förderergebnisse

In Schleswig-Holstein wird die **Infrastrukturförderung** der Gemeinschaftsaufgabe über das Regionalprogramm 2000 umgesetzt. In der **gewerblichen** Förderung wurden in den Jahren 2000 bis 2002 insgesamt Bewilligungen in Höhe von 102,2 Millionen Euro ausgesprochen, davon 34,5 Millionen Euro im Jahr 2002. Das Investitionsvolumen der 2002 geförderten Maßnahmen betrug rund 136 Millionen Euro.

Verteilung der GA-Fördermittel nach Förderbereichen



Quelle: Erhebung des MWAV S.-H., Grafik: MWAV S.-H.

Fördergebiet der GA

Die Europäische Kommission hat die deutsche Fördergebietskarte bis Ende 2003 genehmigt. Deutschland hat im Herbst 2002 einen Verlängerungsantrag bis Ende 2006 gestellt.

Derzeit gehören die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Ostholstein, Schleswig-Flensburg sowie die Städte Flensburg und Lübeck zum C-Fördergebiet mit höheren Fördersätzen für gewerbliche Investitionsvorhaben und die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde sowie die Städte Kiel und Neumünster zum D-Fördergebiet, in dem nur kleine und mittlere Unternehmen mit niedrigeren Fördersätzen bezuschusst werden dürfen.

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bmwi.de/Homepage/Politikfelder/Wirtschaftspolitik/Regionalpolitik/Regionalpolitik.jsp

Konversionspolitik

Unterstützung für Konversionsstandorte

Mit dem im April 2001 von der Landesregierung beschlossenen **Konversionsprogramm zur Unterstützung der vom Truppenabbau betroffenen Standorte** wird die besondere Berücksichtigung von Konversionsprojekten im Rahmen der Initiative **ziel: Zukunft im eigenen Land** sichergestellt. Das Programm stuft die 11 Standorte Großenbrode, Hohenlockstedt, List, Eckernförde, Glückstadt, Leck, Neumünster, Neustadt i.H., Rendsburg, Tarp und Schleswig als besonders stark vom Truppenabbau betroffene Kommunen ein.

Regionalprogramm 2000 und Truppenabbau

Im Januar 2002 konstituierte sich die Arbeitsgruppe *Anschlussnutzung Bundeswehrliegenschaften*,

die vor allem dem Informationsaustausch dient und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konversion optimieren soll. Die Federführung liegt bei der für Schleswig-Holstein zuständigen Oberfinanzdirektion Rostock. Weitere Mitglieder sind Vertreter des Infrastrukturstabes der Bundeswehr, der Wehrbereichsverwaltung, der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (g.e.b.b.), des Städte- und Gemeindebundes Schleswig-Holstein sowie des Konversionsbüros im Wirtschaftsministerium, das als zentrale Servicestelle der Landesregierung für die vom Truppenabbau betroffenen Kommunen eingerichtet worden ist.



Konversionsbüro im Wirtschaftsministerium:

Rüdiger Balduhn, Tel. 0431/988-4526, Fax: 0431/988-4812,

E-mail: ruediger.balduhn@wimi.landsh.de

(www.landesregierung.schleswig-holstein.de/ Suchbegriff „Konversion“)

Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg



Das **Regionale Entwicklungskonzept** für die **metropolregion hamburg** umfasst

- die Freie und Hansestadt Hamburg,
- in Schleswig-Holstein die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Steinburg und den Wirtschaftsraum Brunsbüttel,
- in Niedersachsen die Landkreise Harburg, Stade, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Cuxhaven, Soltau-Fallingb., Uelzen und Lüchow-Dannenberg.

Potenziale gebündelt und Synergien genutzt

In zahlreichen Veranstaltungen wurden 2002 Ansatzpunkte zur Leistungssteigerung der Metropolregion entwickelt. Dazu gehören:

- die *Standortkonferenz Unterelbe - Impulse für die Wirtschaft* (29. April 2002) in Brunsbüttel;
- Messe und Congress für Gewerbeimmobilien, Gewerbeflächen und Finanzierungen *Expansion* (7. Juni 2002) in Hamburg;
- *Fest der Region* (21. bis 23. Juni 2002) in Lüneburg
- Teilraum-Workshop *Innerregionale Vernetzung* (16. Mai 2002) in Elmshorn
- Teilraum-Workshop *Innenentwicklung* (30. August 2002) in Lüneburg
- Teilraum-Workshop *Sozialräumliche Segregation* (19. September 2002) in Stade;
- Teilraum-Workshop *Flächenverbrauch in der Metropolregion Hamburg* (4. November 2002) in Lauenburg.

Projekte

Unter Beteiligung des Wirtschaftsministeriums hat die ständige Arbeitsgruppe *Berufliche Bildung / Weiterbildung* Kooperationsmöglichkeiten definiert und sich auf gemeinsame politische Strategien und Handlungsfelder verständigt.

Die norddeutschen Länder haben das länderübergreifende Projekt *Lernende Metropolregion* erfolgreich im Bundesprogramm *Lernende Regionen - Förderung von Netzwerken* positioniert. Aus Schleswig-Holstein sind hieran die Weiterbildungsverbände der Metropolregion beteiligt. Nach dem Abschluss der Planungsphase im Jahr 2002 wird das Projekt in den kommenden vier Jahren umgesetzt.

Nach der Evaluierung der bestehenden Leit- und Modellprojekte in der Metropolregion Hamburg wurde am 28. November 2002 in Ahrensburg ein Wettbewerb zur Initiierung neuer Leitprojekte eröffnet.

Neu: Newsletter

Seit Jahresbeginn 2002 erscheint vierteljährlich *metropolnews*, der Newsletter für die Metropolregion Hamburg. Dieses Forum des regionalen Dialogs berichtet über die Ereignisse und Probleme der Region und macht sowohl bundesweit als auch international auf die Metropolregion Hamburg aufmerksam.

Bilaterale Zusammenarbeit mit Hamburg

Intensivierung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Schleswig-Holstein und Hamburg haben ihre bilaterale Zusammenarbeit auf allen Ebenen weiter intensiviert:

- Neuorganisation und Zusammenführung der **Eichverwaltungen, Datenzentralen** und der **Statistischen Landesämter** zur Steigerung von Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Die gemeinsame Eichverwaltung soll im Sommer 2003 eingerichtet sein. Die Datenzentrale Schleswig-Holstein und das hamburgische Landesamt für Informationstechnologie werden zum 1. Januar 2004 zusammengeführt.
- Zur Profilierung des Wirtschaftsraumes Schleswig-Holstein - Hamburg im Ausland wurde die Zusammenarbeit mit Hamburg bei **außenwirtschaftlichen Aktivitäten** verstärkt. Außenwirtschaftliche Veranstaltungen und Initiativen (wie Unternehmensreisen) sollen künftig für Unternehmen aus beiden Ländern geöffnet sein, wo möglich gemeinsame Präsentationen erfolgen.

- Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit im Bereich **Life Science**: Der im Jahr 2000 gegründete länderübergreifende Verein *Bay to Bio - Förderkreis Life Science e.V.* hat seinen Mitgliederbestand im Jahr 2002 erheblich erweitern können. Mit seinen regelmäßigen Fachveranstaltungen und seinem „Unternehmerstammtisch“ hat sich der Förderkreis als feste Größe in der norddeutschen Biotech-Szene etabliert.
- Länderübergreifende **Verbesserung des Verkehrsflusses**: Zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Hauptachsen des Straßenverkehr zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein (Autobahnen A 1, 7, 23 und 24) werden länderübergreifend und unter wechselnder Federführung der jeweiligen Straßenbauverwaltung Maßnahmen zur Verkehrsbeeinflussung durchgeführt. Die Zusammenarbeit wird sich künftig auch beim Betrieb länderübergreifender Anlagen fortsetzen.

3.2 Wirtschaftsförderung für Unternehmen

Mittelstandspolitik ist Topthema **Mittelstandsoffensive**

Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein ist Mittelstandspolitik.- Mittelstandspolitik muss auch auf Bundesebene ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen.

Auf Anregung Schleswig-Holsteins haben sich im Sommer 2002 die Wirtschaftsminister der Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen auf einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog zur Förderung mittelständischer Unternehmen verständigt. Diese Mittelstandspolitische Agenda wurde im Dezember 2002 von der Wirtschaftsministerkonferenz der sechzehn Bundesländer beschlossen.

Mittelstands- politische Agenda

Der Forderungskatalog umfasst fünf zentrale mittelstandspolitische Handlungsfelder:

• **Bessere Kreditversorgung**

Das Förderinstrumentarium muss entsprechend den Anforderungen kleiner und mittlerer Unternehmer ausgebaut werden. Auch künftig muss eine hinreichende Kreditversorgung von KMU und Existenzgründern zu mittelstandsfreundlichen Konditionen gewährleistet sein; die Kreditversorgung des Mittelstandes bedarf auch einer institutionellen Absicherung.

• **Steuererleichterungen**

Durch eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik muss die Steuerbelastung von KMU gesenkt und so finanzieller Freiraum für eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung geschaffen werden. Dies erleichtert die Investitionstätigkeit sowohl durch Fremd- als auch durch Eigenfinanzierung. Eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik muss die Fortführung des Betriebs in der nächsten Generation sichern und verhindern, dass die unternehmerische Aufbauleistung vernichtet wird. Neue steuerliche Belastungen für KMU müssen vermieden und die weitere Entwicklung des Wagniskapitalmarktes gefördert werden.

• **Abbau der Lohnnebenkosten**

Durch mehr Wettbewerb muss die Effizienz der Sozialversicherungssysteme gesteigert werden. Zusammen mit der Entlastung von versicherungsfremden Leistungen ergeben sich geringere Lohnnebenkosten.

• **Flexiblere Arbeitsmärkte**

Über eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes müssen die unternehmerischen Risiken gesenkt werden, die mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden sind. Eine effizientere Anpassung an die Produktions- und Auftragslage wird möglich. Wirtschaftswachstum kann schneller in Arbeitsplatzwachstum umgesetzt werden. Das Arbeitsrecht ist von Einstellungs-hemmnissen zu befreien. Ein erhöhter Abstand zwischen der Sozial- bzw. Arbeitslosenhilfe und dem Lohnniveau muss die die Anreize zur Arbeitsaufnahme steigern und das Angebot von Arbeitskräften im Niedriglohnbereich vergrößern. Die Schwarzarbeit wird zurückgedrängt und die Sozialversicherungssysteme werden stabilisiert.

• **Abbau bürokratischer Hemmnisse**

Ziel ist die Ausweitung unternehmerischer Freiräume: Bestehende bürokratische Hindernisse, die unnötig Zeit in Anspruch nehmen und Kosten verursachen, müssen abgebaut werden. Überflüssige Statistiken sind zu streichen. Der Errichtung neuer Hemmnisse muss vorgebeugt werden, und die Ausrichtung des öffentlichen Dienstes als Service-Dienstleister für Unternehmen intensiviert werden.

Die Landesregierung setzt die Forderung des 5-Punkte-Katalogs im Rahmen ihrer Mittelstandsoffensive auf Landesebene und durch bundespolitische Initiativen um.

Der **Forderungskatalog und weitere Informationen** im Internet unter:
www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de („Zukunft im Mittelstand“)

Instrumente der betrieblichen Förderung

Förderinstrumentarium

Für die Förderung von Unternehmensinvestitionen und Existenzgründungen steht in Schleswig-Holstein ein schlagkräftiges Förderinstrumentarium bereit. Wesentliche Bestandteile dieses Instrumentariums sind:

- Einzelbetriebliche Investitionsförderung aus Mitteln der *Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* (GA).
- Bürgschaftshilfen des Landes und der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH.
- Zinsgünstige Darlehen und Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichen Charakter des zentralen Förderinstituts Investitionsbank Schleswig-Holstein.
- Beteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG).
- Speziell für den Schiffbau die Werftenhilfe.

Wirtschaftsförderung aus einer Hand

Durch die enge Kooperation der landesnahen Förderinstitute auf Basis von Kooperationsverträgen wird Wirtschaftsförderung aus einer Hand praktiziert. Schleswig-Holstein ist ein Wirtschaftsstandort der kurzen Wege und schnellen Entscheidungen für Unternehmen, Gründerinnen und Gründer.

Veränderte Finanzierungsbedingungen

Die mittelständischen Unternehmen in Deutschland sehen sich wachsenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit gegenüber. Strukturveränderungen im Bankensektor und die schwache Konjunktur haben dazu geführt, dass die Kreditwirtschaft die Vergabe von Neukrediten deutlich eingeschränkt hat. In einem Arbeitskreis mit Vertretern des Mittelstandes, des Handwerks und der Kammern hat das Wirtschaftsministerium Probleme analysiert und Gegenstrategien erstellt. Dazu gehörten sowohl politische Vorstöße auf Bundesebene wie auch Aufklärung auf Landesebene.

Basel II entschärft

Die Befürchtung, dass die für 2005 erwarteten Eigenkapitalunterlegungsregeln (Basel II) die Kreditwirtschaft zu einer restriktiven Kreditvergabe veranlassen, konnten im Laufe des Jahres 2002 weitgehend entkräftet werden. Es ist gelungen, die Forderungen der mittelständischen Wirtschaft in den wichtigsten Bereichen durchzusetzen:

- Kredite an kleine und mittlere Unternehmen unterhalb eines Betrages von 1 Million Euro können in einem Retail-Portfolio zusammengefasst werden, für das geringere Eigenkapitalanforderungen gelten.
- Für die in Deutschland üblichen Kredite mit langen Laufzeiten konnte eine vertretbare Regelung für Laufzeitenzuschläge durchgesetzt werden.

Bei der Erarbeitung der Detailregelungen werden mittelstandsfreundliche Komponenten im Vordergrund stehen.

Kapitalversorgung sichergestellt

Die drei Förderinstitute des Landes haben im wirtschaftlich schwierigen Jahr 2002 einen entscheidenden Beitrag geleistet, die Eigen- und Fremdkapitalversorgung von schleswig-holsteinischen Unternehmen auf breiter Basis sicher zu stellen.

Bürgschaften für den Mittelstand

Die **Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein** hat im Jahr 2002 für 418 Unternehmen Bürgschaften mit einem Volumen von 57 Millionen Euro neu bewilligt. Dies ist eine Zunahme der geförderten Unternehmen um 9 %. Trotz des leicht rückläufigen Bewilligungsvolumens konnte das Bürgschaftsgeschäft auf einem hohen Niveau gehalten werden. Mit ihren Förderprodukten hat die Bürgschaftsbank zur Realisierung zahlreicher Investitionsvorhaben beigetragen. Weitere Informationen unter www.buergschaftsbank-sh.de.

Investitionszuschüsse und Darlehen

Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein** hat im Jahr 2002 in 15 Fällen für investive gewerbliche Maßnahmen Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe in Höhe von rund 7 Millionen Euro bewilligt. Damit wurden Investitionen von 69 Millionen Euro ausgelöst und 239 neue Arbeitsplätze geschaffen. Darüber hinaus wurden zinsgünstige Darlehen mit einem Volumen von 111 Millionen Euro bewilligt. Weitere Informationen unter: www.ib-sh.de.

- Beteiligungen** Die **Gesellschaft für Wagniskapital Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH** (MBG) übernahm im Jahr 2002 in 43 Fällen stille Beteiligungen an kleinen und mittleren Unternehmen in Höhe von rund 10,5 Millionen Euro. Weitere Informationen unter www.mbg-sh.de.
- Neuer Technologie- und Innovationsfonds** Auf Initiative der Landesregierung wurde darüber hinaus zum 1. Juni 2002 bei der MBG der **Technologie- und Innovations-Fonds** (TIF) errichtet. Der TIF dient vor allem der Verbesserung der Frühphasenfinanzierung (Seed- und Start-up). Investitionsbank, Bürgschaftsbank und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft sind die gemeinsamen Risikoträger des Fonds. Die MBG betreibt das Fondsmanagement.

Existenzgründungsoffensive

Existenzgründungsoffensive erfolgreich

Zu der positiven Gründungsbilanz in Schleswig-Holstein hat auch die **Existenzgründungsoffensive der Landesregierung** beigetragen (siehe S. 14ff.).

• Gründungsfinanzierungen auf hohem Niveau

Die dem Land nahestehenden Finanzierungsinstitute, *Investitionsbank, Bürgschaftsbank* und *Mittelständische Beteiligungsgesellschaft*, haben allein 2002 die Finanzierung von 230 Gründungsvorhaben unterstützt. Insgesamt 1.750 Arbeitsplätze konnten so geschaffen oder gesichert werden.

Die *Deutsche Ausgleichsbank* (DtA) hat im Bereich Existenz- und Unternehmensgründungen bis einschließlich November 2002 insgesamt 873 Vorhaben in Schleswig-Holstein gefördert. Auf diesem Wege wurden 6.065 Arbeits- und Ausbildungsplätze in Schleswig-Holstein geschaffen oder gesichert.

Mit den verbesserten Möglichkeiten der Gewährung von Überbrückungsgeld für Existenzgründerinnen und Existenzgründer aus der Arbeitslosigkeit hat die *Bundesanstalt für Arbeit* in Schleswig-Holstein über 4.200 Menschen neue Perspektiven eröffnet. Dieses ist gegenüber dem Vorjahr ein Plus von über 30%. In den strukturschwachen Fördergebieten des Landes können diese Hilfen seit dem Spätsommer 2002 zudem durch EU-Mittel aus dem Förderprogramm ASH 34 weiter aufgestockt werden. Trotz des späten Programmbeginns wurden im Jahr 2002 noch 305 Existenzgründungen unterstützt.

- Das **Existenzgründerinnenprogramm** des Landes ermöglichte in seiner Laufzeit 306 kleinere Existenzgründungsvorhaben speziell von Frauen und 509 zusätzliche Arbeitsplätze. Die Frauenförderquote ist 2002 in Schleswig-Holstein unter den von der Deutschen Ausgleichsbank geförderten Gründungsvorhaben mit über 31% die höchste aller westdeutschen Länder.

• Starthilfe Schleswig-Holstein - neuer Schub für das Gründungsgeschehen

Mit Unterstützung des Landes begleitet die Investitionsbank ab 2003 kleinere Existenzgründungs- und Festigungsvorhaben bis zu einem Finanzierungsvolumen von maximal 150.000 Euro, deren Mitfinanzierung von einer Bank oder Sparkasse ansonsten nicht erfolgt wäre. In die mit verbesserten Konditionen ausgestattete **Starthilfe Schleswig-Holstein** wird das seit 1997 angebotene *Existenzgründerinnenprogramm* integriert. Die Starthilfe Schleswig-Holstein schließt eine begleitende Beratung der Gründerinnen und Gründer innerhalb von zwei Jahren ein.

• Existenzgründungsleitfaden auch online abrufbar

Der bundesweit anerkannte Existenzgründerleitfaden wird im Jahre 2003 erneut aktualisiert und unter www.wir-helfen-gruenden.de im Internet zu finden sein.

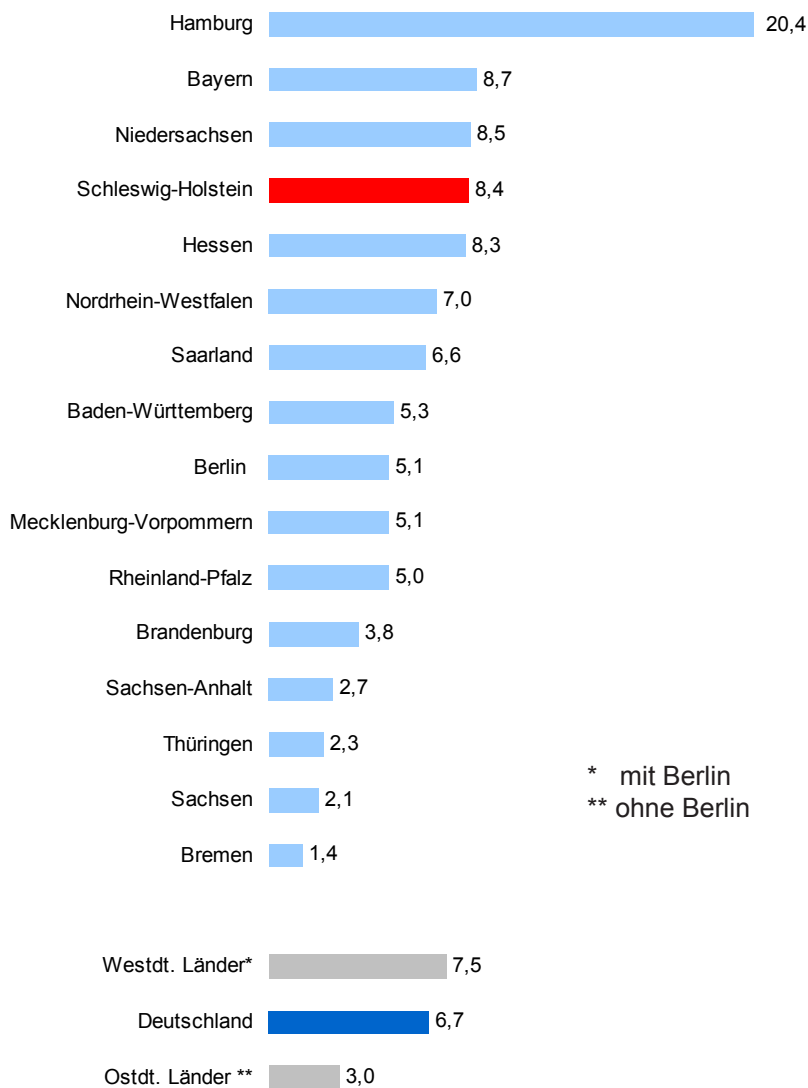
• Beratung ist das A + O

Die *Förderberatung Wirtschaft bei der Investitionsbank* informiert bestehende Unternehmen, Existenzgründerinnen und Existenzgründer kostenlos und wettbewerbsneutral über die vorhandenen Fördermöglichkeiten des Landes, des Bundes und der Förderinstitute. Im Jahr 2002 wurden annähernd 2.500 Beratungen durchgeführt, davon 763 Beratungen für Existenzgründerinnen. Auch die *Bürgschaftsbank* wird ihre Förderprodukte für Existenzgründungen ab 2003 mit einer begleitenden Beratung verknüpfen.

Schleswig-Holstein ist für Gründungen weiterhin ein attraktiver Wirtschaftsstandort mit aussichtsreichen Perspektiven. Im Vergleich der deutschen Flächenländer rangiert Schleswig-Holstein nach Bayern und Niedersachsen auf Platz drei mit einer Quote von 8,4 Nettoneueintragungen je 10.000 Einwohner.

Netto-Neueintragungen im Jahr 2002

Unternehmensneueintragungen abzüglich Unternehmenslösungen
im Handelsregister je 10.000 Einwohner



Quelle: Creditreform; Insolvenzen, Neueintragungen, Lösungen - Jahr 2002;
Einwohner zum 31.03.2002; Graphik: MWAV S.-H.

3.3 Technologiepolitik

Biotechnologie und Maritime Technologie - Zwei technologiepolitische Schwerpunktbereiche

Biotechnologie auf Wachstumskurs

Der positive Trend in der schleswig-holsteinischen **Biotechnologie** hat sich fortgesetzt.

Mit 14 Projekten und einem Zuschussvolumen von rund 3,6 Millionen Euro war die Biotechnologie auch 2002 Schwerpunkt innerhalb der Technologieförderpolitik des Wirtschaftsministeriums, der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein GmbH und der Technologiestiftung Schleswig-Holstein. Mit dem Erweiterungsbau im Kieler Innovations- und Technologiezentrum KITZ und dem neuen Multifunktionscenter im Innovationscampus Lübeck sind die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für Biotech-StartUps weiter verbessert worden. Im Jahr 2002 konnten drei Unternehmensneugründungen bzw. -ansiedlungen verzeichnet werden. Weitere Gründungen befinden sich in Vorbereitung.

Life Science

Der **Bay to Bio Förderkreis Life Science e.V.** ist das Informations- und Kommunikationsforum für die norddeutsche Life Science Branche. Ziel ist der Aufbau einer länderübergreifenden Dachstruktur sowie einer zentralen Beratungs- und Dienstleistungseinrichtung für den Bereich der Life Sciences. Schleswig-Holstein engagiert sich in dem Projekt „Scan-Balt in Biotechnology“, einer Initiative aller Ostseeränderstaaten zur Förderung der Biotechnologie im Ostseeraum.

Meerestechnik

Im März 2002 fand in Kiel das Kick-Off-Meeting des **Maritimen Kompetenznetzwerk** statt. Das Netzwerk bündelt die in Schleswig-Holstein vorhandenen Kompetenzen in der marinen Aquakultur. Die Koordinierung des Netzwerks erfolgt durch die Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein GmbH.



Mit dem Strategiepapier **Technologien für nachhaltige Marikultur-Systeme** hat das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium und dem Wissenschaftsministerium ein Konzept zur Schaffung eines Kompetenzclusters für die **Marikultur** vorgelegt. Die *Zusammenarbeit auf dem Gebiet der marinen Aquakultur* mit der Hansestadt Bremen zielt auf die Realisierung größtmöglicher Synergieeffekte durch gemeinsame Technologieentwicklung. Mit **Maritimen Innovationen** befasste sich auch eine Fachkonferenz des Bundesforschungsministeriums in Kiel im August 2002.

Mikroelektronik

Mikroelektronik

Am **Mikroelektronik-Standort Itzehoe** mit dem Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISiT) und dem Innovationszentrum IZET entsteht die zweite hochmoderne Chipfabrik. Im Jahr 2002 haben sich weitere Technologiefirmen angesiedelt: *Solid Energy* und *Condias* als größte Ausgründungen der Fraunhofer-Gesellschaft der letzten Jahre.

Schmidt-Römhild Technology Award Im Jahr 2002 hat der Wirtschaftsminister den mit 30.000 Euro dotierten **Schmidt Römhild Technology Award** zum fünfzehnten Mal verliehen. Hauptpreisträger in der Kategorie Unternehmen wurde die Firma Solid Energy GmbH aus Itzehoe für die Entwicklung von festkörperbasierten Lithium-Polymer-Akkumulatoren. In der Kategorie Technologie-Transfer ging der Preis an Prof. Dr. Mohammed Es-Souni vom Institut für Werkstoff- und Oberflächentechnologie an der Fachhochschule Kiel.

Telekommunikation und Multimedia

IuK-Wirtschaft im Aufwind Die schleswig-holsteinische Informations- und Kommunikationswirtschaft (IuK-Wirtschaft) entwickelt sich dynamisch. Nahezu ein Drittel des Beschäftigungszuwachses der Wirtschaft des Landes zwischen 1998 und 2001 geht auf die IuK-Wirtschaft zurück. Dabei hat Schleswig-Holstein stark von der Entwicklung der Mobiltelefonie zum Massenmarkt profitiert. Neben der Endgerätefertigung und Telekommunikationsdienstleistungen für Mobilfunk finden sich eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen, die Software entwickeln. Die Landesregierung unterstützt den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einsatz der **Informations- und Kommunikationstechnologien** (IuK) in möglichst vielen Lebensbereichen. Flankierende Maßnahmen helfen den kleinen und mittleren Unternehmen, sich auf diesen Gebieten weiter zu entwickeln.

Business to Business Mit dem neuen Förderprogramm **Business to Business (B2B)** - fördert die Landesregierung die Umstellung bisheriger Geschäftsprozesse auf den elektronischen Geschäftsverkehr, einschließlich der innerbetrieblichen Ablauf- und Aufbauorganisationen. Das dreijährige Programm ist mit jährlich 511.000 Euro dotiert und wird aus dem Europäischen Fonds zur Regionalen Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Regionalprogramm 2000 finanziert. Einzelheiten unter: www.ttz-sh.de

IuK-Infrastruktur Wirtschaftsnahen **Infrastrukturmaßnahmen** investiver und nichtinvestiver Art werden im Bereich der IuK-Technologien im Rahmen des Regionalprogramm 2000 mit Mitteln des EFRE gefördert. Gegenstand der Förderung sind der Ausbau wettbewerbsneutraler Beratungsinfrastrukturen für KMU, Telearbeit oder die Anwendung moderner IuK-Technologien im öffentlichen Bereich (e-Government), wobei der wirtschaftliche Nutzen für KMU im Vordergrund stehen muss. Einzelheiten unter: www.sh-interaktiv.de

Das **Projekt Hochleistungsnetz Schleswig-Holstein** hat den breitbandigen Ausbau einer möglichst flächendeckenden Telekommunikations-Infrastruktur auf der Basis von Glasfaser zum Ziel. Eine Machbarkeitsstudie (Download: www.sh-interaktiv.de) wurde im September 2002 der Öffentlichkeit präsentiert. Bis Mitte 2003 wird das Wirtschaftsministerium ein Umsetzungskonzept erarbeiten.

e-Region Schleswig-Holstein Das zweijährige Förderprogramm **e-Region Schleswig-Holstein** hat ein Programmvolumen von 5,84 Millionen Euro. Es wurde ermöglicht durch die erfolgreiche Bewerbung Schleswig-Holsteins für das EU-Förderprogramm „Die Regionen in der neuen Wirtschaft - Innovative Maßnahmen des EFRE im Zeitraum 2000 - 2006“.



Das Programm besteht aus zwei Programmsäulen. Die Programmsäule *Qualifizierung und Wissenstransfer* zielt darauf ab, die Kooperation zwischen der Wissenschaft und den kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern. Mit finanziellen Überbrückungshilfen und Beratungsunterstützung soll

die Zahl der Existenzgründungen aus Hochschulen erhöht werden. Im Rahmen der Programmsäule *Innovative Anwendungen von Informationstechnologie* werden innovative, intelligente Anwendungen der Informations- und Kommunikationstechnologie gefördert. Weitere Informationen unter: www.e-region-sh.de.

Initiative New Media

Im Rahmen der **Initiative New Media** fördert die Landesregierung gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG Projekte aus den Bereichen e-Government, e-Learning, e-Healthcare, e-Commerce und e-Innovations. Beide Partner beteiligen sich jeweils mit bis zu 5 Millionen Euro an der Förderung. Die Landesmittel werden ausschließlich aus bestehenden Förderprogrammen bereit gestellt. Die Initiative läuft noch bis Ende 2006.



Multimedia Campus

Im Juli 2001 bezog der **Multimedia Campus Kiel** seine Räumlichkeiten im Zentrum Kiels. Der erste einjährige Vollzeitstudiengang zum Master of Science in Multimedia-Management nahm planmäßig seinen Studienbetrieb auf. Das Angebot wurde im Oktober 2002 um einen zweijährigen berufsbegleitenden Studiengang zum Master of Science in Multimedia-Management und einen internationalen einjährigen Studiengang mit Doppelabschluss (D/USA) zum Master of Science in Financial Management erweitert.

International School of New Media

Während der Multimedia Campus eine Ausbildung für Elektronischen Geschäftsverkehr und Management bietet, setzt die **International School of New Media** in Lübeck ihren Schwerpunkt in der Verknüpfung von Kulturwissenschaften, Wirtschaft und Kunst mit den digitalen Medien. Im Herbst 2002 hat der erste Studiengang mit dem Abschluss Master of Science in Digital Media mit 13 Studierenden den Betrieb aufgenommen.

Frauen und IT

Im Rahmen der **Offensive „Online - Frauen sind dran“** fördert die Landesregierung Projekte, die darauf abzielen, den Anteil junger Frauen in den neuen IT-Ausbildungsberufen zu erhöhen und den Frauenanteil in den Informations- und Kommunikationsberufen zu steigern. Über die Förderprojekte sollen mehr frauenrelevante Themen ins Internet eingestellt und die Anzahl der Nutzerinnen des Internets zu erhöht werden. Informationen zur Offensive im Internet unter www.frauen.schleswig-holstein.de.



Erstmalig wurde der **Girls'-Day** im Jahre 2002 auch in Schleswig-Holstein durchgeführt. Schülerinnen ab der achten Klasse erhielten an diesem Tag einen Einblick in technische und techniknahe Berufe, um ihr Interesse an einer IT-Ausbildung zu fördern.

Im Rahmen eines Pilotprojektes (www.fexinet.de) stehen ein Online-Kurs und verschiedene Beratungsangebote des Frauennetzwerkes online zur Verfügung. Zielgruppe des Internetangebotes sind Frauen, die eine Existenzgründung beabsichtigen. Das Projekt soll insbesondere Frauen in peripheren Landesteilen ansprechen.

Mobiles Internet-Cafe: Durch den Einsatz eines Internetbusses vor allem im ländlichen Raum wird die Anzahl der Nutzerinnen des Internets erhöht. Der dezentrale Zugang zu Informationen, den das Internet bietet, ist gerade im Flächenland Schleswig-Holstein für Frauen eine hervorragende Möglichkeit der Partizipation.

Zukunftscluster Gesundheitswirtschaft

Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein

Die Gesundheitswirtschaft ist eine Wachstumsbranche mit einer zukunftssträchtigen Perspektive, vielseitigen Innovationen und guten Beschäftigungspotenzialen. Schleswig-Holstein ist Kompetenz-Standort für viele Bereiche der Gesundheitswirtschaft.



In der im Frühjahr 2001 gegründeten Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein arbeitet die Landesregierung mit den Akteuren aus dem Gesundheitswesen sowie aus Wirtschaft, Wissenschaft, Vereinen und Verbänden des Gesundheitsmarktes zusammen. Hierdurch werden die vorhandenen Komponenten zusammengeführt und vernetzt.

An der **Umsetzung der Leitprojekte der Gesundheitsinitiative** wirken heute mehr als 150 Akteure mit. Unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums werden folgende Projekte umgesetzt:

- **Forum Life Sciences.** Die Länder Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein haben vereinbart, die Zusammenarbeit in den Life Sciences Aktivitäten unter dem Label **Life Science Nord** zu institutionalisieren. Die bislang noch separat arbeitenden Unterstützungsstrukturen für die Life Sciences sollen länderübergreifend zusammengeführt werden.
- **Center of Excellence in Medical Technology (CEMET).** Unternehmen der Medizintechnik und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (Kiel/Lübeck) entwickeln gemeinsam den Operationssaal der Zukunft.
- **Internationale Vermarktung der Gesundheitswirtschaft.** Eine Projektgruppe erarbeitet Vorschläge zur internationalen Vermarktung für Produkte und Dienstleistungen der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft. Erster Schritt ist die Implementierung einer gemeinsamen Plattform für die Darstellung von Exportinteressen und um neue Kontaktmöglichkeiten zu schaffen.

Die im Rahmen der **Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein** in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für die Errichtung eines Medizintechnik-Campus ist abgeschlossen worden. Die aus der Studie abgeleiteten Eckpunkte und Maßnahmen werden im Jahr 2003 vorgestellt. Im Mai 2003 wird eine Projektbörse der Gesundheitsinitiative stattfinden.

Technologietransfer

Technologiemessen

Im Jahr 2002 präsentierte sich Schleswig-Holstein im Rahmen norddeutscher Gemeinschaftsstände auf sechs **Technologiemessen**. Die Teilnahme von jungen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen an Gemeinschaftsständen förderte die Landesregierung mit insgesamt 400.000 Euro. Neben der CeBIT und der Hannover Messe Industrie wurden auch führende Fachmessen wie die IFAT in München (Umwelt- und Abfalltechnik), die SMM in Hamburg (Schiffbau), die SYSTEMS in München (Informationstechnik, Telekommunikation) und die MEDICA in Düsseldorf (Medizintechnik) besucht.

Förderung wirtschaftsnaher Forschung

Nach der **Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologietransfer** werden neben Projekten von Forschungs- und Transfereinrichtungen künftig auch Projekte von Hochschulen aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums gefördert.

Betriebliche Technologieförderung

Im Rahmen der **Förderung von arbeitsplatzschaffenden und betrieblichen Innovationen** werden nun auch Beratungsleistungen gefördert. Durch betriebliche Fördermaßnahmen sind im Jahr 2002 rund 790 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Hierfür hat die Landesregierung Fördermittel in Höhe von über 6,7 Millionen Euro bereitgestellt. Durch die Zuschüsse soll das Forschungs- und Entwicklungsrisiko für innovative mittelständische Unternehmen gesenkt werden.

Diese Diamantbeschichtungsanlage eines Itzehoer Unternehmens ist ein Beispiel für die Förderung arbeitsplatzschaffender betrieblicher Innovation. Die hergestellten Diamantenelektroden werden u.a. bei der Abwasserreinigung, im Recycling und bei medizinischen Anwendungen eingesetzt.



CVD-Diamantbeschichtungsanlage (CVD= Chemical Vapor Deposition) der Fa. Condias, Itzehoe

Patent- und Verwertungs-agentur	Die Patent- und Verwertungsagentur (PVA SH GmbH) in Kiel ist ein wichtiger Baustein für die Optimierung des Technologietransfers im Hochschulbereich. Die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes können über die Patent- und Verwertungsagentur Erfindungen ihres wissenschaftlichen Personals selbst patentieren und verwerten. Gesellschafter der PVA SH GmbH sind die Hochschulen des Landes, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, das Forschungszentrum Geomar, das Medizinische Laserzentrum Lübeck (MLL) und die Technologie-Transfer-Zentrale (ttz SH). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert die Einrichtung mit rund 1,03 Millionen Euro bis zum Ende des Jahres 2003. Seit der vollständigen personellen Besetzung der Patent- und Verwertungsagentur zum 1. August 2002 hat sie 42 Erfindungen bearbeitet, von denen 12 zum Patent und eines zum Gebrauchsmuster angemeldet wurde. Für eine Reihe von Erfindungen gibt es bereits konkrete Verwertungsansätze.
Wissenschafts-park	Die Planungen der Landeshauptstadt Kiel für einen Wissenschaftspark bei der Christian-Albrechts-Universität in Kiel wurden im Jahr 2002 fortgesetzt. Die abschließende Entscheidung für die Umsetzung des Wissenschaftsparks wird für das Jahr 2003 erwartet.
Beratungen für Existenzgründer aus Hochschulen	Im Rahmen des Programms EXIST-Existenzgründer aus Hochschulen ist mit Unterstützung des Bundesforschungsministeriums in den Regionen in und um Lübeck und Kiel mit insgesamt sieben Hochschulen und deren Forschungseinrichtungen die Initiative KOGGE gestartet worden. Gesteuert wird das Projekt von der Fachhochschule Lübeck. Beispielhafte Vorhaben sind die Lübecker Initiative für Existenzgründungen aus Hochschulen (LIFE) der Fachhochschule und Universität zu Lübeck und Technologietransfer Universität Kiel der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie des Kieler Innovations- und Technologie-zentrums und der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein. Die Universität zu Lübeck baut im Rahmen des KOGGE-Programms auch eine Existenzberatung für Frauen auf. Weitere Informationen über: www.exist.de/netzwerke/index.html
Marketingstrategie erfolgreich	Die Firmenkontaktmesse contacts der Christian-Albrechts-Universität und der community-treff für die Szene der Jung-Unternehmer und Gründer haben sich im Rahmen der Marketingstrategie für den Wirtschafts- und Technologiestandort Schleswig-Holstein erfolgreich etabliert.
Innovations-beratung	Das bewährte Instrument der regionalen Innovationsberatung wird durch die Entwicklung eines Innovations-Audits ergänzt und erweitert. Das Innovations-Audit soll den Unternehmen eine Stärken- und Schwächen-Analyse bieten und gleichzeitig Hilfestellung bei der Entscheidung über Fördermaßnahmen des Landes sein. Das Innovations-Audit wird ab Frühjahr 2003 angeboten. Weitere Informationen unter: www.ttz-sh.de
Science Center Schleswig-Holstein	Die vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie für ein Science Center Schleswig-Holstein ist im Dezember 2002 vorgestellt worden. Mit der Errichtung eines Science Centers soll Schleswig-Holsteins wissenschaftlich-technologische Leistungsfähigkeit weit über die Grenzen hinaus für Gründer sichtbar gemacht werden. Die Studie soll den Standorten, die die Errichtung eines Science Centers planen, eine Entscheidungshilfe bieten.

3.4 Außenwirtschaftsförderung

Internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgebaut

Die schleswig-holsteinische Exportwirtschaft baut ihre starke Verflechtung mit der Weltwirtschaft aus. Seit mehreren Jahren übersteigt das Exportvolumen die Marke von 10 Milliarden Euro. Trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeldes im Jahr 2002 stiegen die Ausfuhren im Zeitraum von Januar bis Juni 2002 gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % auf fast 5,6 Milliarden Euro. Im gleichen Zeitraum stieg der Import um 3,1 % auf mehr als 5,4 Milliarden Euro.

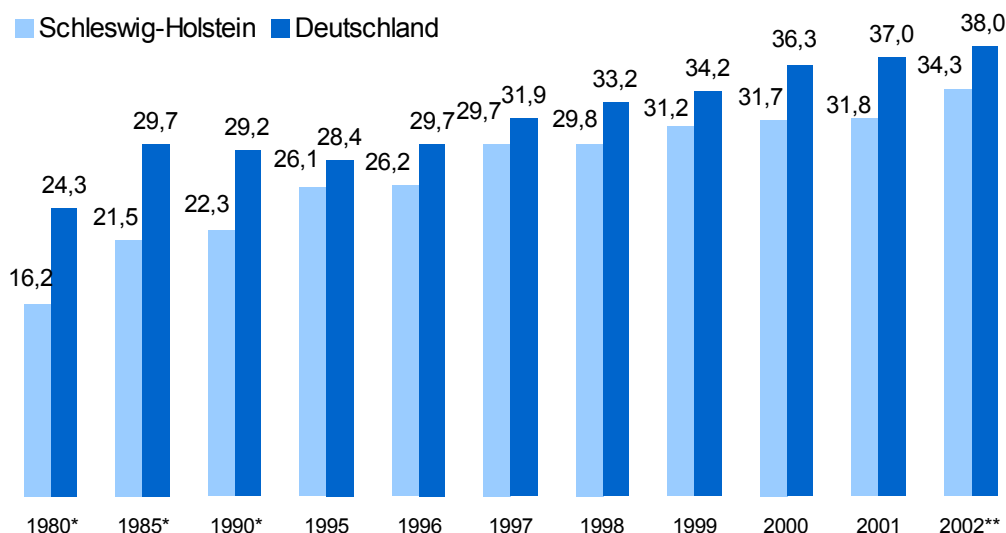
Spitzenreiter bei den schleswig-holsteinischen Exporten waren im Jahr 2002 Großbritannien, Frankreich, Italien, Dänemark und die Niederlande. Bei den Importen führt Dänemark den ersten Platz an, gefolgt von Schweden, Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich, Italien und Finnland. Die europäischen Länder weisen einen Anteil von 67,2 % (Januar bis Juni 2002) an den schleswig-holsteinischen Exporten auf (EU-Länder: 53,5 %). Bei den Importen kommen 73,8 % aus europäischen Ländern, aus EU-Ländern sind es 60,2 %.

Neue Außenwirtschaftskonzeption

Nach den Eckpunkten der **neuen Außenwirtschaftskonzeption** gewinnen die mit der Erweiterung der EU sich öffnenden Märkte eine stärkere Bedeutung. Die schleswig-holsteinische Präsenz in den EU-Beitrittsländern wird verstärkt. Dies gilt vor allem für Polen und Russland mit ihren bedeutenden Märkten. Aber auch kleinere Länder wie die Tschechische Republik und Ungarn bieten Außenhandelspotenziale für die schleswig-holsteinische Wirtschaft.

Exportquote Schleswig-Holsteins im Jahr 2002 auf Höchstniveau

Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Daten des Statistischen Bundesamtes, Grafik: MWAV S.-H.

* westdeutsche Länder ** vorläufig

Wichtige Marktinitiativen

Im Rahmen der **maritimen Fachmesse Oceanology International** (März 2002) wurden die Außenhandelskontakte zu Großbritannien - einem der größten Handelspartner Schleswig-Holsteins - unterstützt und intensiviert. Schleswig-Holstein gestaltete auf dieser Fachmesse die gesamte deutsche meerestechnische Präsentation.

Die auf mehrere Jahre angelegte **Schwerpunktaktion Polen** bringt schleswig-holsteinischen Firmen den polnischen Markt näher (Fachveranstaltungen, Delegationsreisen, Messebesuche). Zusammen mit Unternehmern besuchte der Wirtschaftsminister im September 2002 die Wirtschaftsregion Niederschlesien. Die Reise zielte auf die Potentiale im Bereich umweltschutzorientierter Investitionen in Polen ab. Die intensivere **Betreuung des Marktes Russland** mit Schwerpunkt Nordwestrussland startete mit einer Unternehmerreise nach St. Petersburg im November 2002.

3.5 Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung

Trotz wirtschaftlich schwieriger Rahmenbedingungen haben die Ausbildungsbetriebe in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 mehr als 95 % der zu vermittelnden Ausbildungsstellen gestellt. Der Rest entfiel auf die außerbetriebliche Ausbildung.

Ausbildungssituation 2002

Die bei den Arbeitsämtern registrierte Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein ging trotz leicht gestiegener Schulabgängerzahlen im vierten Jahr in Folge zurück. Die Gründe liegen in der zunehmenden Tendenz, weiterführende Schulen zu besuchen sowie in der stärkeren Nutzung von Internet und Selbstinformationseinrichtungen.

Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht

Über die Arbeitsämter suchten insgesamt 18.100 Bewerberinnen und Bewerber einen Ausbildungsplatz (6,8 % weniger als ein Jahr zuvor). Von den Betrieben wurden insgesamt 18.500 Lehrstellen gemeldet (-5,7 %). Der Rückgang ist vor allem auf die Situation im Bau- und Baunebengewerbe sowie in den Metallberufen (Handwerk) zurückzuführen. Ende September 2002 standen 499 unvermittelten Jugendlichen noch 455 offene Lehrstellen gegenüber. Damit war die Ausbildungssituation insgesamt ausgeglichen. In einzelnen Berufen blieben allerdings Ausbildungsplätze unbesetzt (z.B. Koch, Verkäufer im Nahrungsmittelhandel, Bäcker, Konditor sowie in den Hotel- und Gaststättenberufen) oder wurden noch Ausbildungsplätze gesucht (kaufmännische Berufe).

Bündnis für Ausbildung

Die vergleichsweise günstige Ausbildungssituation ist auch der Erfolg des **Bündnisses für Ausbildung in Schleswig-Holstein**. In diesem Bündnis arbeiten Kammern, Verbände, Gewerkschaften, Landesarbeitsamt und Landesregierung zusammen. Das Bündnis wurde im Herbst 2002 erneut und damit zum sechsten Mal geschlossen.

In der **Rahmenvereinbarung 2002-2006** formulieren die Bündnispartner in folgenden Feldern Handlungsbedarf:

- Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt
- Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen
- Steigerung der Attraktivität der Berufsausbildung
- Sicherung des Erreichens von Ausbildungsabschlüssen
- Berufsausbildung für Migrantinnen und Migranten

Die Partner verabschiedeten darüber hinaus einen **Maßnahmenkatalog**, dessen Umsetzung in der Verantwortung der Bündnispartner liegt. Weitere Informationen zum **Bündnis für Ausbildung Schleswig-Holstein 2002 - 2006** sind im Internet abrufbar unter: www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de

Kommission Weiterbildung

Die **Kommission Weiterbildung** berät die Landesregierung in allen Fragen der Weiterbildung. Mitglieder sind die Sozialpartner, weiterbildungsrelevante Dachverbände, die Arbeitsverwaltung, Hochschulen, Jugend- und Frauenbildung sowie Weiterbildungsträger. Zu den Aufgaben der Kommission gehört auch die Mitwirkung beim staatlichen Anerkennungsverfahren von Trägern und Einrichtungen nach dem Bildungsfreistellungs- und Qualifikationsgesetz. Informationen zu den anerkannten Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung sowie Daten zur Bildungsfreistellung finden sich in Anlage 5.1 und 5.2.

Qualitätstestierung in der Weiterbildung

Das Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein hat die bundesweite Federführung für das bilaterale Bund-Länderverbund-Projekt **Qualitätstestierung in der Weiterbildung** übernommen. Das Projekt ist Teil des Bundesprogramms *Lebenslanges Lernen* und wird aus Mitteln des Bundesforschungsministeriums und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Innerhalb von drei Jahren wird ein nicht-staatliches, bundesweit akzeptiertes, auf Organisationsentwicklung ausgerichtetes Testierungsverfahrens etabliert. Projektbeginn ist der 1. April 2003.

Regionale Weiterbildungsverbände

Der permanenten Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur dienen die elf flächendeckenden **regionalen Weiterbildungsverbände**. Die Verbände verstehen sich als freiwillige kontinuierliche regionale Arbeitskreise aller an der Weiterbildung beteiligten Akteure. Ihre Aufgaben sind:

- Information und Beratung für Bürgerinnen und Bürger sowie für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
- Kooperation und Koordination
- Abstimmung zwischen Weiterbildungsangebot und -nachfrage
- Förderung der Qualität der Weiterbildung

Seit dem Dezember 2002 wird auch der elfte Weiterbildungsverbund in der Region Ostholstein /Plön mit Landesmitteln aus dem Regionalprogramm 2000 gefördert.

Schleswig-Holstein: gut informiert über Weiterbildungsmöglichkeiten

In Schleswig-Holstein gibt es eine gute Informationsstruktur in der Weiterbildung. Nach regionalisierten Ergebnissen aus dem Berichtssystem Weiterbildung von INFRATEST SOZIALFORSCHUNG geben 62 % der 19- bis 64-Jährigen in Schleswig-Holstein an, dass sie einen guten Überblick über ihre Weiterbildungsmöglichkeiten haben. Im Bundesvergleich (52 %) ist dieser Anteilswert überdurchschnittlich hoch. Wie die Befragung zeigt, ist das staatlich anerkannte „**Gütesiegel**“ für Weiterbildungsinstitutionen für Personen, die eine Weiterbildung planen, von großer Bedeutung und besitzt einen hohen Bekanntheitsgrad.

Flächendeckende Versorgung mit Weiterbildung

Schleswig-Holstein hat ein flächendeckendes Netz von Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung und Berufsbildungsstätten. Die Landesregierung förderte im Jahr 2002 die Modernisierung der Berufsbildungsstätten mit Investitionszuschüssen in Höhe von 13,4 Millionen Euro. In diesem Rahmen wurde auch die „Errichtung der Fielmann Akademie, Schloss Plön, gemeinnützige Bildungsstätte der Augenoptik“ mit 11,826 Millionen Euro gefördert.

Die Landesregierung unterstützt die Weiterbildung bestimmter Zielgruppen mit flankierenden Programmen. Hierzu gehört das Programm **Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen**. Das flächendeckende Kursangebot richtet sich an Frauen, die nach einer längerfristigen Berufsunterbrechung wieder in das Erwerbsleben zurückkehren wollen. Im Jahr 2002 fanden 39 Kurse mit 460 Teilnehmerinnen statt.

Meister-BAföG

Das **Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsförderung** (AFBG) - sogenanntes „Meister-BAföG“ - ist ein wichtiger Schritt zur Realisierung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Für die Durchführung des Gesetzes stellte die Landesregierung 2002 4,6 Millionen Euro an Landes- und Bundesmitteln zur Verfügung. Der darin enthaltene Landesanteil beträgt 1,5 Millionen Euro. Die Landesnovelle zum AFBG hat die Förderkonditionen ab 2002 erheblich verbessert. Das „Meister-BAföG“ ist familienfreundlicher und sozialer geworden. Seine Mittelstandskomponente ist gestärkt und der Kreis der Förderungsberechtigten erweitert worden. Durch das neue AFBG werden Fachkräften der Wirtschaft verbesserte Fortbildungsmöglichkeiten und neue Chancen für den Schritt in die Selbständigkeit geboten. Bis Ende Dezember 2002 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 2.769 Erstanträge nach der Handwerksordnung (1.781 Männer und 988 Frauen), dem Berufsbildungsgesetz (731 Männer und 697 Frauen), nach sonstigem Bundesrecht und nach landesrechtlich geregelten Fortbildungen (325 Männer und 191 Frauen). Insgesamt wurden 710 Folgeanträge gestellt.

Wissenschaftliche Weiterbildung

Ein zunehmender Bedarf an anwendungsbezogener Weiterqualifizierung besteht im Bereich wissenschaftlicher Bildungsangebote. Deshalb ist die Weiterbildung nach dem Hochschulgesetz eine neben Forschung, Lehre und Studium gleichrangige Aufgabe der Hochschulen. Sie richtet sich insbesondere an Personen, die bereits einen Hochschulabschluss erworben haben. Die Landesregierung unterstützt die Hochschulen bei dem Ausbau wissenschaftlicher Weiterbildungsangebote. Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) stehen im Rahmen der Ziel 2-Förderung in der Förderperiode 2000 bis 2006 Mittel im Umfang von 24,5 Millionen Euro zur Verfügung für die Qualifizierung von arbeitslosen und von der Arbeitslosigkeit bedrohten Akademikerinnen und Akademiker.

Im Jahr 2002 wurden Projekte der wissenschaftlichen Weiterbildung mit einer Fördersumme von ca. 5,7 Millionen Euro auf den Weg gebracht:

Hochschule	Projekt
Uni Lübeck	Vermittlung von Bildung im Bereich der molekularen Biowissenschaften
CAU	Aufbau eines Netzwerkes zur Entwicklung von Weiterbildungs- und Qualifikationsangeboten
FH Flensburg	Aufbau eines berufsbegleitenden wissenschaftlichen Weiterbildungsangebots in den Bereichen Biotechnologie und Bioinformatik
FH Lübeck	<i>Das Portal nach vorn: Wissenschaftliche Online-Weiterbildung für Schleswig-Holstein</i> - für von der Arbeitslosigkeit betroffene arbeitslose Hochschulabsolventinnen und -absolventen oder Personen mit Hochschulzugangsberechtigung.

Wirtschafts- bezogene Hochschul- studiengänge

Die schleswig-holsteinischen Hochschulen reagieren auf die sich verändernde Nachfrage des Arbeitsmarktes durch neue oder umstrukturierte Studiengänge. Im Wintersemester 2002/2003 führten die Fachhochschule und die Universität zu Lübeck gemeinsam den **Master-Studiengang *Medical Technology*** ein. Seit diesem Zeitpunkt wird an der Fachhochschule Lübeck auch der Online-Bachelor-**Studiengang *Wirtschaftsingenieurwesen*** im Rahmen des Verbundes *Virtuelle Fachhochschule* angeboten.

Vor dem Hintergrund des „Bologna-Prozesses“, in dem sich 33 Staaten für einen gemeinsamen Rahmen der Europäischen Hochschulausbildung einsetzen, kommt der Internationalisierung des Studienstandortes Deutschland und der Qualitätssicherung herausragende Bedeutung zu. Die schleswig-holsteinischen Hochschulen werden dieser Herausforderung gerecht, indem sie ihr Angebot an internationalen Gegebenheiten und Standards ausrichten. Seit 1999 wurden insgesamt 40 Studiengänge mit den berufsqualifizierenden Abschlüssen Bachelor und Master eingeführt. Sämtliche genehmigte Studiengänge müssen ein Akkreditierungsverfahren durchlaufen, um sicherzustellen, dass die Ansprüche hinsichtlich der fachlich-inhaltlichen Qualität und der Berufsrelevanz im internationalen Wettbewerb erfüllt werden.

3.6 Branchen von besonderer Bedeutung

Schiffbau

Die Lage der schleswig-holsteinischen Werften war auch im Jahr 2002 wieder von den Entwicklungen im Weltschiffbau geprägt. Die schwache Konjunktur, das Vorziehen von Neubaufträgen in Vorjahren, politische Unsicherheiten und die Abschwächung auf den Schifffahrtsmärkten ließen die Auftragseingänge weltweit unter dem Niveau der Vorjahre verbleiben. Nach wie vor besteht ein Überangebot an Tonnage. Eine ertragsstabilisierende Erholung der Frachtraten trat bisher nicht ein.

Die Lage des Schiffbaumarktes ist weiterhin auch durch das aggressive Verhalten südkoreanischer Werften bestimmt. Die Maßnahmen der bisherigen Schiffbauhilfenverordnung konnten die Wettbewerbsverzerrungen für den europäischen und deutschen Schiffbau nicht ausgleichen. Mit der neuen Schiffbauhilfenverordnung vom 27. Juni 2002 wurde ein befristeter Beihilfemechanismus initiiert, der auftragsbezogene Beihilfen für die Marktsegmente ermöglicht, die durch die unlauteren Handelspraktiken Koreas am meisten geschädigt wurden (Containerschiffe, Produkt- und Chemikalienanker sowie Flüssiggastanker).

Landesregierung unterstützt Werften

Vor dem Hintergrund der EU-rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der deutlich nachlassenden Auftragseingänge stockte die Landesregierung im Jahr 2002 zur Förderung von Altaufträgen die laufende Tranche zur 8. Fortsetzung des Wettbewerbshilfeprogramms nochmals auf. Damit standen unter Einschluss des Bundesanteils ein Programmvolumen von insgesamt rund 76,6 Millionen Euro zur Verfügung, mit dem Aufträge der schleswig-holsteinischen Werften mit einem Bauvolumen von 1,28 Milliarden Euro gefördert werden. Darüber hinaus übernahm das Land im Jahr 2002 zur Absicherung von Schiffbaufinanzierungen Landesbürgschaften mit einem Gesamtvolumen von 26,4 Millionen Euro.

Das Scheitern der Verhandlungen mit Korea und die zeitlich begrenzte Wiedereinführung auftragsbezogener Beihilfen führen zu neuen erheblichen finanziellen Anstrengungen zugunsten der Schiffbauindustrie im Rahmen einer 9. Fortsetzung des Wettbewerbshilfeprogramms.

Schiffbau hat Zukunft

Die Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein ist eine zukunftsorientierte Branche. Deshalb wirkt die Landesregierung intensiv an der Formulierung der maritimen Politik des Bundes mit. Zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Standort für Schiffbau, Seeschifffahrt und Hafenwirtschaft sowie in der maritimen Umweltpolitik hatte die Bundesregierung auf der ersten Nationalen Maritimen Konferenz im Juni 2000 *Leitlinien zur Förderung der maritimen Wirtschaft* beschlossen. Seither sind zielgerichtet Einzelvorhaben entwickelt worden. Die Reihe der nationalen Maritimen Konferenzen wird am 26. Mai 2003 in Lübeck mit dem Schwerpunkt *Forschung und Entwicklung / Innovationen* fortgesetzt.

Mit Ausnahme der Lübecker Flender Werft konnten die schleswig-holsteinischen Werften in 2002 ihre Beschäftigung sicherstellen. Hohe Verluste bei der Realisierung eines Fährschiffsprojektes führten dazu, dass Geschäftsbetrieb und Zahlungsfähigkeit der Flender Werft nicht aufrechterhalten werden konnten. Die Landesregierung ist weiter bestrebt, möglichst viele Arbeitsplätze am Werftstandort Lübeck zu erhalten. Dazu bedarf es neuer Kapitaleigner und eines Fortführungskonzeptes, die dieser Betriebsstätte eine zukunftsorientierte Perspektive eröffnen.

Das Marinegeschäft der Werften HDW (Kiel), FSG (Flensburg) und Kröger (Rendsburg) entwickelte sich weitgehend positiv. Bei HDW war die Entwicklung insbesondere durch die Neuordnung der gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse geprägt. Mitbestimmt durch die Insolvenz des Babcock Konzerns gingen sämtliche Anteile an der HDW an den amerikanischen Großinvestors One Equity Partners über. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Bemühungen zur Schaffung eines Großwerftenverbundes fortgeführt werden, HDW den Handelsschiffbau am Standort Kiel fortführt und damit Universalwerft bleibt.

Meeresschutz

Mit der Landesverordnung über die Entsorgung von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen in schleswig-holsteinischen Häfen (HafEntsVO) wird die EG-Richtlinie 2000/59/EG über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände in Schleswig-Holstein fristgerecht zum Januar 2003 umgesetzt. Damit soll die Meeresverschmutzung durch das illegale Einbringen von Altöl und anderem Abfall verhindert werden, indem die Schiffsführungen vor jedem Auslaufen alle Abfälle zu entsorgen haben.

Tourismus

Neues Tourismus- konzept

Schwerpunkt der Tourismuspolitik im Jahr 2002 war die Entwicklung einer neuen Tourismuskonzeption der Landesregierung. Die Konzeption mit dem Leitbild eines zukunftsorientierten Tourismus wurde in breiter Abstimmung und im Konsens mit allen Tourismusverantwortlichen im Lande erarbeitet.

Der systematische Umsetzungsprozess begann im Juli 2002 mit der Festlegung von acht prioritären Maßnahmen:

- Klassifizierung der Unterkunftsbetriebe,
- Modellprojekte zum Gesundheits- und Wellnesstourismus,
- Analyse der Infrastrukturangebote,
- Umsetzung des touristischen Verkehrskonzeptes,
- weitere Umsetzung des Marketingkonzeptes der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein (TASH),
- Verbesserung der touristischen Weiterbildung,
- Modellprojekte zum Marktsegment "50+" und
- verstärkte Nutzung der touristischen Potenziale des Nationalparks Wattenmeer.

Drei touristische Regionalforen an Nordsee, Ostsee und im Binnenland haben diesen Prozess flankiert.

Eine Reihe von tourismuspolitischen Maßnahmen dienten speziell der Weiterentwicklung des Gesundheits- und Wellnesstourismus im Rahmen der Gesundheitsinitiative der Landesregierung:

- Einführung der Marke *balance aus dem Meer* durch 7 führende Seebäder und Vermarktung dieses Segmentes über das Magazin "frisch" der TASH,
- Wellness-Portal der TASH,
- Modernisierung der betrieblichen und der kommunalen Infrastruktur und
- Modellprojekt Gesundheitsregion Holsteinische Schweiz.

Die *Kulturtouristische Initiative der Landesregierung* dient der besseren Erschließung und Einbettung des Kulturpotentials in die gesamte touristische Wettbewerbssituation Schleswig-Holsteins. Die Landesregierung hat die touristische Wettbewerbssituation Schleswig-Holsteins im Jahr 2002 mit weiteren Fördermaßnahmen (weitgehend im Rahmen des Regionalprogramm 2000) verbessert:

- Förderung der touristischen Infrastruktur mit 8,4 Millionen Euro
- Förderung des Tourismusmarketings mit 1,87 Millionen Euro
- Förderung innovativer Tourismusprojekte mit 1,83 Millionen Euro. Dazu gehörten
 - die Modernisierung der Vertriebs- und Informationssysteme an der Nordsee,
 - die Koordinierungsstelle Fahrradtourismus beim Nordseebäderverband,
 - das Reittouristische Wegenetz im Kreis Dithmarschen,
 - das Konzept für die NordseeCard,
 - das Marketingkonzept für das Binnenland Schleswig-Holstein,
 - die Weiterführung der Fortbildungsagentur im Tourismus und
 - Machbarkeitsstudien für größere touristische Projekte.
- Förderung der Modernisierung von touristischen Betrieben mit 171.000 Euro.

Ernährungswirtschaft

Qualitätssicherung in Produktion und Handel

Zentrales Anliegen der Branche war im Jahr 2002 die **Qualitätssicherung** in Produktion und Handel. Damit wurde auch auf das gestörte Vertrauen auf Verbraucherseite reagiert. Die Landesregierung unterstützt dieses Bemühen mit dem **Konzept der Qualitätstore**. Namhafte Unternehmen des Lebensmittelhandels und der Verarbeitungsindustrie setzen mit ihren Partnern im vor- und nachgelagerten Bereich das Konzept in eigener Verantwortung um. Im ersten Quartal 2003 wird das erste Fleisch, das die Qualitätstore durchlaufen hat und zertifiziert ist, in Supermärkten zu kaufen sein.

Umweltwirtschaft

In der Umweltwirtschaft Schleswig-Holstein erwirtschaften mehr als 13.000 Beschäftigte in 600 Betrieben einen jährlichen Umsatz von knapp 2 Milliarden Euro.

Die **Umweltökonomischen Gesamtrechnungen** erfassen mit Hilfe aggregierter Daten bestimmte Veränderungen des Naturvermögens, die durch wirtschaftliche Tätigkeiten ausgelöst werden. Zum einen sind dies Belastungen der Natur durch Materialverbräuche, Emissionen usw., zum anderen wird auch die Kostenseite und damit die aktuelle Belastung der Wirtschaft durch Umweltschutzinvestitionen festgehalten.

Effizienter Umgang mit eingesetzten Materialien

Der Materialverbrauch der schleswig-holsteinischen Wirtschaft an Rohstoffen und Gütern betrug im aktuellen Berechnungsjahr 2000 gut 35 Millionen Tonnen. Im Vergleich zu 1995 (Beginn der Zeitreihe) sank der Materialverbrauch um etwa 1,3 %. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes stieg dagegen im gleichen Zeitraum um 5,7 %. Eine Entkopplung von Materialverbrauch und Wertschöpfung ist damit gegeben und weist auf einen effizienten Umgang mit den Naturressourcen hin.

Erfolge im Klimaschutz - CO₂-Emissionen der Wirtschaft rückläufig

Die CO₂-Emissionen sind in Schleswig-Holstein im Zeitraum von 1990 bis 1999 um 7,5 % gesunken. Angesichts des Bevölkerungswachstums in Schleswig-Holstein ergibt sich pro Kopf eine CO₂-Minderung um 12,7 %. Bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt sind die CO₂-Emissionen sogar um 18,3 % gesunken. Damit wurde eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Emissionen erreicht. Weitere Reduktionen sind auch zukünftig erforderlich. Die Landesregierung strebt an, bis 2010 die CO₂-Emissionen um 15 % zu senken

Investitionen für den Umweltschutz steigen

Die in Schleswig-Holstein ansässigen Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes meldeten zur Investitionserhebung bereits im dritten Jahr (1998 bis 2000) hintereinander zunehmende Umweltschutzinvestitionen. Durchschnittlich haben die Unternehmen etwa 25,56 Millionen Euro jährlich für den Umweltschutz investiert. Der Schwerpunkt lag in allen Jahren beim Gewässerschutz. Hier wurden zwischen 44 % (1998) und 60 % (2000) aller Umweltschutzinvestitionen getätigt.

Ökotechnik / Ökowiirtschaft

Im Rahmen der Richtlinie für Ökotechnische und Ökowiirtschaftliche Maßnahmen hat die Landesregierung im Jahr 2002 32 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 1,203 Millionen Euro gefördert und damit Investitionen von knapp 2 Millionen Euro ausgelöst. Gefördert wurden Pilot- und Demonstrationsvorhaben investiver und nichtinvestiver Art, die richtungsweisend für Branchen sind oder Modellcharakter aufweisen.

Beispiel: Neubau eines Fachmarktes für Heimtextilen in Heiligenhafen. Bei dem sehr energiesparenden Gewerbebau (30 bis 50 Prozent Energieeinsparung, entspricht einer Einsparung von neun bis zwölf Tonnen CO₂ pro Jahr) wurde weitgehend auf Verbundmaterialien verzichtet. Es gibt keine Klimaanlage, keine künstliche Lüftung und kein PVC. Das Tageslicht wird optimal genutzt, Regenwasser versickert auf dem Gelände.

EG-Umweltaudit

Im Rahmen der Förderung von Umweltmanagementsystemen hat das Umweltministerium 24 gewerbliche und 31 nichtgewerbliche Standorte mit rund 570.000 Euro unterstützt. Seit 1995 wurden damit bereits 268 Unternehmen, kommunale Standorte und sonstige Einrichtungen mit Fördermitteln in Höhe von nahezu 3.6 Mio. Euro gefördert. Inzwischen sind 97 Organisationen mit insgesamt 107 Standorten in Schleswig-Holstein nach EMAS (Eco Management and Audit Scheme) registriert.

Beispiel: Pilotprojekt *Integriertes Management in der Fleischproduktion*. Ziel ist es, auf der Basis von EMAS sowie von Normen zum Qualitäts-, Arbeitssicherheits- und Hygiene-Management ein System für die Produktionskette Fleisch über mehrere Betriebe hinweg aufzubauen. In 2002 wurden vor allem die konzeptionellen Grundlagen geschaffen und die Betriebe für die Pilotphase akquiriert. In den folgenden Jahren soll das Konzept umgesetzt werden.

Energiewirtschaft

Die Unternehmen der Energieversorgung stellten auch im vergangenen Jahr die Versorgung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft und Bevölkerung sicher. Alle erforderlichen Energieträger waren stets in ausreichender Menge verfügbar.

Windenergie

Bei der Stromerzeugung in Schleswig-Holstein geht der Strukturwandel mit einem weiteren Ausbau der Windkraftnutzung unvermindert weiter. Die elektrische Leistung aller Windenergieanlagen belief sich am 1. Januar 2003 auf 1.750 MW (Vorjahr 1.502 MW). Damit konnten 24 % des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein gedeckt werden.

Die "Windindustrie" stellt inzwischen einen bedeutenden Wirtschaftszweig im Lande dar. Etwa 4.000 Arbeitsplätze sind in Schleswig-Holstein direkt oder indirekt mit der Windkraftnutzung verbunden.

Andere erneuerbare Energien

Mit der Initiative Biomasse und Energie erhöht die Landesregierung stetig den Anteil der Biomassennutzung im Lande und baut damit ein weiteres wirtschaftliches Standbein der Landwirtschaft aus.

Der Anteil des Stroms aus der Kraft-Wärme-Kopplung ist in Schleswig-Holstein mit 20 % etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Strompreise

Die Erhöhung der Abgabepreise durch die großen Stromerzeugungsunternehmen und der Entgelte für die Netznutzung sowie staatlicher Abgaben führten im Jahr 2002 zu einem Anstieg der Strompreise.

Im europäischen Vergleich findet sich eine ausgesprochen große Spreizung der Strompreise für die Industrie. Deutschland nimmt mit einem durchschnittliche Strompreis von 6,65 Ct/kWh (ohne Strom- und Mehrwertsteuer) einen Platz im oberen Mittelfeld ein.

Bei den Strompreisen für Haushalte und Gewerbe ohne Leistungsmessung gehören die schleswig-holsteinischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Bundesvergleich nach wie vor zu den günstigsten Anbietern.

3.7 Beratungsangebote

Beratung für kleine und mittlere Unternehmen	<p>Den Unternehmen in Schleswig-Holstein steht ein umfangreiches Beratungsangebot zur Verfügung. Neben dem vielfältigen privaten Angebot von Unternehmensberatungen und Steuerberatungen den Beratungsangeboten der Kammern und Wirtschaftsverbände und den privaten Finanzdienstleistern gehören dazu:</p> <ul style="list-style-type: none">• Investitionsbank www.ib-sh.de• Bürgschaftsbank www.buergschaftsbank-sh.de• Mittelständische Beteiligungsgesellschaft www.mbg-sh.de• Technologie-Transfer-Zentrale (ttz) www.ttz-sh.de• die regionalen Technologieberater• Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH) www.tsh.de• Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein (WSH) www.wsh.de
Innovationsberatung	<p>Das bewährte Instrument der regionalen Innovationsberatung wird durch die Entwicklung eines Innovations-Audits ergänzt und erweitert. Das Innovations-Audit wird den Unternehmen eine Stärken- und Schwächen-Analyse bieten und gleichzeitig Hilfestellung bei der Entscheidung über Fördermaßnahmen des Landes sein. Projektstart ist im Frühjahr 2003.</p>
Beratungen für Frauen	<p>Die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein bietet gründungsinteressierten Frauen eine kostenlose, zielgruppenorientierte Beratung an. Sie leistet insbesondere in Fragen der Finanzierung und von Fördermöglichkeiten kompetente Hilfestellung auf dem Weg zur wirtschaftlichen Selbständigkeit.</p> <p>Auf die spezifischen Fragestellungen zur beruflichen Selbständigkeit von Frauen ist auch das Angebot des Bildungs- und Beratungszentrums Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V. ausgerichtet. Existenzgründerinnen werden von der Unternehmensidee an bis in die berufliche Selbständigkeit begleitet. Die Angebote in Kiel, Lübeck und Husum umfassen Einzel- und Gruppenberatungen, Seminare und ein Gründungscoaching. Darüber hinaus vermittelt das Frauennetzwerk Patenschaften und baut tragfähige Vernetzungsstrukturen auf.</p> <p>Zur Erhöhung der Arbeitsmarktchancen für Frauen in den jeweiligen Regionen Schleswig-Holsteins und zur Einbringung frauenspezifischer Interessen in die regionale Strukturpolitik fördern das Frauenministerium und die Europäische Union landesweit zwölf Beratungsstellen Frau & Beruf. Im Jahr 2002 wurden in den zwölf Beratungseinrichtungen und an 85 weiteren mobilen Standorten in Schleswig-Holstein insgesamt ca. 11.000 Beratungen durchgeführt. Weitere Informationen im Internet unter www.frau-und-beruf-sh.de</p>

4. Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein

4.1 Europäische und nationale Verkehrspolitik

Transeuropäische Verkehrsnetze

Der von der Europäischen Kommission im Jahre 2001 vorgelegte Entwurf für eine kleine **Revision der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz** (TEN) ist nicht umgesetzt worden. Voraussichtlich wird es nun eine große Revision im Jahr 2004 im Kontext der EU-Erweiterung geben. Die neuen Leitlinien werden Schwerpunkte aus dem ebenfalls im Jahre 2001 vorgelegten Weißbuch zur gemeinsamen Verkehrspolitik bis 2010 aufgreifen, wie ein Konzept der Eisenbahngüterverkehrsstrecken und die Ergänzung der bereits definierten Landkorridore um ein Konzept der „Meeresautobahnen“.

Die Liste der prioritären Projekte - **Essener Liste** -, wird aktualisiert und um Projekte aus den Beitrittsstaaten erweitert. Während die geltende Liste 14 Projekte enthält, sind in der neuen Liste 20 bis 25 herausragende Projekte vorgesehen. Dazu zählt auch die feste Fehmarnbeltquerung. Die EU-Kommission sieht es als schwierig an, die bereits von ihr in den bisherigen Mitgliedsstaaten angedachten Maßnahmen durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist eine hochrangige Gruppe von Vertretern der Mitgliedstaaten unter Vorsitz des ehemaligen Vizepräsidenten der Kommission, Karel van Miert, zur Ermittlung weiterer spezifischer Projekte eingesetzt worden. Der Bundesverkehrsminister hat zugesagt, die feste Fehmarnbeltquerung in die Vorschlagsliste aufzunehmen.

Die EU-Kommission wird sich über die Überarbeitung der TEN-Leitlinien hinaus im Jahr 2003 mit Fragen der Straßenverkehrssicherheit, mit dem zweiten Eisenbahnpaket und einer geeigneten Methode zur Erhebung von Verkehrsinfrastrukturentgelten befassen. Der Ministerrat wird die Vorschläge der Kommission zur Sicherheit des Seeverkehrs und zur Verhütung der Meeresverschmutzung vordringlich behandeln.

Zukunftsprojekt Fehmarnbeltquerung

Privatwirtschaft interessiert

Die privatwirtschaftliche Machbarkeit einer festen Fehmarnbeltquerung ist im Juni 2002 mit dem Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens beantwortet worden: Die Privatwirtschaft ist an Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb einer festen Querung interessiert. Nach Modellrechnungen sind für die Realisierung einer kombinierten Straßen- und Eisenbahnverbindung je nach Modell staatliche Zuschüsse, Investitionen für die Eisenbahn bzw. Garantien erforderlich. Gleichzeitig hat das Verfahren Unsicherheiten über die zu erwartenden Verkehrsmengen und zur Haltung der Eisenbahnunternehmen aufgezeigt. Anfang 2003 werden die aufgetretenen Fragen zum Schienenverkehr geklärt und die Verkehrsprognose aktualisiert. Die Untersuchungen zur festen Fehmarnbeltquerung schließen auch Untersuchungen zur Verbesserung des Fährverkehrs ein. Danach entscheiden das Königreich Dänemark und die Bundesregierung über weitere Planungsschritte.

Verkehrsplanung

Die weiträumige Verkehrswegeplanung in Schleswig-Holstein muss infolge der Verantwortlichkeit des Bundes für seine Schienenwege, Bundesfern- und Wasserstraßen sowohl in verkehrspolitischer als auch in finanzieller Hinsicht mit der Bundesverkehrswegeplanung abgestimmt werden.

Bundesverkehrswegeplan wird überarbeitet

Der Bundesverkehrswegeplan 1992 wird derzeit überarbeitet. Der Beschluss des Bundeskabinetts über den neuen Bundesverkehrswegeplan mit einer Laufzeit bis 2015 ist im Juni 2003 zu erwarten. Im Rahmen dieser Planung legt der Bund basierend auf einer gesamtwirtschaftlichen Bewertung für die einzelnen Maßnahmen Prioritäten fest. Maßnahmen in Schleswig-Holstein stehen dabei in Konkurrenz zu anderen Maßnahmen im übrigen Bundesgebiet. Im Ergebnis können für Schleswig-Holstein prioritäre Maßnahmen nach dem

Bewertungsverfahrens des Bundes einen geringeren Stellenwert einnehmen. Für Maßnahmen, die aus diesem Grund nicht in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden, muss das Land andere Wege der Realisierung und Finanzierung finden.

Landesverkehrsprogramm

Parallel zur Fortschreibung der Bundesverkehrswegeplanung hat das Wirtschafts- und Verkehrsministerium im Herbst 2002 den Entwurf eines Landesverkehrsprogramms vorgelegt. Der Entwurf umfasst Planungen der verkehrspolitisch bedeutsamen Projekte bis 2015. Dabei wird das Augenmerk auf bessere Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger, Stärkung der Wettbewerbsposition von Schiene, Häfen und Wasserstraßen unter besonderer Beachtung der Aspekte des Umweltschutzes und der Verkehrssicherheit gelegt. Der Entwurf ist den Verbänden zur Anhörung zugegangen. Nach Auswertung der Stellungnahmen und Überarbeitung plant das Ministerium die Veröffentlichung des Landesverkehrsprogramms frühestens im Mai 2003.

4.2 Straßeninfrastruktur

A 20 kommt voran

Das für die Landesregierung prioritäre Straßenbauprojekt A 20 macht sichtbar Fortschritte. Nachdem in Schleswig-Holstein der erste Streckenabschnitt der **Ostseeautobahn** zwischen der A 1 und der Anschlussstelle Lübeck-Genin im Dezember 2001 dem Verkehr übergeben wurde, erfolgte am 12. März 2002 der erste Spatenstich für die Fortsetzung bis zur Landesgrenze nach Mecklenburg-Vorpommern. Das Bundesverwaltungsgericht hatte hierfür mit seinem Urteil vom 31. Januar 2002 „grünes Licht“ gegeben. Ziel ist, die durchgehende Befahrbarkeit der A 20 zwischen der A 1 bei Lübeck und Rostock so früh wie möglich in 2004 zu erreichen.

Die planerische Vorbereitung der westlichen Fortführung der **Ostseeautobahn** als **Nord-West-Umfahrung Hamburg** mit fester Querung der Unterelbe westlich von Hamburg nimmt ebenfalls zunehmend konkretere Formen an. Der Bereich zwischen der A 1 und Geschendorf ist am weitesten fortgeschritten. Das Planfeststellungsverfahren für diesen Abschnitt soll im Frühjahr 2004 abgeschlossen sein. Die Entwurfsunterlagen für die Abschnitte von Geschendorf bis Bad Segeberg werden derzeit erstellt. Die Planfeststellungsverfahren für diese Abschnitte sollen in 2005 erlassen werden. Für den Bau dieser Abschnitte werden etwa 3 1/2 Jahre benötigt.

Das Linienfindungsverfahren für den weiteren **Verlauf der A 20 bis zur Elbe** endete nach Abwägung aller planungsrelevanten Belange am 14. Mai 2002 mit der Kabinettsentscheidung für die Vorzugsvariante aus Sicht des Landes Schleswig-Holstein. Nach Zustimmung durch den Bund soll im Laufe des Jahres 2003 der Antrag auf Linienbestimmung gestellt werden. Hierbei finden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem UVPG gewonnenen Erkenntnisse Eingang. Die förmliche Linienbestimmung durch das Bundesverkehrsministerium wird Ende des Jahres 2003 erwartet. Zur Zeit werden für die einzelnen verkehrswirksamen Abschnitte die Bauentwurfsunterlagen gefertigt. Ziel ist es, die ersten Planfeststellungsverfahren für diesen Bereich im Jahr 2006 einzuleiten.

Ausbau der B 404

Neben der A 20 hat der vierstreifige **Ausbau der B 404 zur A 21** als zweite leistungsfähige Nord-Süd-Achse für den weiträumigen Verkehr ebenfalls hohe Bedeutung. Mit Ausnahme der noch auszubauenden Teilstrecke zwischen Bornhöved und Negernbötel ist die B 404 von Wankendorf bis zur A 1 bei Hammoor bereits vierstreifig zur A 21 ausgebaut. Für den Bereich zwischen Bornhöved und Negernbötel ist das Planfeststellungsverfahren im März 2002 eingeleitet worden. Der Planfeststellungsbeschluss wird für Mitte 2003 erwartet. Nach öffentlicher Ausschreibung der Bauarbeiten kann ab Anfang 2004 mit dem Bau begonnen werden.

Für den Ausbauabschnitt von Klein Barkau bis Wankendorf ist die Voruntersuchung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange abgeschlossen und dem Bund zur Zustimmung vorgelegt worden. Zur Zeit wird für diesen Abschnitt der Bauentwurf erarbeitet. Der Bereich von Kiel bis Klein Barkau wird in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Kiel geplant. Die laufende Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Vogelfluglinie erfährt Stärkung

Das dritte wichtige Projekt im Bereich der Bundesautobahnen ist der Bau der A 1 von Oldenburg bis Heiligenhafen Nord, die als **Vogelfluglinie** eine besonders wichtige Verkehrsachse für die Verkehrsbeziehungen zwischen Dänemark und Mitteleuropa darstellt. Die Planfeststellungsverfahren für die Gesamtmaßnahme sind bereits abgeschlossen. Mit dem Bau wurde in Teilen bereits begonnen; der weitere Baufortschritt ist abhängig von der jeweils bereitgestellten Finanzierung.

Für zwei **Ortsumgehungen der KERN-Region**, die Ortsumgehung Groß Wittensee und Klein Wittensee im Zuge der B 203 zwischen Eckernförde und Rendsburg und die Ortsumgehung Gettorf im Zuge der B 76 sind im Mai bzw. Juli 2002 die Planfeststellungsbeschlüsse ergangen, so dass im Jahr 2003 mit dem Bau beider Ortsumgehungen begonnen werden konnte. Die Fertigstellung der Maßnahmen ist für Ende 2004 geplant.

Betreibermodelle für Autobahnen

Im Zusammenhang mit dem Maßnahmenkonzept des Bundesverkehrsministeriums *Bauen jetzt - Investitionen stärken* sollen für bestimmte Autobahnabschnitte **Betreibermodelle** eingeführt werden. Zu den ausgewählten Maßnahmen gehört auch der sechs- bzw. achtstreifige **Ausbau der Bundesautobahn A 7 zwischen Hamburg und dem Autobahndreieck Bordes-holm**. Mit den Betreibermodellen soll der Ausbau von Autobahnen durch Beteiligung privater Investoren beschleunigt werden. Die Finanzierung erfolgt anteilig über privates Kapital und Mittel aus dem Bundeshaushalt. Die Investoren erhalten zur Refinanzierung und für den Betrieb der Strecken die Einnahmen aus der LKW-Maut für den jeweiligen Streckenabschnitt. Im Jahr 2003 wird für das Projekt *Ausbau der A 7* die Realisierungsstudie abgeschlossen werden.

Ausbau der A 7

Ausgaben für Bundes- und Landesstraßen (in Millionen Euro)

Bundesfernstraßen: Unterhaltungslänge BAB: 485 km, Unterhaltungslänge Bundesstraßen: 1.640 km
Landesstraßen: Unterhaltungslänge: 3.512 km.

Jahr	Verausgabte Gesamt-Bundesmittel (in Millionen Euro)	Landesmittel für Neu-, Um- und Ausbau sowie Unterhaltung (in Millionen Euro)
1997	123	40,4
1998	137	42,9
1999	151	47,0
2000	157	47,8
2001	177	44,1
2002	180	41,1

Der Straßenbauplan 2003 des Bundes enthält für Schleswig-Holstein Gesamtmittel in Höhe von rund 199 Millionen Euro. Für das Haushaltsjahr 2003 werden für den Bereich der Landesstraßen in Schleswig-Holstein Ausgaben in Höhe von rund 37,5 Millionen Euro erwartet.

4.3 Schienenwege

Wichtige Schienenverkehrsprojekte konnten im Jahr 2002 vorangebracht werden:

- **Elektrifizierung der Ausbaustrecke Hamburg - Lübeck**

Für drei der insgesamt vier Planfeststellungsabschnitte liegen seit Anfang 2003 die Planfeststellungsbeschlüsse vor. Durch den zeitgerechten Abschluss dieser Planfeststellungsverfahren kann bei Vorliegen der erforderlichen Beschlüsse auf Bundesebene voraussichtlich Mitte 2003 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Inbetriebnahme dieser Strecke wird für Ende Dezember 2006 angestrebt.

- **Beseitigung des Schienenengpasses auf der Strecke Pinneberg - Elmshorn**

Das Planfeststellungsverfahren für den Umbau des Bahnhofes Elmshorn wird voraussichtlich Anfang 2003 eingeleitet. Mit dem Bau soll im Frühjahr 2004 begonnen

werden. Die Inbetriebnahme des Bahnhofs soll Ende 2006 erfolgen. Zur endgültigen Beseitigung des Engpasses ist eine verschränkte Dreigleisigkeit zwischen Pinneberg und Elmshorn in das Bewertungsverfahren für den neuen Bundesverkehrswegeplan einbezogen worden. Die Entscheidung des Bundeskabinetts wird in der ersten Jahreshälfte 2003 erwartet.

- **Bahnhof Kaltenkirchen**

Im Zusammenhang mit dem zweigleisigen Ausbau der AKN- Strecke zwischen Kaltenkirchen und Hamburg war im August 2002 der Baubeginn für das Großprojekt *Tieferlegung der AKN* und die damit verbundene Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes in Kaltenkirchen einschließlich der Beseitigung von zwei hochfrequentierten Bahnübergängen erfolgt.

- **Reaktivierung der Schienenstrecke zwischen Neumünster und Bad Segeberg**

Mit dem Fahrplanwechsel zum 15. Dezember 2002 fahren wieder Züge auf der 1984 stillgelegten Bahnstrecke Neumünster - Bad Segeberg. Mit der Reaktivierung werden der Bevölkerung in den Kreisen Segeberg und Stormarn bessere Verbindungen sowohl in Richtung Hamburg als auch in den Norden des Landes und an die Westküste angeboten.

Wichtige Maßnahmen im Jahr 2002 zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV):

- **Zusätzliche Züge als Ersatzleistungen für den Fernverkehr**

Zum Ausgleich der verminderten Fernverkehrsleistungen im Bereich der Interregio-Züge hat die Landesregierung zusätzliche Leistungen bei der Norddeutschen Nahverkehrsgesellschaft mbH (NNVG) bestellt. Für den Zeitraum von zunächst 3 Jahren wurde ein Verkehrsvertrag über jährlich 1,1 Millionen Zugkilometer auf der Strecke Hamburg - Flensburg (- Padborg / Dänemark) geschlossen.

- **Kostenlose Fahrradmitnahme**

Aufgrund des Erfolges wird das Angebot der kostenlosen Fahrradmitnahme in den Zügen des Nahverkehrs außerhalb der Hauptverkehrszeiten auch im Jahr 2003 fortgesetzt.

- **Modernisierung und Reaktivierung von Haltepunkten und Bahnhöfen**

Zahlreiche Maßnahmen zur Reaktivierung und Attraktivitätssteigerung der Stationen wurden durchgeführt. Im Jahr 2003 soll der Haltepunkt Horst reaktiviert werden.

- **Ausschreibungen und Vergabe von Nahverkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr:**

Im Frühjahr 2002 hat die Ausschreibung für die Verbindung Hamburg - Westerland begonnen. Die Vergabeentscheidung soll 2003 erfolgen.

- **Wiedereröffnung von Strecken für den Schienenpersonennahverkehr**

Die Landesregierung strebt einen ganzjährigen Zugverkehr auf der Strecke Niebüll - Tondern an. Ziel ist es, den Verkehr ab April 2003 zu bestellen.

4.4 Güterverkehr

Fortschreibung des integrierten Güterverkehrskonzeptes

Im März 2002 hat der schleswig-holsteinische Landtag beschlossen, das 1999 vorgestellte *integrierte Güterverkehrskonzept des Landes* fortzuschreiben. Dabei sollen auch die Auswirkungen der LKW-Maut berücksichtigt werden. Bedingt durch die Verzögerung beim Start der Mauterhebung wird das Konzept erst 2004 vorgelegt.

4.5 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Im Rahmen der *Qualitätsoffensive* für den ÖPNV (Bus und Bahn) sind im Jahr 2002 Fördermittel von insgesamt 460 Millionen Mark in den öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein geflossen.

Laufende Maßnahmen für einen attraktiven ÖPNV:

- **Verbundkonzept Bahn und Bus:**
Vernetzung des Fern- und Regionalschienenverkehrs mit dem Busverkehr im Rahmen des Integralen Taktfahrplans 2002 (ITF).
- **Umsetzung** der Ergebnisse einer **Marktforschungsstudie zum ÖPNV** in Schleswig-Holstein; Imagekampagne und Aufbau einer Dachmarke zur Verbesserung der Kommunikation des ÖPNV-Angebotes.
- **Stärkung des Verbundcharakters:**
Die Erweiterung des Hamburg-Verkehrsverbundes auf die Bereiche der vier Hamburg-Randkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg erfolgte ab dem Fahrplanwechsel 15. Dezember 2002.
- Erarbeitung eines **landesweiten Tarifkonzeptes**. Ziel ist eine kundenfreundliche Harmonisierung der Tarife in allen Landesteilen und für alle Verkehrsmittel des ÖPNV. In einer ersten Stufe ist für den SPNV Ende 2002 der neue Schleswig-Holstein-Tarif eingeführt worden. Eine Ausweitung auf den übrigen ÖPNV soll Ende 2003 erfolgen.
- Ausbau der **landesweiten Fahrplanauskunft „Scout“** mit zukünftiger Einbindung in die deutschlandweite Fahrplaninformation (DELFI).

4.6 Schifffahrtspolitik

Die deutsche Seeschifffahrt hat wegen ihrer im internationalen Vergleich hohen Steuern und Personalkosten unverändert Wettbewerbsprobleme. Das einvernehmlich von Bundestag und Bundesrat verabschiedete schifffahrtspolitische Maßnahmenpaket mit Tonnagesteuer, Lohnsteuereinbehalt, Schiffsbesetzungsverordnung und Schiffssicherheitsanpassungsgesetz (Schifffahrtskonzept 1998) wird seit Sommer 1999 erfolgreich umgesetzt. Auf der Basis dieses Konzeptes haben zwischenzeitlich mehr als 1.500 Schiffe für die Tonnagesteuer optiert. Der Bundestag hatte **Tonnagesteuer und Lohnsteuereinbehalt** eingeführt, um die Wettbewerbsbedingungen gegenüber ausländischen Schifffahrtsunternehmen zu verbessern. Mit dem Beschluss der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer vom 4. November 2002 in Wilhelmshaven sowie dem einstimmigen Votum des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 14. November 2002 hat Schleswig-Holstein die Debatte zum Erhalt von Tonnagesteuer und Lohnsteuereinbehalt erfolgreich mit geprägt.

Die **Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiative für die Seeschifffahrt**, die Bund, Küstenländer und Tarifvertragsparteien ausgerufen haben, wurde mit konkreten Maßnahmen vorangebracht. Die bisher gemeinsam erarbeiteten Elemente des *Maritimen Bündnisses für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt* wurden auf der Zweiten Nationalen Konferenz am 6. November 2001 in Rostock-Warnemünde als **Maritimes Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung** fest- und fortgeschrieben. Im Mai 2003 wird eine Folgekonferenz in der Hansestadt Lübeck stattfinden.

Schiffssicherheit

Die Verbesserung der **Schiffssicherheit und des Unfallmanagements** ist für das vom Seeverkehr, der Hafenwirtschaft und dem Tourismus abhängige Küstenland Schleswig-Holstein eine wichtige Aufgabe. Für das gemeinsam mit der Bundesregierung erstellte Notfallkonzept zur Verbesserung der Schiffssicherheit in Nord- und Ostsee wurde Ende 2002 das Havariekommando in Cuxhaven eingerichtet, das zum 1. Januar 2003 seinen vollständigen Betrieb aufgenommen hat. Zur Umsetzung des Notschleppkonzeptes für die Ostsee hat der Bund seit November 2001 drei zusätzliche Notschlepper vertraglich gechartert, die in Kiel, Sassnitz und Warnemünde stationiert sind. Das bundeseigene in der Ostsee eingesetzte Mehrzweckschiff wurde an eine erhöhte Schleppkapazität angepasst. Ein neues Mehrzweckschiff für die Schadstoffbekämpfung und Schleppaufgaben ist in Auftrag gegeben. Für die Nordsee besteht bis April 2003 die Charter der Oceanic mit der Option einer Verlängerung. Daneben sind in der Nordsee zwei Mehrzweckschiffe mit Schlepperfähigkeiten im Einsatz. Die Fahrzeuge werden im Einsatzfall dem Havariekommando unterstellt. Die Einrichtung einer einheitlichen Deutschen Küstenwache wird weiterhin gefordert. Mit diesem Konzept sollen die vorhandenen Einsatzkräfte auf See zusammengeführt werden.

Die Bestrebungen zur Verbesserung der **Schiffssicherheit auf See** und speziell vor den Küsten werden durch die Landesregierung aktiv vorangetrieben, dazu zählen die von der EU beschlossene beschleunigte Einführung von Doppelhüllentankern, die Verbesserung und Harmonisierung der Hafenstaatkontrollen, die Einrichtung von Nothäfen, die Erhöhung der Haftungssummen bei der Entschädigung von Tankerunfällen sowie die Haftungsausdehnung der Schiffsklassifikationsgesellschaften.

Nord- Ostsee- Kanal (NOK)

Auf dem Nord-Ostsee-Kanal wurden im Jahr 2002 mehr als 38.500 Schiffe mit 64,6 Millionen Tonnen Ladung gezählt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg die Ladungsmenge um 2,1 Millionen Tonnen, die Anzahl der Schiffe nahm geringfügig zu.

Von Lotsen, Maklern und Kanalsteuerern werden in letzter Zeit immer stärker Ausbaumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal gefordert. Dadurch soll nicht nur die Attraktivität des Kanals für schnelle und größere Schiffe verbessert, sondern auch die Sicherheit der Schifffahrt erhöht werden. Das Bundesverkehrsministerium hat eine Voruntersuchung in Auftrag gegeben, die aufzeigen soll, welche Ausbaumaßnahmen des Nord-Ostsee-Kanals im Zusammenhang mit den zunehmenden Schiffsgrößen im Feederverkehr erforderlich sind. Erste Ergebnisse werden bis Ende 2003 erwartet.

Entwicklung der Häfen

In den schleswig-holsteinischen Häfen ist insgesamt eine Konsolidierung der Umschlagszahlen sowie eine positive Entwicklung beim Personenverkehr zu verzeichnen.

Im Jahr 2002 verzeichnete der Hafen **Kiel** einen Umschlagrückgang (siehe Tabelle auf der folgenden Seite). Dieser ist in erster Linie auf den mit 14 Prozent rückläufigen Umschlag von Massengütern zurückzuführen. Des Weiteren hat sich auch die Verlagerung des Papierumschlages nach Lübeck nachteilig ausgewirkt. Ansonsten konsolidierte sich der Skandinavien- und Osteuropaverkehr auf hohem Niveau. Die Entwicklung im Personenverkehr der Fähr- und Ausflugschifffahrt verlief weiterhin positiv. Im Personenverkehr konnte nach dem Zuwachs von 3,3 Prozent im Jahr 2001 auf annähernd 1,2 Millionen Passagiere im Jahr 2002 ein weiterer Zuwachs von 3,1 Prozent verzeichnet werden.

Am 29. August 2002 wurde der 4. Bauabschnitt des Ostuferhafens offiziell in Betrieb genommen. Mit den zusätzlichen Abfertigungskapazitäten wird der Seehafen Kiel in die Lage versetzt, seine Marktführerschaft im Osteuropaverkehr über die Ostsee mit neu akquirierten Linien zu behaupten. Daneben wird ein geplantes Terminal für den Kombinierten Verkehr (KV-Terminal) den Umschlag optimieren und zu einer effizienteren Nutzung der Hinterlandanbindungen führen.

Lübeck konnte seine Spitzenposition als größter deutscher Ostseehafen weiterhin behaupten. Nach dem Rückgang im Jahr 2001 haben sich die Umschlagzahlen wieder konsolidiert und bewegten sich auf dem Niveau des Vorjahres. Die großen Ausbauprojekte wie die Erweiterung des Schlutupkais werden weiter mit Nachdruck verfolgt. Bis zum Ende des Jahres 2004 sollen hier zusätzliche Umschlagkapazitäten von fast einer Millionen Tonne geschaffen werden. Ein KV-Terminal wird im Frühjahr 2003 am Skandinavienkai in Betrieb gehen und zur Verbesserung des *modal split* zugunsten der Schiene beitragen. Der Terminalbetreiber Lehmann GmbH hat seine Kapazitäten mit einer neuen Lagerhalle ausgeweitet, und das Hamburg-Lübecker Gemeinschaftsprojekt *Containerterminal Lübeck* (CTL) hat im Januar 2003 seinen Betrieb aufgenommen.

Puttgarden, der größte deutsche Fährhafen im Passagierbereich, konnte auch im Jahr 2002 eine deutliche Zunahme im Reiseverkehr verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Passagierzahlen um 585.000 Personen zu, was einer Steigerungsrate von etwa 10 Prozent entspricht. Der Güterumschlag war mit 1,5 Prozent leicht rückläufig.

Der Umschlag im Industrie- und Massenguthafen **Brunsbüttel** ist annähernd konstant geblieben. Im Jahr 2002 wurden 8,3 Millionen Tonnen (brutto) umgeschlagen. Mit den drei Hafenanlagen und einem KV-Terminal verfügt die Betreibergesellschaft über ein funktionsgerechtes Angebot, um regionale und überregionale Transportnachfrage befriedigen zu können.

Güter- und Personenverkehr im Jahr 2002

	Güterumschlag (Mio. t brutto)			Passagiere (Anzahl)		
	2001	2002	Änderung in %	2001	2002	Änderung in %
Kiel	5,25	4,95	-5,7	1.186.704	1.223.401	+ 3,1
Lübeck	24,41	24,41	+ 0,4	624.848	619.718	- 0,8
Brunsbüttel	8,20	8,27	+ 0,7	-	-	-
Puttgarden	3,36	3,31	- 1,5	6.027.887	6.612.993	+ 9,7

4.7 Luftverkehr

Die positive Entwicklung der Fluggastzahlen im Fluglinienverkehr Schleswig-Holsteins hat sich auch im Jahr 2002 fortgesetzt.

Positive Entwicklung der Fluggastzahlen in Kiel

Maßgeblich für die Steigerung ist die im Jahr 2001 eingerichtete Linie Kiel - München, die besonders gut angenommen wurde. Der beständige Aufwärtstrend bei den Passagierzahlen hat dazu geführt, dass die heutigen Abfertigungskapazitäten nicht mehr ausreichen. Das Verfahren zur Anpassung der nötigen Infrastruktur ist angelaufen. Die Baumaßnahme soll im Jahre 2003 begonnen und spätestens Anfang 2004 abgeschlossen werden.

Verlängerung der Startbahn Kiel-Holtenau

Ende März 2002 hat die Landesregierung einen positiven Grundsatzbeschluss für die geplante Verlängerung der Start- und Landebahn in **Kiel-Holtenau** zur Sicherung der künftigen Leistungsfähigkeit des Regionalflughafens für den Linien- und Geschäftsverkehr gefasst. Die Landeshauptstadt Kiel hat im August 2002 dem Projekt zugestimmt. Damit kann die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens erfolgen.

Weitere Linienflugverbindungen ab Lübeck-Blankensee

Am Flughafen **Lübeck-Blankensee** setzte sich der positive Vorjahrestrend ebenfalls fort. Dies zeigt sich besonders bei den Steigerungen der Fluglinienverbindungen nach London. Aufgrund der guten Nachfrage hat sich der Linienverkehr nach London fest etablieren können. Im Jahr 2003 werden weitere Linienflugverbindungen über Augsburg nach Wien, nach Mailand (Bergamo) und nach Stockholm angeboten.

Luftverkehrskonzept

Zur weiteren Entwicklung des Luftverkehrs hat die schleswig-holsteinische Landesregierung ein **Luftverkehrskonzept** entwickelt, das einen fundierten Überblick

- über den Status Quo des Luftverkehrs in Schleswig-Holstein,
- über die Funktionen der einzelnen Flugplätze,
- über die Zahl der Flugbewegungen, das Passagieraufkommen und
- über die Prognosen für die Entwicklung des Luftverkehrs bietet.

Darüber hinaus liefert das Konzept einen Überblick über die wichtigsten Aspekte der Flugsicherheit, der Umwelt- und Lärmbelastung.

Anlagen

- 1 Nominales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
- 2 Reales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und in Deutschland
- 3 Strukturveränderung in der Wirtschaft
- 4 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen
- 5.1 Anerkennungsverfahren für Bildungsfreistellungsveranstaltungen 2002
- Anerkannte Veranstaltungen nach Themengebieten 2002
- 5.2 Teilnehmende an anerkannten Bildungsfestellungsveranstaltungen 2002
- Nach BFOG anerkannte Träger und Einrichtungen 2002
- 6 Erwerbstätigkeit in den Bundesländern
- 7.1 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein
- 7.2 Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein
- 7.3 Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein
- 8 Wirtschaftsdaten der fünf Planungsräume in Schleswig-Holstein
- 9 Wichtige einzelbetriebliche Förderprogramme in Schleswig-Holstein
- 10 Auslandsumsätze / Exportquoten
- 11 Selbständigengquote 1991 bis 2002: Unternehmderland Schleswig-Holstein
- 12 Bereinigte Selbständigengquote 1991 bis 2002:
Überdurchschnittlicher Selbständigenanteil in Schleswig-Holstein

Nominales Bruttoinlandsprodukt

Anlage 1

(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Schleswig-Holstein		Deutschland		westdeutsche Länder ¹⁾		ostdeutsche Länder ²⁾	
	Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1991	49 475	-	1 502 200	-	1 336 258	-	165 942	-
1992	52 258	5,6	1 613 200	7,4	1 412 248	5,7	200 952	21,1
1993	53 149	1,7	1 654 200	2,5	1 418 656	0,5	235 544	17,2
1994	55 003	3,5	1 735 500	4,9	1 472 477	3,8	263 023	11,7
1995	57 251	4,1	1 801 300	3,8	1 523 086	3,4	278 214	5,8
1996	58 535	2,2	1 833 700	1,8	1 548 200	1,6	285 500	2,6
1997	59 640	1,9	1 871 600	2,1	1 582 502	2,2	289 098	1,3
1998	60 550	1,5	1 929 400	3,1	1 636 238	3,4	293 162	1,4
1999	62 080	2,3	1 978 600	2,6	1 679 395	2,6	299 205	2,1
2000	63 652	2,5	2 030 000	2,6	1 728 033	2,9	301 967	0,9
2001	64 682	1,6	2 071 200	2,0	1 764 484	2,1	306 716	1,6
2002	66 000	2,1	2 112 000	2,0	1 800 000	2,0	313 000	1,9

1) alte Bundesländer einschließlich Berlin

2) neue Bundesländer ohne Berlin

Bemerkungen:

Vorläufige Ergebnisse ab 2000.

Ergebnisse für 1991 bis 2001 revidierte Daten nach ESVG 1995, lt. Arbeitskreis VGR der Länder

Stand: 1. Fortschreibung 2002

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Reales Bruttoinlandsprodukt

Anlage 2

(in Preisen von 1995)

Jahr	Schleswig-Holstein		Deutschland		westdeutsche Länder ¹⁾		ostdeutsche Länder ²⁾	
	Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1991	55 341	-	1 710 800	-	1 495 400	-	215 400	-
1992	56 326	1,8	1 749 100	2,2	1 520 326	1,7	228 774	6,2
1993	55 625	-1,2	1 730 100	-1,1	1 481 353	-2,6	248 747	8,7
1994	56 125	0,9	1 770 700	2,3	1 501 843	1,4	268 857	8,1
1995	57 251	2,0	1 801 300	1,7	1 523 086	1,4	278 214	3,5
1996	57 857	1,1	1 815 100	0,8	1 532 314	0,6	282 786	1,6
1997	58 532	1,2	1 840 400	1,4	1 556 064	1,5	284 336	0,5
1998	58 992	0,8	1 876 400	2,0	1 591 509	2,3	284 891	0,2
1999	60 220	2,1	1 914 800	2,0	1 625 217	2,1	289 583	1,6
2000	61 790	2,6	1 969 500	2,9	1 675 080	3,1	294 420	1,7
2001	61 937	0,2	1 980 800	0,6	1 686 927	0,7	293 873	-0,2
2002	62 000	0,7	1 984 000	0,2	1 691 000	0,2	294 000	-0,1

1) alte Bundesländer einschließlich Berlin

2) neue Bundesländer ohne Berlin

Bemerkungen:

Vorläufige Ergebnisse ab 1999.

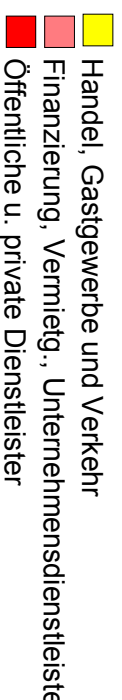
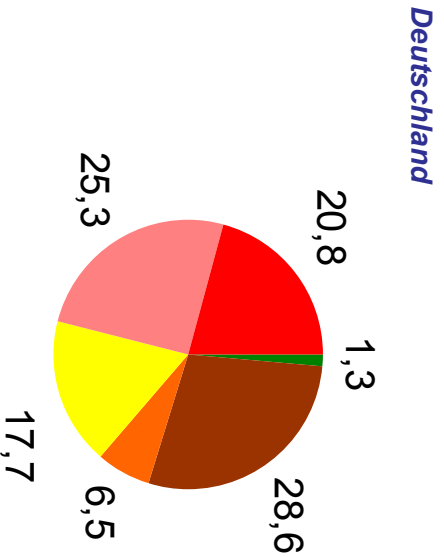
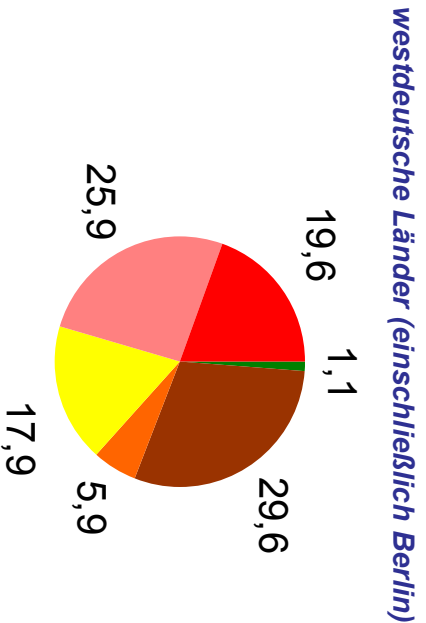
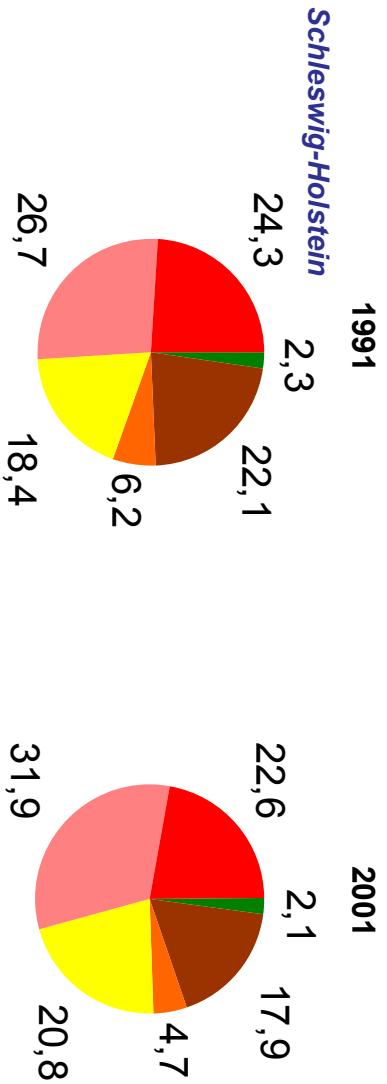
Ergebnisse für 1991 bis 2001 revidierte Daten nach ESVG 1995, lt. Arbeitskreis VGR der Länder

3. Fortschreibung 2000, 2. Fortschreibung 2001 - Stand: April 2002

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Strukturveränderung in der Wirtschaft

Prozentanteile der Wirtschaftsbereiche an der realen Bruttowertschöpfung
(in Preisen von 1995)

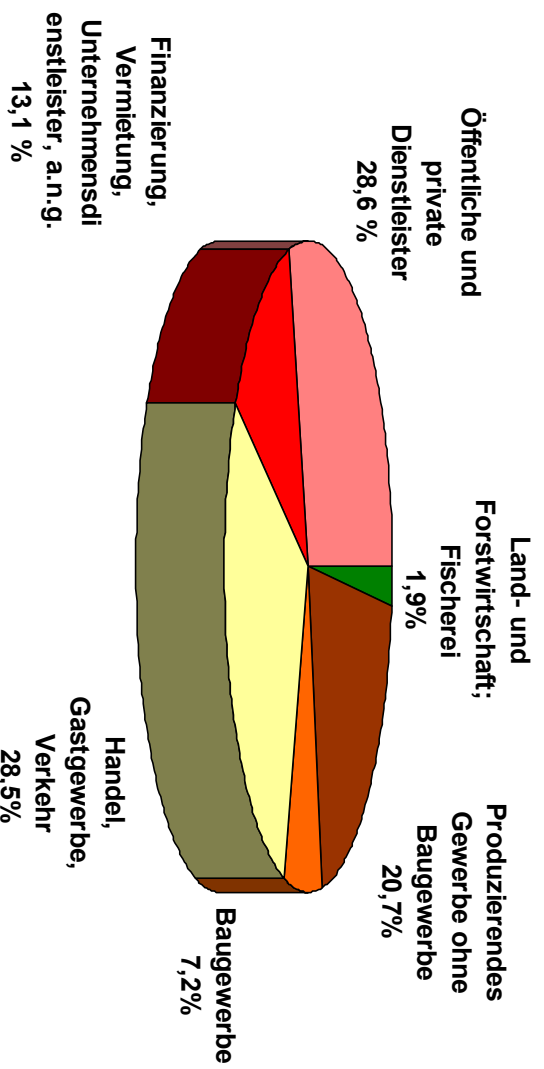


Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder“
2. Fortschreibung Stand: 4/2002

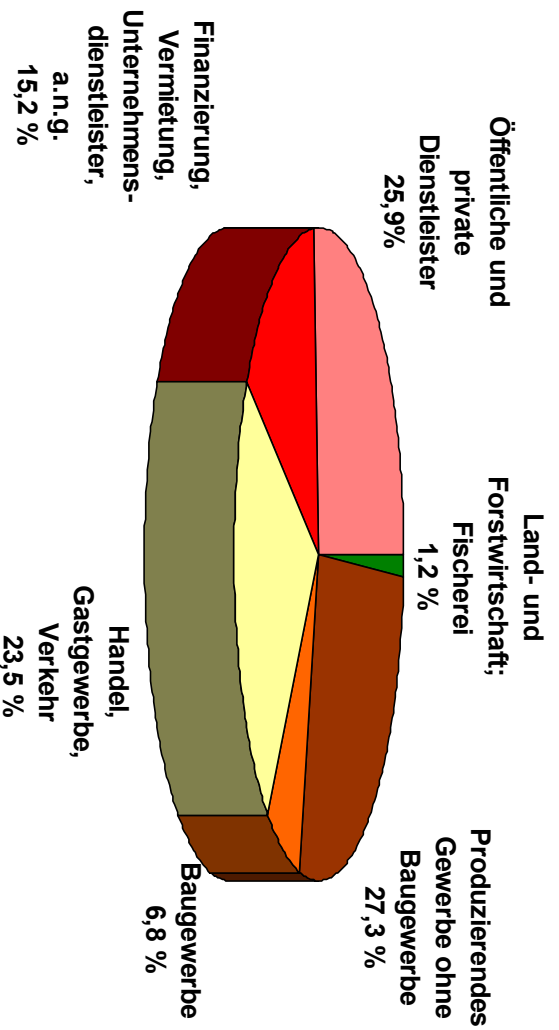
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen

Prozentanteil an den Bereichen am 30.06.2002 ¹⁾

Schleswig-Holstein



Deutschland



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

¹⁾ vorläufige Ergebnisse nach Wirtschaftsabschnitten (WZ 93) / 6-Monatswerte

Anerkennungsverfahren für Bildungsfreistellungsveranstaltungen 2002

	anerkannt	noch nicht anerkannt	zurückgenommen	gesamt
Einzelveranstaltungen	513	31	12	556
Typenveranstaltungen	2327	8	27	2362
gesamt	2840	39	39	2918

Anerkannte Veranstaltungen nach Themengebieten 2002

insgesamt 2.840

davon:			
	Agrarbereich		18
	Arbeitswelt		23
	Arbeitsrecht		26
	Tarifrecht/Tarfpolitik		31
	Betriebsverfassung		37
	Arbeitsschutz		25
	ÖfD		20
	Arbeitsmarkt		3
	Sonst. Bereich Arbeitswelt		57
	Außenpolitik		1
	Dienstleistungen		41
	EDV		235
	Familie		14
	Frauen		56
	Gesellschaft / Geschichte		197
	Gesundheit / Gesundheitswesen		192
	gewerblich-techn. Bereich		135
	Innenpolitik		33
	Pol. Themen sonstiges		94
	Kaufm. Bereich / Betriebswirtsch.		80
	Kultur, Kunst, Literatur, Musik		32
	Landes- und Länderkunde		6
	Mathematik, Naturwissensch., neue Technologien		7
	Pädagogik / Psychologie		224
	Philosophie / Religion		12
	Recht		12
	Rhetorik		247
	Zweiter Bildungsweg		2
	Schulabschlüsse Senioren		10
	Soziales / Sozialwesen		44
	Umwelt		163
	Wirtschaft (Unternehmensführung, Mitarb. Führung)		66
	Sonstige Themen		53
	Europa		60
	Sprachen insgesamt		584
	davon:		
	Englisch		213
	Französisch		62
	Spanisch		149
	Italienisch		90
	Dänisch		24
	Türkisch		3
	Russisch		3
	sonstige		40

Teilnehmende an anerkannten Bildungsfreistellungsveranstaltungen 2002

aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht

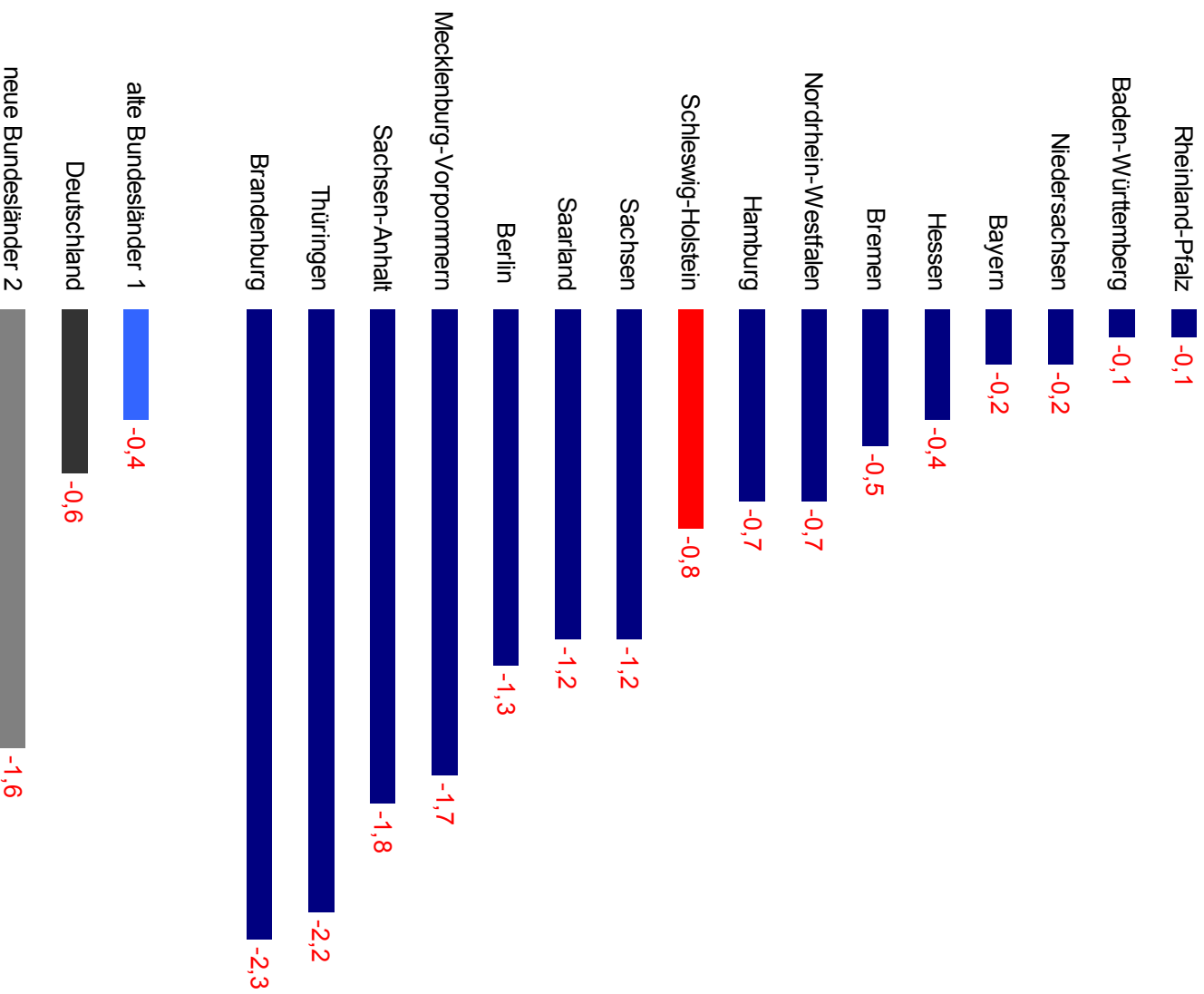
Alter	Geschlecht	Teilnehmende mit und ohne Bildungsfreistellung	Teilnehmende mit Bildungsfreistellung nach BFAQ S.-H.	Teilnehmende mit Bildungsfreistellung anderer Bundesländer
bis 20	m	609	44	97
	w	539	42	46
21 - 25	m	1.706	187	253
	w	2.539	191	293
26 - 30	m	3.116	441	431
	w	3.620	436	453
31 - 40	m	6.929	1.163	1.421
	w	5.431	789	981
41 - 50	m	5.480	840	1.606
	w	4.084	641	966
51 - 60	m	3.012	408	786
	w	2.184	284	476
61 - 65	m	1.025	68	101
	w	856	26	68
über 65	m	548	0	19
	w	500	0	15
alle Altersgruppen	m	22.425	3.151	4.714
	w	19.753	2.407	3.298
	ohne Angabe	7.424	117	421
	gesamt	49.602	5.675	8.433

Nach dem BFAQ anerkannte Träger und Einrichtungen 2002

	Anzahl
Träger	37
Einrichtungen	34

Erwerbstätigkeit in den Bundesländern

(Veränderung der Erwerbstätigenzahlen 2001 gegenüber 2000 in %)



¹ alte Bundesländer ohne Berlin

² neue Bundesländer mit Berlin

Quelle: AK "Erwerbstätigenrechnungen der Länder", Statistisches Landesamt SH; Stand: 2/2003
informell: alte Länder mit und ohne Berlin: + 0,4 %; neue Länder mit Berlin: - 1,7 %

Graphik: MWA/AV S.-H.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Schleswig-Holstein

Umsatzentwicklung in Milliarden Euro 1999 bis 2002

Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

WZ93 - Unterabschnitte	1999	2000	2001	2002 ¹⁾	Veränderung 2002 ¹⁾ gegenüber 2001 in Prozent	Exportquote ²⁾ in % 2002 ¹⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	9,9	11,0	10,8	10,8	-0,3	27,7
Investitionsgüterproduzenten	9,6	9,4	9,3	9,7	4,6	53,2
Gebrauchsgüterproduzenten	0,7	0,8	0,8	0,8	4,2	44,8
Verbrauchsgüterproduzenten	7,1	6,9	7,0	6,8	-3,4	16,3
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	27,2	14,4	14,3	28,1	0,7	34,3
Verarbeitendes Gewerbe	27,1	27,8	27,6	27,7	0,4	34,8
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	4,8	4,3	4,5	4,5	-0,6	12,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe	0,2	0,2	0,1	0,1	-1,9	29,1
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	-	0,3	0,3	0,3	-12,6	25,5
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	2,5	2,6	2,6	2,5	-2,0	20,6
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	-	2,0	1,8	1,8	1,2	11,2
Chemische Industrie	3,5	4,0	4,0	3,8	-4,5	38,2
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	1,1	1,2	1,1	1,0	-2,2	40,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	1,1	1,0	1,0	0,9	-9,1	15,0
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	1,2	1,2	1,3	1,1	-8,2	22,8
Maschinenbau	3,4	3,6	3,7	3,8	1,6	54,4
Herstellung v. Büromasch.,DV-geräten u. einrichtungen, etc.	5,6	5,2	5,1	5,5	6,3	50,1
Fahrzeugbau	1,8	1,8	1,7	1,9	14,7	52,9
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	0,4	0,5	0,5	0,5	-4,2	37,5

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen

¹⁾ vorläufige Ergebnisse für die Monate Januar bis Dezember 2002 ²⁾ Auslandsumsatz in Prozent des Gesamtumsatzes

Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein

Anlage 7.2

Entwicklung der Beschäftigten 1999 bis 2002

Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

WZ93 - Unterabschnitte	1999	2000	2001	2002 ¹⁾	Veränderung 2002 ¹⁾ gegenüber 2001 in Prozent
Vorleistungsgüterproduzenten	52.612	53.252	53.081	51.213	-3,5
Investitionsgüterproduzenten	52.500	52.583	51.604	49.358	-4,4
Gebrauchsgüterproduzenten	4.556	4.773	4.768	4.752	-0,3
Verbrauchsgüterproduzenten	30.651	30.375	29.888	29.365	-1,7
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	140.319	140.983	139.341	134.688	-3,3
Verarbeitendes Gewerbe	139.381	140.056	138.647	133.991	-3,4
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	19.680	19.557	19.235	18.868	-1,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe	1.523	1.430	1.361	1.308	-3,9
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	2.857	2.695	2.385	2.071	-13,2
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	15.643	15.564	15.561	15.135	-2,7
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	912	903	897	887	-1,2
Chemische Industrie	12.700	13.128	13.255	12.930	-2,5
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	6.888	7.211	7.330	6.891	-6,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarb.v. Steinen u. Erden	6.127	6.178	5.859	5.322	-9,2
Metallerzeugung u.-bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	9.954	10.000	10.419	9.845	-5,5
Maschinenbau	23.830	23.064	22.897	22.070	-3,6
Herstellung v. Büromasch.,DV-geräten u. einrichtungen, etc.	23.286	23.698	23.071	23.202	0,6
Fahrzeugbau	13.262	13.610	13.305	12.447	-6,4
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	2.718	3.018	3.072	3.016	-1,8

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen

¹⁾ vorläufige Ergebnisse für die Monate Januar bis Dezember 2002

Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein

Anlage 7.3

Entwicklung der Betriebe 1999 bis 2002

Ergebnisse in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

WZ93 - Unterabschnitte	1999	2000	2001	2002 ¹⁾	Veränderung 2002 ¹⁾ gegenüber 2001 in Prozent
Vorleistungsgüterproduzenten	657	651	651	634	-2,6
Investitionsgüterproduzenten	430	434	434	430	-0,9
Gebrauchsgüterproduzenten	30	32	30	33	10,0
Verbrauchsgüterproduzenten	366	377	365	353	-3,3
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1.483	1.494	1.480	1.450	-2,0
Verarbeitendes Gewerbe	1.424	1.437	1.426	1.398	-2,0
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	306	312	302	288	-4,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe	19	19	16	17	6,3
Holzgewerbe (ohne Herst. v. Möbeln)	42	42	39	35	-9,4
Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	149	152	153	150	-1,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, etc.	5	5	5	5	0,0
Chemische Industrie	60	62	62	61	-2,4
Herstellung v. Gummi- u. Kunststoffwaren	83	79	82	81	1,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	119	122	122	116	-4,9
Metallerzeugung u. -bearbeitg., Herstellung v. Metallerzeugnissen	180	186	189	180	-4,7
Maschinenbau	191	182	185	179	-3,0
Herstellung v. Büromasch., DV-geräten u. -einrichtungen, etc.	190	194	194	203	4,7
Fahrzeugbau	42	43	39	41	5,1
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Recycling, etc.	37	40	39	42	6,3

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein u. eigene Berechnungen

¹⁾ vorläufige Ergebnisse für die Monate Januar bis Dezember 2002

Wirtschaftsdaten der fünf Planungsräume in Schleswig-Holstein

Kreise/ Planungsräume	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^{1) 3)}						Arbeitslosenquoten ²⁾						Industriedichte ⁴⁾ 2002 ³⁾
	2001		2002 ³⁾		2001		2002 ³⁾		2002 ³⁾				
	30.06. 2001	Veränderg. z. Vorjahr in %	Anteil an SH in %	dar. Frauen	Veränderg. z. Vorjahr in %	Anteil an SH in %	Arbeitslose in % der jeweiligen Erwerbspersonen		alle	abh. zivile insg. Frauen	alle	abh. zivile insg. Frauen	
Hzgt.Lauenburg	39.629	-0,2	4,8	18.710	0,2	47,2	7,7	8,5	7,8	7,8	8,6	7,7	43
Pinneberg	78.942	0,3	9,6	35.831	1,0	45,4	7,4	8,3	8,0	7,9	9,0	8,3	55
Segeberg	77.271	1,0	9,4	34.956	1,0	45,2	6,6	7,3	7,0	7,1	7,9	7,4	63
Stormarn	65.188	0,3	8,0	27.729	1,3	42,5	5,8	6,5	6,2	6,3	7,1	6,7	78
Planungsraum I	261.030	0,5	31,9	117.226	0,9	44,9	7,3	8,1	7,3	7,3	8,1	7,5	60
Lübeck	80.824	0,3	9,9	39.241	0,4	48,6	12,3	13,4	10,9	12,6	13,8	11,3	64
Ostholstein	52.503	-0,3	6,4	26.716	0,9	50,9	8,7	10,0	8,7	8,6	9,9	8,5	28
Planungsraum II	133.327	0,0	16,3	65.957	0,6	49,5	10,5	11,8	9,9	10,6	11,9	10,0	47
Kiel	103.769	-0,2	12,7	48.657	0,4	46,9	11,1	11,9	9,1	11,7	12,6	9,4	59
Neumünster	31.344	0,7	3,8	13.721	0,0	43,8	11,8	12,8	11,1	12,0	13,1	10,8	74
Plön	24.051	-0,5	2,9	11.369	0,3	47,3	7,5	8,4	7,8	7,7	8,7	7,7	16
Rendsburg-Eckernf.	67.539	1,4	8,2	31.116	2,5	46,1	7,4	8,3	7,5	7,4	8,3	7,1	28
Planungsraum III	226.703	0,4	27,7	104.863	1,0	46,3	9,2	10,1	8,5	9,4	10,4	8,4	41
Dithmarschen	36.246	1,5	4,4	15.518	1,1	42,8	9,2	10,6	8,8	9,2	10,6	8,7	45
Steinburg	34.191	-1,4	4,2	15.195-	0,4	44,4	8,6	9,6	8,7	9,2	10,3	9,0	49
Planungsraum IV	70.437	0,1	8,6	30.713	0,4	43,6	8,9	10,1	8,8	9,2	10,4	8,8	47
Flensburg	37.711	-3,3	4,6	17.665-	2,7	46,8	12,1	13,2	10,1	12,0	13,2	9,7	102
Nordfriesland	47.404	-0,9	5,8	22.485	0,0	47,4	7,7	9,0	7,7	12,0	9,4	7,7	21
Schleswig-Flensburg	42.515	-1,8	5,2	19.905-	0,1	46,8	7,7	8,8	7,3	7,8	9,0	7,1	20
Planungsraum V	127.630	-1,9	15,6	60.055-	0,8	47,1	8,6	9,8	8,0	8,6	10,0	7,8	36
Schleswig-Holstein	819.127	0,0	100,0	378.814	0,6	46,2	8,4	9,4	8,2	8,7	9,8	8,3	48

1) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort, Stand 30.06.2001 - letztverfügbares Ergebnis

2) Berechnung der Arbeitslosenquoten auf Basis der jeweiligen Erwerbspersonengruppen

3) vorläufige Ergebnisse

4) Beschäftigte im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe (in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten) je 1.000 Einwohner; vorläufiges Ergebnis des Monatsdurchschnittes von Jan. - Nov. 2002 der Beschäftigten - berechnet mit dem Bevölkerungsstand am 30.06.2002

Quellen: Statistisches Landesamt SH, LAA-Nord; eigene Berechnungen des MWTV-SH

Wichtige einzelbetriebliche Förderprogramme in Schleswig-Holstein

Ergebnisse im Jahr 2002 / Vergleich mit 2001

Programme	Fälle		Maßnahmenvolumen in tausend Euro		Zuschüsse in tausend Euro		Neue Dauerarbeitsplätze		Gesicherte Arbeitsplätze		herausgelegtes Obligo in tausend Euro	
	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002
IndustrieförderungGA ¹⁾²⁾	15	15	24.357,9	69.356,8	3.116,2	7.075,7	160	239	-	1.539	-	-
Existenzgründerinnenprogramm ³⁾	31	31	1228,1	1.237,4	-	-	49	36	-	-	709,4	759,7
Gesamtsumme	46	46	25.586,0	70.594,2	3.116,2	7.075,7	209	275	-	1.539	709,4	759,7

1) GA: Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"

2) einschl. gewerbliche Tourismusförderung aus der GA

3) Förderung erfolgt durch Übernahme von Ausfallrisiken und teilweise der Kosten des Bearbeitungsaufwandes

Auslandsumsätze Exportquoten

Verarbeitendes Gewerbe Schleswig-Holstein

Entwicklung des Auslandsumsatzes und der Exportquote¹⁾ des Verarbeitenden Gewerbes² in Schleswig-Holstein

Jahre	Gesamtumsatz in Millionen Euro	Auslandsumsatz	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Exportquote ^{1,2)} in Prozent
1995	25.042	6.533	+13,6	26,1
1996	24.089	6.319	-3,3	26,2
1997	25.430	7.598	+20,2	29,9
1998	25.912	7.712	+1,5	29,8
1999	27.232	8.509	+10,3	31,2
2000	28.121	8.926	+4,9	31,7
2001	27.933	8.885	-0,5	31,8
2002 ^{2,3)}	28.129	9.647	8,6	34,3

1) Prozentanteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

2) Ergebnisse der Monate Januar bis Dezember 2002 im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
in Schleswig-Holstein in Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten nach der WZ '93

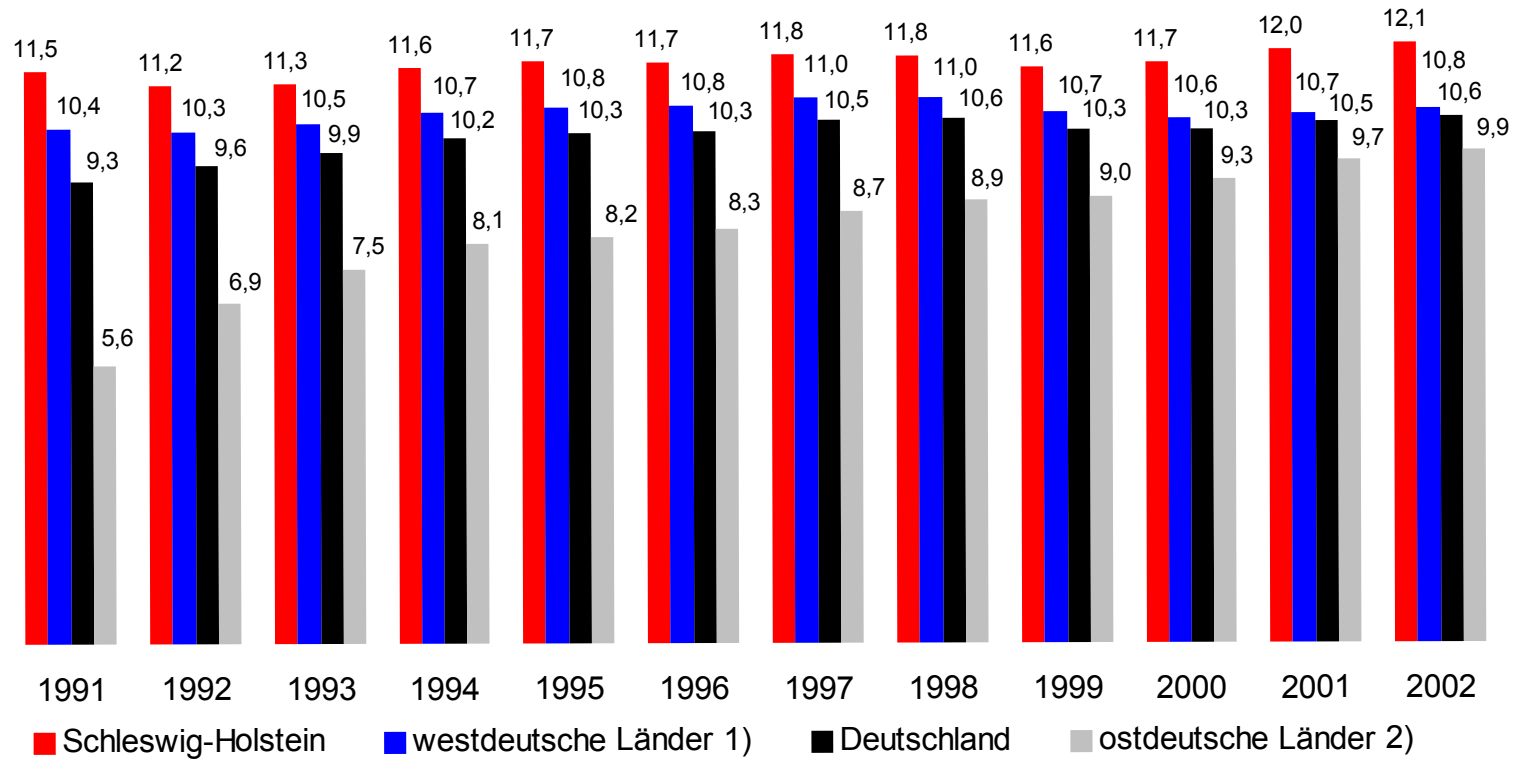
3) vorläufige Ergebnisse

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Selbständigenquote 1991 bis 2001

Unternehmerland Schleswig-Holstein

Erwerbstätige (Inland) abzüglich Arbeitnehmer (Inland) in Prozent der Erwerbstätigen



1) westdeutsche Länder: ohne Berlin

2) ostdeutsche Länder: mit Berlin

Quelle: Statisches Landesamt Schleswig-Holstein - AK „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

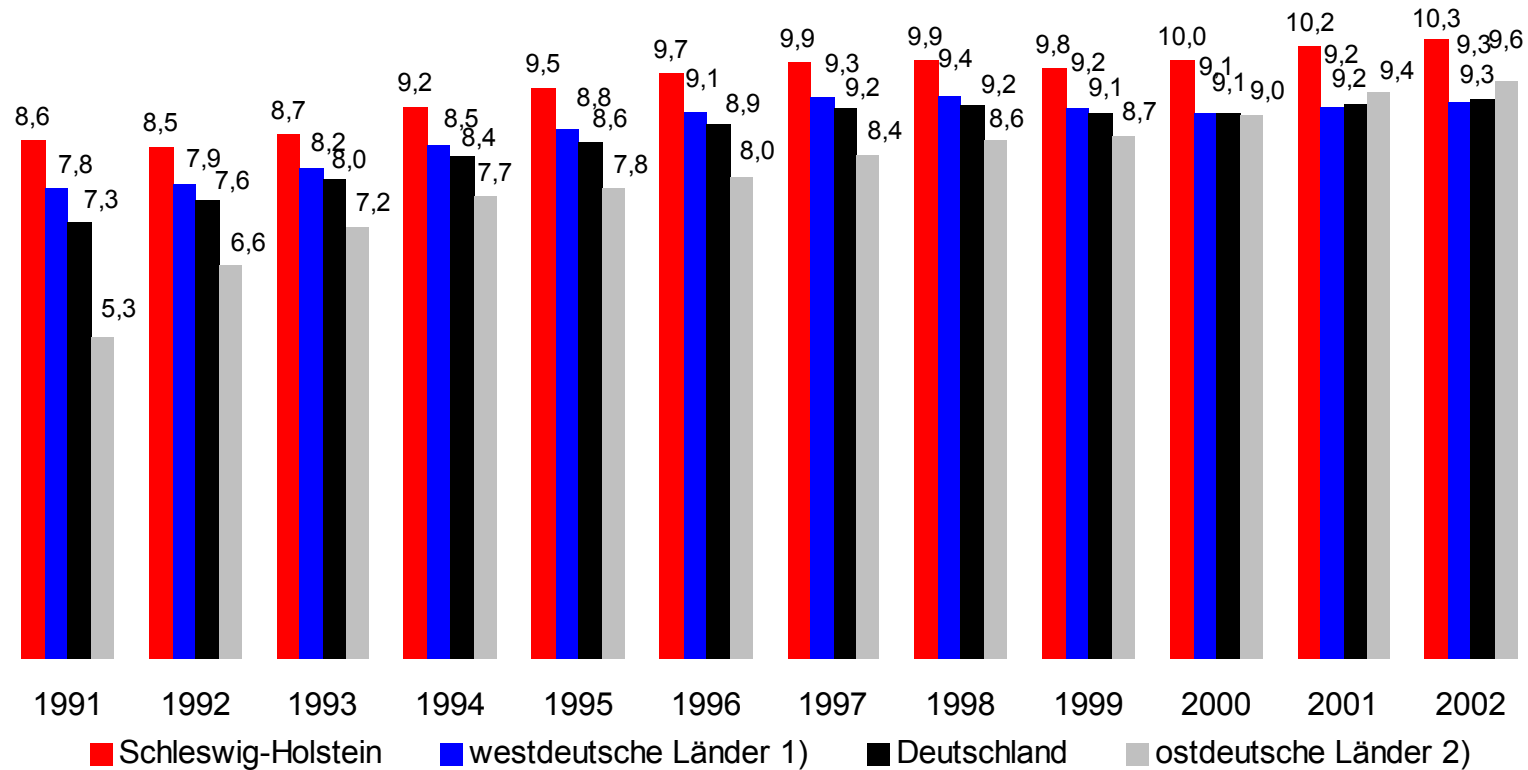
Stand: 06.03.03

Eigene Berechnungen und Graphik: MWAV S.-H.

Bereinigte Selbständigenquote 1991 bis 2001

Überdurchschnittlicher Selbständigenanteil in Schleswig-Holstein

Erwerbstätige (Inland) abzüglich Arbeitnehmer und abzüglich Selbständige in Land-, Forstwirtschaft u. Fischerei (Inland) in Prozent der Erwerbstätigen insgesamt



1) westdeutsche Länder: ohne Berlin

2) ostdeutsche Länder: mit Berlin

Quelle: Statisches Landesamt Schleswig-Holstein - AK „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

Stand: 06.03.03

Eigene Berechnungen und Graphik: MWAV S.-H.